

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1083.

Mittwoch, den 12. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1084.

Klassenjustiz und kein Ende!

Nach einem Satz der alten Lateiner sollen Worte bewegen, Beispiele aber fortziehen. An der Unnachgiebigkeit der Klassegegensätze in einer Klassenstaatlichen Gesellschaft werden auch die besten Worte der alten Römer zuschanden. Denn wenn Worte die Dinge fortbewegen könnten, und wenn Beispiele, selbst solche von durchschlagender Beweiskraft, die Dinge mit Urgevalt vorwärtsstößen könnten, so dürfte es in Deutschland längst keine Klassenjustiz mehr geben. Seit Jahrzehnten reden wir Sozialdemokraten mit all der ehrlichen Ueberzeugung und Leidenschaft, die wir an unsere Sache setzen, seit Jahrzehnten werden vor dem Reichstage und vor der Öffentlichkeit die krassen Fälle parteilicher und Klassenstaatlicher Rechtsverletzung urkundlich dargelegt, sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, die zugleich Rechtsanwälte sind und die deshalb tagtäglich gleichsam an der Quelle der Klassenjustiz sitzen, weisen aus tausendfacher politischer und beruflicher Erfahrung die objektiven Gründe dieses giftigen Nebenproduktes der heutigen Gesellschaftsordnung nach. Und trotz alledem bleiben die Dinge wie sie sind. Sie bewegen sich nicht, jedenfalls nicht nach vorwärts!

Im Gegenteil! Die unerhörten Produkte Klassenstaatlicher Voreingenommenheit „unparteiischer“ und „gerechter“ Richter werden schlimmer und empörender, je schroffer und gewaltiger die Klassegegensätze sich gegeneinander aufstürmen. Was früher oft nur eine Einzelercheinung war, nur der Struppellofigkeit einzelner besonders verbobelter Fanatiker entsprang, wird immer mehr zu einer Massenercheinung. Ueber die elementarsten Gebote der Rechtsprechung setzen sich Staatsanwälte und Richter hinweg, wenn wie in den Vergarbeiterprozessen im Ruhrgebiet die Masseninstinkte sich geradezu gewaltfam zu Herren der Situation machen.

Freilich wird diese Gewalttätigkeit sehr wider ihren Willen indirekt zu einem Werkzeug des allmählichen Fortschritts. Die kühnen, allzu kühnen Deduktionen, die grausamen Ergebnisse und die beklagenswerten Opfer der Klassenjustiz rütteln auf, erschauern, treiben hin und wieder sogar einem weniger voreingenommenen Manne der bürgerlichen Gesellschaft die Schamröte ins Gesicht. Am Montag hat Genosse Landsberg im Reichstage den früheren Reichsgerichtsrat Mittelstaedt als Zeugen angerufen, am Dienstag hat Genosse Heine einige weitere Männer Zeugnis ablegen lassen: den Hamburger Landgerichtsdirektor Schiesler, den bekannten Kunstverleger Avenarius, den sozial-konservativen Schriftsteller Grothhus und den Dresdener Landgerichtsdirektor Heintze.

Aber wichtiger als der bescheidene Fortschritt, der sich darin ankert, daß einzelne bürgerliche Männer sich zu einer besseren Erkenntnis durchringen, ist der weit größere und für die Zukunft bedeutungsvollere Fortschritt, den die Klassenjustiz durch die Aufklärung der Massen im Gefolge hat. Von den Massen hängt letzten Endes jeder wirkliche Kulturfortschritt ab. Je mehr es gelingt, die Massen über den Gegenstand aufzuklären, der die heutige Gesellschaft in zwei feindliche Klassen zerreißt, je mehr die Massen erkennen, daß die herrschende Klasse alle ihre Machtmittel, nicht in letzter Linie ihre angeblich unparteiische Rechtspflege, bedenkenfrei zu niederen Diensten für ihre besonderen Klassen- und Herrschaftszwecke mißbraucht, um so rascher werden die Massen die Mittel verstehen und anwenden lernen, die die Befreiung der menschlichen Gesellschaft aus den Fesseln Klassenstaatlicher Unterdrückung erfordert.

Aus diesem Grunde ist es eine bittere Notwendigkeit, daß die sozialdemokratischen Redner alljährlich die Beratung des Justizetats im Reichstage dazu benutzen, die ausreißenden Fälle der Klassenjustiz ausgiebig zu erörtern. Man konnte es dem Genossen Heine schon nachfühlen, daß es ihm, wie er erklärte, kein Vergnügen bereite, alljährlich die gleichen Klagen und Anklagen zu erheben und doch nur scheinbar nutzlose Danaidenarbeit zu verrichten. Aber die Arbeit muß getan werden, und daß sie nicht vergeblich geleistet wird, das wird die Zukunft ergeben.

Genosse Heine hatte nicht nötig zu wiederholen, was vor ihm die anderen beiden sozialdemokratischen Redner zur Sache der Klassenjustiz gesagt hatten, weder fehlte es ihm an eigenen Beispielen aufreizendster Art noch an schlagkräftigen Argumenten. Besonders wertvoll war seine Kennzeichnung der Zustände im Ruhrgebiet, des Teiles von Deutschland, in dem sich die Klassegegensätze zu unerträglichster Schärfe entwickelt haben, in dem die himmelstreichendsten Urteile gegen streikende Vergarbeiter und ihre Frauen möglich sind, in dem neuerdings durch eine Verordnung des preussischen Handelsministers sogar das Gewerbegerichtsverfahren für die Vergarbeiter so gut wie aufgehoben, zu einer Art industriefudaler Patrimonialgerichtsbarkeit rückwärts revidiert worden ist.

Ebenso wertvoll waren die scharfen Ausführungen Heines über die besondere Ausgeburt der Klassenjustiz, die an der modernen Jugendbewegung ihre Wurzeln fühlte. Während bürgerlichen Turnvereinen, katholischen Junglingsvereinen, „interkonfessionellen“ Jugendorganisationen, patriotischen Jugendwehren die heutige Rechtsprechung und ihr Willkürgeheimnis, die Polizei, alle Freiheiten gestatten,

während diese sich nach Herzenslust auch politisch betätigen können, werden allen Formen und Lebensäußerungen der proletarischen Jugendbewegung, allen Versuchen der Arbeiter, ihre Kinder und die schulentlassene Jugend körperlich und geistig zu heben, die unglaublichen Schwierigkeiten in den Weg gewälzt. Wie wäre es, wenn „der große Schweizer v. d. Goltz“, wie Heine den redseligen Generalfeldmarschall der Jungdeutschlandvereine mit treffendem Sarkasmus betitelte, eine seiner vielen pathetischen Schreib- und Redelübungen einmal gegen diese undeutsche Ungerechtigkeit in Bewegung setzte!

Gegen die Kennzeichnung der Klassenjustiz durch den sozialdemokratischen Redner trat die sonstige Debatte weit zurück. Herr Dertel, der von den Konservativen, wie es scheint, zu allen möglichen Angelegenheiten vorgeführt wird, und der seine mangelnde Sachkenntnis vergeblich hinter unsagbar platten Allgemeinheiten und unsagbar platten Späßen zu verbergen sich bemüht, spielte sich als Anwalt und Vormund der Presse auf. Aber anstatt, daß er gegen die Verfolgungen des „Schrifttums“ durch Polizei, Zensur und Gerichte ein energisches Wort gesagt hätte, folgte er seiner ursprünglichen Vergabung zum Schulmeister. Herr Dertel kann gewiß nichts für die besondere Entwicklung seines äußeren Menschen. Aber er sollte sich doch hüten, seine absonderliche Ansehensseite unaußgesprochen und absichtlich zu Späßen und Körperverrentungen zu benutzen, die weniger in den Reichstag als in ein anderes weitläufiges Gebäude gehören. Der Reichstag ist doch keine Generalversammlung des Bundes der Landwirte!

Sein Gegenstück und zugleich das besondere Opfer seiner Späße ist der Fortschrittler Müller-Meinigen, der in geistiger Beziehung gern Wurzelbäume schlägt, die wohl von seiner gymnastischen Gewandtheit Zeugnis ablegen, aber auch nicht gerade die Debatten des Reichstags zieren. So brachte es dieser kühne Gymnastiker mit einem unerhörten logischen Saltomortale fertig, von der Klassenjustiz des bürgerlichen Rechtswesens auf die politische Entscheidung einer politischen Partei in einer politischen Angelegenheit zu hüpfen: er stellte die Ausschließung Hildebrands aus der sozialdemokratischen Partei mit der Klassenjustiz in Parallele! Genosse Heine ging über dieses Kunststück mit einer Handbewegung zur Tagesordnung über.

Daß die sozialdemokratische Fraktion den von der Regierung geforderten sechsten Anwalt beim Reichsgericht ablehnt und sich hierbei zufällig mit dem Zentrum in einer Kampffront befindet, ist in den Beratungen zum Justizetat mehrmals auf Motive zurückgeführt worden, die für die Sozialdemokratie in keiner Weise in Betracht kommen. Vor allen Dingen leitet uns dabei nicht die Kleinliche Nachsicht des Zentrums, das sich durch die Ablehnung an den Staatssekretär Visco reißt, der vor einiger Zeit Herrn Großer vom Zentrum einige unfreundliche Worte gesagt hat. Genosse Heine hat scharf und rückhaltlos unsere Gründe angegeben: wir wollen gegen die Reichsanwaltschaft demonstrieren, gegen eine Reichsanwaltschaft, die es fertig gebracht, die ehrliche Ueberzeugung unserer Genossen Liebfnecht als *Sophora* zu kennzeichnen, und die die edle, menschenfreundliche Absicht hatte, einen ehrlichen, offenerzigen Politiker wegen seiner Ueberzeugung ins *Zuchthaus* zu bringen.

Der Fortsetzung der Justizerörterungen gingen einige Abstimmungen voraus. So wurde in namentlicher Abstimmung die sozialdemokratische Resolution über die Ausdehnung der Zollerleichterungen für ausländisches Fleisch auf kleinere Städte abgelehnt. Nicht besser erging es unserer Resolution, die bessere Arbeitsverhältnisse für das Krankenpflegepersonal und seine Einbeziehung in die Gewerbeordnung verlangt. Bei der ersten Abstimmung erhoben sich die Freisinnigen für unsere Resolution. Da das Ergebnis dem Bureau zweifelhaft erschien, mußte Hammersprung erfolgen. Jetzt bekennen sich die Freisinnigen schnell auf ihr sozialpolitisches Gewissen und lehnten mit der ganzen Rechten gemeinsam unsere Resolution ab.

Ihre erste Abstimmung, so sagten die Herren, sei ein „Fertum“ gewesen. Freilich ein Fertum! Wie das ganze sozialpolitische Getue des Freisinn! Wenn es sich um Taten handelt, fehlt dem Freisinn regelmäßig der Mut. Höchstens hat er einmal aus „Fertum“ Mut!

Der neue Aderlaß.

Es rächt sich jezt, daß die Regierung trotz des sozialdemokratischen Protestes den Reichstag so früh schon heimgeschickt und so spät erst einberufen hat. An eine Erledigung des Etats vor Ostern ist kaum mehr zu denken. Die Regierung wird ein Notgesetz einbringen müssen, das ihr die Weiterführung der Geschäfte ermöglicht. Außer dem Etat aber ist der Reichstag mit Arbeit geradezu überhäuft. Abgesehen von allen kleineren Vorlagen stehen ihm drei große Aufgaben bevor. Die Erledigung des Petroleummonopols, die neue Heeresvorlage und die neuen Steuervorlagen. Ueber die Militärvorlage macht die „Deutsche Zeitung“ nähere Angaben, die ziemlich große Wahrscheinlichkeit haben. Die Vorlage befindet sich danach bereits im Bundesrat. Für den 1. Oktober 1913 sind folgende Verstärkungen vorgesehen:

Infanterie. 1. Die noch fehlenden 20 dritten Bataillone werden bei den betreffenden Infanterieregimentern aufgestellt. Es sind dies das 5. Garde-Regiment zu Fuß, das 5. Garde-Grenadier-Regiment, die Infanterie-Regimenter 127, 152-54, 156-59, 162, 164, 167-70, 180, 181 und die bayerischen Regimenter 22 und 23.

2. Die noch nicht errichteten Maschinengewehr-Kompagnien bei 80 Regimentern werden zum 1. Oktober 1913 formiert; — ebenso 12 derartige Kompagnien der bayerischen Armee.

3. Der niedere Etat bei bisher 73 Bataillonen hört auf, so daß vom 1. Oktober d. J. ab 185 den hohen und 466 Bataillone den mittleren Etat besetzen sollen.

Kavallerie: 1. Die 18. Division in Trier erhält beide ihr fehlenden Kavallerieregimenter, und zwar die Jägerregimenter zu Pferde Nr. 7 und 8, von welchen in dem vorjährigen Besetze nur das erstere bewilligt war.

2. Die bayerischen Chevauleger-Regimenter 2, 4, 5, 7 und 8 formieren ihre 5. Eskadronen, welche denselben bisher fehlten.

Feldartillerie: 1. Sämtliche Batterien des Feldheeres, soweit sie nicht bereits im hohen bzw. mittleren Etat bespannt waren, — erhalten den letzteren Etat, — mithin die Bespannung für ihre 5. und 6. Geschütze.

2. Die reitenden Abteilungen des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments und der Feldregimenter 1, 3, 5, 8, 10, 11, 15, 35 sowie des bayerischen Feldartillerie-Regiments 5, welche bisher zwei reitende Batterien zu sechs Geschützen besaßen, werden zu drei Batterien von vier Geschützen formiert. Die Abteilungen sollen in dieser Formation den aufzustellenden Kavallerie-Divisionen zugeteilt werden. Alle übrigen reitenden Batterien werden in fahrende Batterien zu sechs Geschützen umgewandelt.

Nach Durchführung dieser Verstärkungen würde die deutsche Armee, einschließlich Unteroffizierern und Einjährig-Freiwilligen auf eine Friedenspräsenz von 650 000 Mann kommen.

Nun besagt Artikel 60 der Reichsverfassung:

„Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres wird bis zum 31. Dezember 1871 auf ein Prozent der Bevölkerung von 1867 normiert, und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt.“

Im Rechnungsjahr 1910 wurde die Friedenspräsenz ohne die 20 000 Einjährig-Freiwilligen auf 505 839 Mann festgestellt. Im Rechnungsjahr 1912 betrug die Präsenzstärke — ohne Einjährig-Freiwillige — 508 251 Gemeine, 88 529 Unteroffiziere, 2292 Sanitätsoffiziere und 25 743 Offiziere; also insgesamt Mannschaften 597 780, dazu 20 000 Einjährig-Freiwillige macht 616 780 Mann. Die neue Militärvorlage, die die Einjährig-Freiwilligen außer Betracht läßt, wird eine Mehrforderung von 54 000 Mann bringen. Damit käme die deutsche Armee auf eine Friedenspräsenzstärke — die Offiziere eingeschlossen — von rund 700 000 Mann. Bei einer Bevölkerungsziffer von 65 Millionen dürfte, 1 Prozent zugrunde gelegt, die Stärke des Heeres nur 650 000 Mann betragen. Ueber die Stärke der Marine bestimmt die Reichsverfassung nichts. Einmüßig muß angenommen werden, daß unter dem deutschen Reichsheer bei Schaffung der Verfassung auch die Marine mit einbegriffen war. Auf das eine Prozent der Bevölkerung müßte sonach auch die Marine mit angerechnet werden, die gegenwärtig eine Kopfstärke von 64 129 hat. Das eine Prozent ist sonach schon seit langen Jahren ganz erheblich überschritten worden, und die Forderung, daß die „verfassungsmäßige Stärke“ des Heeres hergestellt werden müsse, war demnach schon immer erfüllt.

Es sind ganz ungeheure persönliche Opfer, die da vom deutschen Volke verlangt werden, Opfer, um so unnötiger, weil sie nicht zur Wehrfähigkeit des Volkes notwendig sind, denn diese würde durch das Milizsystem in viel höherem Grade gewährleistet werden, ohne dem einzelnen solch schwere Last aufzubürden, wie sie der Militarismus als Herrschaftsinstitution des Klassenstaates fordert.

Aber zu diesen persönlichen Opfern treten die ungeheuerlichen finanziellen Anforderungen. Wie die Regierung diese befriedigen will, weiß man noch immer nicht. Sicher ist nur das eine, daß sie vor einer wirklichen unverfälschten Besitzsteuer zurückdreht. Nun liegen die Dinge so: Die Besitzsteuer, deren Vorlage der Reichstag bis zum 1. April gefordert hatte, war bereits notwendig, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen und die infamsten Steuern des Finanzraubzuges von 1909 zu beseitigen. Denn der gegenwärtige Etat ist nur künstlich und beruht auf den Konjunkturüberschüssen. Nun hat schon die Militärvorlage von 1912 Ausgaben erforderlich gemacht, die sich im jährlichen Durchschnitt auf etwa 110 Millionen Mark belaufen, deren Deckung nur durch die berüchtigte „Streckung“ des Etats, d. h. durch einen willkürlichen und auf die Dauer jedenfalls unzulässig erhöhten Anschlag der Einnahmen bewerkstelligt wurde. Für die wirkliche Deckung des verborghenen Defizits hätte eben die Besitzsteuer dienen müssen. Jetzt kommen die neuen Ausgaben und schwellen den Steuerbedarf außerordentlich an. Zentrum und Konservative wehren sich mit Händen und Füßen gegen jede Besteuerung des Besitzes. Aber auch auf die Nationalliberalen ist kein Verlaß. Sind sie auch auf die Erbschaftsteuer festgelegt, so werden diese typischen Vertreter des Großkapitals schon im nächsten Moment sich dagegen zu salbieren suchen, daß die Rechten wirklich die ganze Last auf ihre Schultern

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonspalte oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Benennungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zählung 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

nehmen sollen. Der Patriotismus wird sich dann sehr bald als zahlungsunfähig oder vielmehr als zahlungsunlustig erweisen.

Deswegen kann nicht früh genug darauf hingewiesen werden, daß die arbeitende Volks auch ein neuer Steuerantrag droht, daß ein großer Teil der neuen Lasten durch indirekte Steuern auf die Armen abzuwälzen versucht werden wird. Aber in diesem Reichstag, in dem 110 Sozialdemokraten sitzen, der gewählt worden ist in einer Protestwahl gegen den Steuerraub der Schwarzblassen, lassen sich solche Pläne schwer durchführen. Das alles ließe sich in einem neuen Reichstag viel besser erledigen, der unter Hurrawahlen zustande käme und in dem Konservative und Zentrum die Deckungsvorlagen nach ihrem Sinne gestalten könnten. Deshalb arbeitet das Zentrum auf den Konflikt hin, deshalb beteuert es bei jeder Gelegenheit den Ernst seiner Opposition, deshalb treibt es Vorseitpolitik gegen die Regierung. Es sucht einen Konflikt, es arbeitet auf Neuwahlen hin, in die es als Oppositionspartei eintreten möchte, um nach diesen Wahlen desto ungehinderter als herrschende Partei mit den Konservativen zusammen Volksverrat und Volksunterdrückung betreiben zu können.

Der türkisch-bulgarische Krieg.

Die Kämpfe vor Tschataldscha und Vulair.

Sofia, 11. Februar. (Meldung der „Agence Bulgare“.) Die bulgarischen Truppen zogen sich fünf bis sechs Kilometer weit in neue Stellungen zurück, nachdem sie bei Tschataldscha die Angriffe der Türken auf der ganzen Linie zurückgeschlagen hatten, ausgenommen auf dem äußersten rechten Flügel, wo die Truppen dem Kreuzfeuer der türkischen Schiffe im Marmarameere und im Golfe von Buzjak Tschefmedsche ausgekehrt waren. Die Verluste der Bulgaren sind unbedeutend, die der Türken sollen sehr groß sein.

Vor Vulair verschanzen sich die bulgarischen Truppen in ihren Stellungen. Der Feind ließ sich gestern nicht blicken. Die Bulgaren säuberten das Schlachtfeld von den Leichen der gefallenen Türken, deren Zahl sich auf 5—6000 Mann und fünfzig Offiziere beläuft. Die türkischen Kreuzer beschossen gestern den ganzen Tag die linke Flanke der Bulgaren; ein Mann wurde dabei getötet, einer leicht verletzt. Die türkischen Truppen, die am 8. und 9. d. M. bei Scharföj gelandet waren, wurden von den Bulgaren eingekesselt und zogen sich, von einer Panik ergriffen, überstürzt und in Unordnung zum Meeresufer zurück, wo sie unter dem Schutz der Schiffsgechütze die Transportschiffe erreichten. Die bulgarische Infanterie gab auf den Feind ununterbrochen heftige Salven ab, wodurch sie den Türken große Verluste zufügte. Die Gebirgsartillerie bei der rechten Kolonne zeichnete sich hierbei dadurch aus, daß sie feindliche Batterien und die Türken durch Schrapnellfeuer niederschmetterte. Die bulgarischen Verluste betragen nicht mehr als etwa hundert Tote und Verwundete.

Eine „katastrophale Niederlage“.

Sofia, 11. Februar. (Meldung der „Agence Bulgare“.) Die Kämpfe von Vulair nahmen für die türkischen Truppen katastrophale Dimensionen an. Bis jetzt wurden 2500 türkische Leichen durch die Bulgaren beerdigt. Mehr als 3000 liegen noch auf dem Schlachtfeld. Die in Tscharfoej gelandeten türkischen Truppen waren ungefähr zwei Divisionen stark. Die Landung dauerte zwei Tage. Am Morgen des dritten Tages wurden die Türken um sechs Uhr früh von den bulgarischen Truppen mit großer Heftigkeit angegriffen. Gegen drei Uhr nachmittags wurden die Türken umzingelt, ergriffen panikartig die Flucht und erreichten unter dem Feuer unserer Infanterie und Artillerie nur mit Mühe und Not das Meeresufer. Die Wiedereinschiffung vollzog sich in großer Unordnung unter dem Schutze der Geschütze der türkischen Schiffe, die sodann mit den geschlagenen Truppen eiligst davonfahren. Die lässige Haltung der bulgarischen Gebirgsartilleristen, die während des Angriffs ihre Geschütze gegen die Küste vorführen und durch Schrapnellfeuer die Wiedereinschiffung der Türken beträchtlich erschweren, ruff besondere Bewunderung hervor.

Türkische Siegesmeldungen.

Konstantinopel, 11. Februar. Ueber die Kämpfe zwischen Vulair und Examilo gibt eine wohlinformierte türkische Quelle folgende Einzelheiten: Die Bulgaren hatten auf einer ungefähr tausend Meter hohen Anhöhe in der Nähe von Examilo eine starke Stellung eingenommen; am 8. Februar begannen die türkischen Streitkräfte bei Tagesanbruch die feindlichen Stellungen anzugreifen, worauf der Feind zurückwich. Andere türkische Abteilungen, die von der Seite des Marmarameeres herangekommen waren, zwangen die Bulgaren, noch weitere sechs Kilometer zurückzuweichen. Gegen 11 Uhr verhinderte dichter Nebel die Fortsetzung des Kampfes. Als nach dreiviertel Stunden, gegen 12 Uhr, der Nebel sich zerstreut hatte, begann der Kampf von neuem. Nach einem energischen Angriffe der Türken wichen die Bulgaren zurück und ließen ungefähr 800 Tote und Verwundete zurück, unter ihnen 200 Leichtverletzte. Infolge des Nebels hatten auch die Türken Verluste, die auf 200 Tote und Verwundete geschätzt werden. Am 9. Februar griffen die Türken die bulgarischen Stellungen in der Nähe der Mündung des Flusses Kamak an; der Kampf dauerte bis zur Nacht. Die bulgarischen Streitkräfte werden auf 8000 bis 10000 Mann geschätzt; es gelang den Türken, den Kamak zu überschreiten und nahe Klemanintini vorzuziehen. Die türkischen Truppen besetzten Mhriofito, rückten dann bis nach Kechan vor, das sie ebenfalls besetzten; türkische Patrouillen gelangten schon bis Muradli. Bevor die Türken in der Gegend von Examilo diesen Erfolg errangen, hatten sie eine kleine Schlappe erlitten. Sie mußten sich bis nach Vulair zurückziehen, konnten dann aber das verlorene Terrain wiedergewinnen, erheblich vorrücken und, wie schon berichtet, den Fluß Kamak überschreiten.

Nach einer anderen noch nicht amtlich veröffentlichten Nachricht wichen die Bulgaren bis in die Nähe von Myriofito zurück; die Türken machten zahlreiche Gefangene; man spricht von 1800, von denen 600 verwundet sein sollen. Die Regierung überlände heute dem Kommandanten ein Telegramm, in dem sie ihm zu den Erfolgen beglückwünscht, durch welche die Stimmung der Truppen sehr gehoben worden sei.

Rückzug der Bulgaren.

Konstantinopel, 11. Februar. Eine amtliche Mitteilung des Kriegsministeriums besagt: Seit vorgestern ist auf dem rechten Flügel von Tschataldscha keine Veränderung eingetreten. Dieser trieb den Feind in der Richtung auf Alalan zurück.

Bei einem Angriff einer Erkundungsabteilung auf die Freiwilligen des linken türkischen Flügels erlitt der Feind eine Niederlage. Die Erkundungsabteilung drang in Tschataldscha ein und besetzte die Stadt. Der Feind räumte die Höhen von Bulak, die Tschataldscha im Westen beherrschten. Die türkischen Streitkräfte, die sich in Papasburgas festgesetzt haben, nahmen auch die westlich dieser Stadt gelegenen hohen Kämme. Nur zehn Bulgaren konnten sich retten. Die türkische Kavallerie hat Bogados besetzt. Die Bulgaren ziehen sich in westlicher Richtung zurück.

Vor Adrianopel.

Konstantinopel, 11. Februar. Wie amtlich bekannt gegeben wird, unternahm am 9. d. M. eine starke türkische Abteilung einen Ausfall aus Adrianopel, besetzte nach einem Bajonetangriff die feindliche Stellung auf der Seite von Daliden, wobei dem Feinde beträchtliche Verluste beigebracht wurden. Die türkische Abteilung kehrte sodann in ihre frühere Stellung zurück.

Einige türkische Kriegsschiffe haben Silbri bombardiert; hierauf haben die Türken Truppen gelandet und die Stadt besetzt.

Die angebliche Landung bei Rodosto.

Konstantinopel, 10. Februar. Wenn auch über die Ereignisse bei Rodosto noch nichts amtlich veröffentlicht worden ist, so sind doch offizielle Nachrichten vorhanden, welche die glückliche Landung von bedeutenden Streitkräften bestätigen, die mit den Bulgaren, die sich zurückzogen, den Kampf begannen. Die Pforte wartet auf das definitive Resultat, um die Nachrichten zu veröffentlichen; aber es heißt, daß die türkischen Truppen an Boden gewonnen und schon einige bulgarische Gefangene gemacht haben.

Die Abendblätter berichten von einem großen türkischen Erfolge bei Janina. Eschad-Pascha soll dort einen Scheinrückzug gemacht haben; die Griechen hätten darauf die türkischen Flügel angegriffen, welche den Griechen eine fürchtbare Niederlage beigebracht hätten. Beim Rückzug sollen 1800 Griechen unter dem Feuer der Forts von Wisani getötet worden sein.

Bulgarische Polemik.

Sofia, 11. Februar. Seit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verbreiten die Türken, getreu ihren traditionellen Präzedenzen, unausgesehrt Nachrichten über großartige Erfolge der türkischen Truppen und insbesondere über Landungen längs der Küste des Marmara- und des Schwarzen Meeres. Wenn man diesen Nachrichten glauben wollte, wäre die türkische Armee an allen Punkten des thrakischen Kriegsschauplatzes siegreich. Angesichts dieser tendenziösen Nachrichten, und um ein für alle mal den in Konstantinopel erfundenen Fabeln ein Ende zu setzen, erklärt das bulgarische Hauptquartier kategorisch, daß bisher mit Ausnahme von Rodima und Tscharfoej, wo die Türken mit den bekannten Verlusten zurückgeschlagen wurden, kein Landungsversuch unternommen worden ist. In der Tschataldschalinie ist es zu keinem bedeutenderen Zusammenstoß gekommen. Was die Halbinsel Gallipoli betrifft, genügt es zu sagen, daß die Türken in der Schlacht von Vulair mehr als 15000 Tote und Verwundete hatten, um zu verstehen, wie lächerlich es ist, von türkischen Erfolgen in dieser Zone zu sprechen. Die Türken können imaginäre Siege erfinden, das wird an ihrer Lage in diesem Kriege nichts ändern; die europäische Öffentlichkeit wird sich nicht täuschen lassen.

Die Friedensunterhandlungen.

Konstantinopel, 11. Februar. „Isham“ behauptet, daß noch während der Feindseligkeiten Friedensunterhandlungen stattfinden sollen, die der ehemalige Großwesir Halki Pascha leiten wird. Die Pforte bezeichnet diese Meldung als falsch, erklärt aber, daß Halki Pascha in der Tat heute über Konstanz in halbamtlicher Mission nach Europa abreisen wird. Er werde Wien, Paris, London und später Berlin besuchen. Reschid Pascha verbleibe in London, weil auch jede der Balkandelegationen ein Mitglied in London zurückgelassen habe, das die Verhandlungen der Vorkonferenz verfolgen solle.

Ueber die Aufgabe Halki Paschas erklären gut unterrichtete Kreise, daß er sich über einen eventuellen Friedensschluß mit der Vorkonferenz in Verbindung setzen wolle. Halki Paschas Vorschlag werde darauf hinauslaufen, die sechs Mächte zu ersuchen, Besprechungen über den Frieden namens der Türkei und auf Grundlage der in der letzten türkischen Antwortnote enthaltenen Bedingungen zu führen.

Die Aussichten für den Frieden.

Köln, 11. Februar. Privattelegramm des „Vorwärts“.) Ein offizielles Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ aus Berlin sagt: Die Bulgaren scheinen ihre Anstrengungen hauptsächlich auf Adrianopel zu richten. Vor Gallipoli und Tschataldscha ist das nach Neuheiten von bulgarischer Seite bei Wiederbeginn der Feindseligkeiten von mancher Seite erwartete rücksichtslose Vorwärtsdrängen bisher ausgeblieben. Nach dem Fall Adrianopels könnte der Wunsch, die Errungenschaften durch einen Friedensschluß zu sichern, sich stärker geltend machen, als die immerhin unsichere Aussicht, vielleicht noch Konstantinopel mit in den Siegeskreis einzubeziehen. Die Pforte ihrerseits ist zurzeit wenig geneigt, die Verhandlungen mit den Balkanstaaten wieder anzuknüpfen. Sie sucht aber wieder nähere Fühlung mit den Großmächten zu bekommen. Diesem Zweck kann es dienen, wenn der ehemalige Großwesir Halki Pascha in London erscheint und mit der dortigen Vorkonferenzvereinigung in Beziehungen tritt.

Flottenabkommen oder Abrüstung?

London, 9. Februar. (Fig. Ver.)

In demokratischen Kreisen in England ist man geneigt, über die Erklärung des Großadmirals v. Tirpitz im Budgetauschuß des Deutschen Reichstags zu jubeln. Man sieht schon das Ende der Flottenrüstungen und die Befreiung der Völker von dem gewaltigen Druck der Steuern, die ihnen die imperialistische Politik auferlegt. Leider scheinen dieser Jubel und diese Hoffnungen verfrüht zu sein. Wenigstens sind die Chauvinisten schon fleißig bei der Arbeit, um haarstark zu beweisen, daß nur ihre Forderung „two keels to one“, zwei Keel gegen jeden einen der nächst starken Seemacht den Bedürfnissen Großbritanniens genügen kann. Wegen die Annahme des deutschen Anerbietens berufen sie sich auch auf die Worte des Ministers Churchill. Dieser sagte in seiner Rede vom 18. März 1912, auf die sich v. Tirpitz bezog: „Man darf jedoch nicht annehmen, daß ich damit übereinstimme, daß das Verhältnis von 18 zu 10 als ein genügendes Uebergewicht der britischen Seemacht als ganze über die der nächst starken Seemacht betrachtet werden könnte. Selbst wenn wir ein

Heer besäßen, das zweidrittel so stark wäre wie das der stärksten Seemacht, könnten wir dem nicht zustimmen. Die Erklärung, die ich abgebe, ist viel begrenzter. Für jetzt sind wir im Stande, bei einem so möglichen Standard zu verharren wegen unserer großen Ueberlegenheit in Schiffen der Zeit vor den Dreadnoughts, unter denen die acht King Edward und wenigstens acht der Panzerkreuzer unter zeitgenössischen Schiffen nicht ihres gleichen haben. In dem Maße, wie diese Schiffe allmählich an relativem Kampfwert abnehmen, würde das Verhältnis unserer Neubauten über den Standard von 60 Prozent steigen müssen.“

Ferner weisen die Flottenforscher darauf hin, daß Churchill in seiner Rede das vorläufige Beharren bei dem Verhältnis 16 zu 10 Dreadnoughts davon abhängig machte, daß Deutschland sein damals bestehendes Flottenverhältnis nicht veränderte und daß keine unerwarteten Ereignisse in anderen Ländern einträten. Aber beide Voraussetzungen haben sich als trügerisch erwiesen. Dem Deutschen Reichstag ist seitdem ein neues Flottenverhältnis beschert worden und die Verbündeten Deutschlands, Italien und namentlich Oesterreich planen gewaltige Seerüstungen, die die Stellung Englands im Mitteländischen Meere erschüttern könnten.

Nun ist es zwar wahr, daß sich einflußreiche Regierungsblätter wie die „Westminster Gazette“ mit der Formel 16 zu 10 freimütig abfinden und ihre Annahme als die Grundlage der Entwicklung des besseren Einvernehmens betrachten, das sich zwischen den beiden Staaten in den letzten Monaten herausgebildet hat. Aber man beachte wohl, daß der englische Liberalismus, obwohl er am Ruder ist, für die Gestaltung der Flottenpolitik nicht maßgebend ist. Diese Tatsache kann durch zahlreiche Präzedenzfälle bewiesen werden. Immer waren es die konservativen Flottenreiter, die unter der liberalen Regierung den Sieg davongetragen haben. Schon Monate vor dem Einbringen des Flottenverhältnisses beginnen sie ihre Propaganda und jährlich vermehren sie ihre maßlosen Forderungen. Es ist also noch nicht so sicher, daß die Regierung diesmal ihrem Besahre zu widerstehen vermöchte.

Doch angenommen, dies geschähe, würden sich dann die Völker beglückwünschen können? Die „Westminster Gazette“ schrieb gestern:

„Es ist besser für uns, daß Deutschland seine Interessen und seine Macht wie wir gleichmäßig über die Welt verteilt hat, als daß es in einem Meere eingeschlossen ist und seine ganze Flotte drohend gegen die Macht richtet, die ihm den Ausgang versperren soll.“

Die Möglichkeit beschleunigter kolonialer Ausdehnung, die demnach dem Einverständnis über das Flottenverhältnis auf dem Fuße folgen soll, wird weder dem deutschen, noch dem englischen, noch irgend einem anderen Volke Nutzen bringen. Sie wird nur den Anstoß zu neuen Flottenrüstungen auf deutscher Seite geben, denen dann unvermeidlich ähnliche Rüstungen in anderen Ländern folgen werden. Denn gerade so wie heute die Ausdehnung des britischen Reiches als Argument für die Notwendigkeit des Ausbaues der Kriegsmarine angeführt wird, wird dann der deutsche Marineminister auf die Schutzbedürftigkeit der Ausbeutungsgebiete deutscher Kapitalisten hinweisen können. Und je wertvoller diese Gebiete dem Ausbeutertum sind, um so mehr werden die Völker bluten müssen.

Was nützt es den beiden Völkern überdies, wenn sich die Regierungen nur über das Stärkeverhältnis ihrer Kriegsmotten einigen und sich nicht zur Einschränkung verpflichten? Die erdrückenden Rüstungskosten werden damit nicht beseitigt oder auch nur verringert werden. Auch ohne numerische Verstärkung der Schlachtschiffe wird die Last durch den stetigen Fortschritt der Technik in der Zerstörungsmittelindustrie vermehrt werden. Wenn es möglich ist, das Stärkeverhältnis zwischen den Kriegsmotten festzusetzen, dann muß es auch möglich sein, ein Uebereinkommen über allgemeine Einschränkung zu erzielen. Dreadnoughts sind die Spielmarzen des Imperialismus. Nicht auf ihre absolute, sondern auf ihre relative Zahl kommt es an, wie von allen Seiten stets betont wird. Gewiß müßte die Abrüstung nicht allein von Deutschland und England, sondern auch von den anderen Staaten und namentlich von den Verbündeten der beiden Länder vorgenommen werden. Aber noch viel notwendiger ist diese Teilnahme der verbündeten Staaten bei der Festlegung des Stärkeverhältnisses der Flotten. Denn es ist klar, daß ein stillschweigendes oder ausdrückliches Uebereinkommen über diese Frage zwischen England und Deutschland scheitern muß, wenn etwa Oesterreich und Italien unbestimmt fortfahren, in dem jetzigen schnellen Tempo ihre Eisenkolosse zu bauen, mit denen sie die Herrschaft Englands in Aegypten und Indien bedrohen können.

Das wichtigste Moment dieser jüngsten Entwicklung scheint zu sein, daß jetzt wenigstens hüten wie dräben die Möglichkeit der Rüstungsbeschränkung offiziell anerkannt wird. Es ist möglich, daß der Imperialismus jetzt in ein Stadium tritt, in dem wenigstens die großen Ausbeuterequien die Konkurrenz immer mehr fallen lassen und sich nach der Art der Trusts und Kartelle organisieren. Die Völker werden dabei nicht viel profitieren; sie dürften aber einen ungetrübteren Ausblick auf das erhalten, was sich unter der hohen und hohlen Phrase von den „vitalen nationalen Interessen“ versteckt. Und das wäre immerhin ein großer Fortschritt.

Das Unterhaus zum Flottenabkommen.

London, 11. Februar. Unterhaus. In die Regierung wurden heute zwei Anfragen wegen der Erklärung des Staatssekretärs v. Tirpitz gerichtet. Der Abgeordnete Alden fragte Sir Edward Grey, ob er irgend eine Neuherung zu der Erklärung des Herrn v. Tirpitz zu machen hätte und ob er offiziell oder inoffiziell darüber unterrichtet wäre, ob das Verhältnis von 18:10 im englischen und deutschen Kriegsschiffbestand als ein für beide Flotten befriedigendes Verhältnis angesehen würde. Ebenso fragte der Abgeordnete Hyles den ersten Lord der Admiralsität Churchill, welche Bedeutung er der Erklärung des Staatssekretärs v. Tirpitz beimesse, und ob dies Grund zu der Hoffnung gebe, daß das Wettbauen der beiden Mächte nunmehr aufhöre. Da Churchill abwesend war, erwiderte für ihn Parlamentssekretär Dr. Macnamara, der sagte: Churchill denke, daß es besser sei, zu warten, bis die Budgets vorlägen und dann bei Besprechung des Marinebudgets die Frage im ganzen zu behandeln. Inzwischen wünsche er der allgemeinen Genehmigung Ausdruck zu geben, die durch den freundschaftlichen Ton ertönt worden sei, der die jüngsten deutschen Reden in der Marinefrage charakterisiert habe. (Beifall.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Februar 1918.

Nochmals: Banquet.

In der ersten Verhandlung über den Banquet brachten zahlreiche Redner ihre Wünsche vor, namentlich Kanalwünsche, die sich in dem Dreiklassenhaus der Kanalrebellin recht sonderbar ausnahmen. Der Arbeiterinteressen nahmen sich nur zwei Redner an: der

Freisinnige Dr. Fiesch und Genosse Hoffmann. Herr Fiesch äußerte den Wunsch, daß die Bauverwaltung doch künftig auch die Lohnverhältnisse usw. der Strombauarbeiter ebenso statistisch bearbeiten und dem Landtag zur Kenntnis bringen möge, wie die entsprechenden Verhältnisse der Berg- und Eisenbahnarbeiter. Genosse Hoffmann brachte zahlreiche Klagen der Breslauer Handbaggerer und Sandhändler vor. Er legte ausführlich die Beschwerden dieser kleinen Unternehmer und ihrer Arbeiter dar, die nicht nur durch den natürlichen Entwicklungsprozess hervorgerufen wurden, sondern auch durch eine geradezu bestmögliche gleichartige Behandlung durch die Strompolizeibehörden. Man schädige die Handbaggerer auf Schritt und Tritt durch Reglements und sogar Strafmandate gegenüber den ausführenden Arbeitern, während man den Dampfbetrieb, das vertraute Baggerer-Großkapital in der auffallendsten und ungerechtfertigsten Weise begünstige. So wenig die Sozialdemokratie auch ein Feind des naturnotwendigen technischen Fortschritts sei, so wenig könne sie ein Verfahren gutheißen, das den kleinen Mittelstand dem Großbetriebe gegenüber ohne Not benachteiligt und dem Ruin direkt in die Arme treibe.

Der Regierungsvertreter antwortete höflich, aber auch leider ebenso nichtigend. Statt die detaillierten Beschwerden Hoffmanns zu entkräften, beteuerte er lediglich den guten Willen der Behörden, auch die kleinen Handbaggerbetriebe nicht schädigen zu wollen. Mit dem „guten Willen“ ist den Breslauer Sandhändlern leider nicht gedient, sondern nur durch Abstellung der von Hoffmann vortragenen mannigfachen Beschwerden!

Ein Schwindel.

Die „Nationalzeitung“ hat sich ein Pariser Telegramm fabriziert, in dem unserem Genossen Jaurès Ansichten über die Notwendigkeit der deutschen Flottenvermehrung (1) in den Mund gelegt werden, deren höchstens ein deutscher Nationalliberaler fähig ist. Da aber die „N.-Z.“ diese Nachricht ausdrücklich als „eigene Drahtnachricht“ kennzeichnet, ist es eigentlich überflüssig, zu bemerken, daß sie von der „N.-Z.“ erfunden ist und der Artikel von Jaurès keinen solchen oder auch nur ähnlichen Passus enthält.

Seltene Nachspiele.

Die Ackermittwochsmobilisation in Straßburg wird allem Anschein nach für einige hohe Herren recht unangenehme Folgen haben — vornehmlich für den Statthalter Grafen Wedel und den Gouverneur, dem General der Infanterie Freiherrn v. Egloffstein. Bereits soll ein Nachfolger für den Herrn General gefunden sein, nämlich der Kommandeur der 29. Division in Freiburg i. B., der bekannte „Afrikaner“, Generalleutnant v. Deimling. Für den Grafen v. Wedel fehlt noch der passende Ersatz, doch weiß die „National-Ztg.“ aus Karlsruhe zu berichten, dort zirkuliere das Gerücht, daß der Besuch des Statthalters Grafen Wedel und die Reise des Herzog-Regenten Johann Albrecht von Braunschweig nach dem Elbisch mit einem später wahrscheinlichen Statthalterwechsel in Zusammenhang stehe. Für den Herzog von Mecklenburg solle, wenn das junge Paar in Braunschweig einziehe, der Statthalterposten in Straßburg vorbehalten bleiben.

Dagegen erhält nach einem Telegramm der „Preßzentrale“ die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ von ihrem Straßburger Mitarbeiter, für dessen absolute Zuverlässigkeit sie sich verbürgt, folgende aufsehenerregende Mitteilung:

Von hochstehender Seite erfährt ich, daß der zukünftige Gemahl der Prinzessin Viktoria Luise berufen sein soll, die Statthalterhaft in Elbisch-Verdringen anzunehmen, falls Graf v. Wedel, der von 1860 bis 1866 welfischer Offizier war, seines beurlaubten Amtes in abschbarer Zeit müde werden sollte.“

Für die Regenschicht in Braunschweig soll — nach Mitteilung derselben hochstehenden Persönlichkeit — solange der junge Prinz durch den nicht erreichbaren Verzicht seines Vaters auf Hannover an dem Antritt der Regierung verhindert ist, Prinz Adalbert von Preußen in Frage kommen.

Es ist Deutschland noch mehr als die nordamerikanische Union das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, wenigstens was die Regierungspolitik anbetrifft; aber dennoch halten wir die Meldung der „Rhein.-Westf. Ztg.“ für unrichtig. Die „National-Ztg.“ dürfte recht behalten.

Wie ist es doch so schön bestellt!

Daß die Kriegsgerichte gegen sogenannte „disziplinwidrige“ Gemeine dekadische, gegen ihre Untergebenen aber brutal mißhandelnde Unteroffiziere und Offiziere meist lächerlich geringe Strafen aussprechen, gehört zu den traditionellen, berechtigten Eigentümlichkeiten der Militärgerichtsbarkeit im deutschen Militärstaat. In neuester Zeit aber scheinen die Kriegsgerichte es darauf angelegt zu haben, selbst den verbohresten Ideologen beweisen zu wollen, daß das Militärgerichtswesen einer sehr gründlichen Reform bedarf, wollen wir uns nicht zum Gespött aller wirklichen Kulturnationen machen. Erst vor wenigen Tagen hat das Kriegsgericht in Landau (Pfalz) einen Obersten, der auf offener Straße einen Journalisten geohrfeigt hat, zu der horrenden Geldstrafe von ganzen 50 M. verurteilt, und schon wieder wird — diesmal aus Dresden — das Urteil eines Kriegsgerichts gemeldet, das noch weit seltener anmutet, als die Pfälzer Leistung.

Wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse war der Redakteur der konservativen Zeitschrift „Das Vaterland“, der Major z. B. Hans Reihner aus Dresden angeklagt. Die Grundlage des Prozesses bilden die bekannten Vorgänge und Kämpfe, die vor Jahresfrist um das neue Volksschulgesetz in Sachsen spielten. Das konservative „Vaterland“ brachte im Sommer v. J. eine Reihe Artikel, die sich mit den „radikalen“ Forderungen der Lehrer beschäftigten und diese einer scharfen Kritik unterzogen. So hieß es in einem Artikel der Nummer 18 des „Vaterlandes“ vom 15. Juli v. J.: Die Lehrer treiben eine „müßige und unwürdige Agitation“. Ferner wurde ihnen „Vaterlandslosigkeit“ vorgeworfen. Auch enthielt der Artikel Wendungen, die einer Denunziation ähnlich sahen. Durch den Inhalt des Artikels fühlte sich ein Teil der Leipziger Lehrer beleidigt, und der dortige Verein stellte gegen den damals verantwortlich zeichnenden Redakteur Reihner Strafantrag. Das Zivilgericht erklärte sich für unzuständig, weil Reihner Offizier des Verurlaubtenstandes ist, und überwiegt die Sache dem Militärgericht! Die vom Leipziger Lehrerverein dagegen erhobene Beschwerde wurde abgewiesen.

Nach Verlesung des inkriminierenden Artikels erklärte der Beklagte, daß er den Artikel nicht verfaßt, aber vor der Drucklegung gelesen habe. Eine Beleidigungsabsicht sei ausgeschlossen; im übrigen aber nehme er den § 109 für sich in Anspruch. (Wahrung berechtigter Interessen.) Mit dem gebrauchten Ausdruck „diese Sorte Lehrer“ seien nur die durch ihr Verhalten gemäßigtesten Lehrer gemeint gewesen, die sich nicht scheuten, ihren vorgesetzten Behörde anzugreifen. Auf Verlangen mußte Reihner zusehen, daß er über die brennendsten Punkte des neuen Volksschulgesetzes nicht völlig unterrichtet sei; auch habe er eigentlich mit dem politischen Teile nichts zu tun.

Zur Charakteristik, wie damals der Kampf auf konfessioneller Seite und von den Lehrern geführt wurde, gelangen einige Artikel des „Vaterlandes“, der „Leipziger Lehrerzeitung“ und der „Sächsischen Lehrerzeitung“ zur Verlesung. Der Anklagevertreter erwiderte in den gebrauchten Ausdrücken eine Beleidigung und beantragte eine Geldstrafe von 10 M. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Meding-Dresden, plädierte für Freisprechung. Nach seiner Meinung habe sich das „Vaterland“ „verhältnismäßig mild ausgesprochen“!

Das Urteil lautete auf Freisprechung. In der Wendung „diese Sorte Lehrer“ hat das Gericht zwar objektiv eine Mißachtung und Verächtlichmachung erblickt, aber den damaligen politischen Kämpfen müsse Rechnung getragen werden und überdies habe dem Major das Bewußtsein der Ehrverletzung gefehlt.

Korrigierte Verfassungswidrigkeit in Rudolfsstadt.

Die Rudolfsstädter Regierung hatte bekanntlich am 12. Juli 1912 ohne Befragung des Landtags ein Gesetz über Gewährung einer achtprozentigen Feuerungszulage an die Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrer erlassen. Der Landtag, der jetzt nachträglich seine Genehmigung zu diesem Gesetz geben sollte, hat einstimmig abgelehnt, das Vorgehen der Regierung gutzuhießen. Durch landesherrliche Verordnung ist deshalb jenes Gesetz vom 12. Juli vorigen Jahres soeben außer Kraft gesetzt worden.

Der Rudolfsstädter Regierung blieb nichts anderes übrig, als ihre Verfassungswidrigkeit in dieser Form gut zu machen. Damit aber nun die Beamten und Lehrer nicht unter der Außerkräftsetzung jener Verordnung zu leiden haben, wird die sozialdemokratische Mehrheit des Landtags und vermutlich auch die bürgerliche Minderheit dafür sorgen, daß bei der demnächstigen Revision des Beamtengesetzes eine entsprechende Gehaltserhöhung hineinkommt. Worauf es dem Landtag in erster Linie ankam, war die Befähigung und die Rechte des Landtags zu wahren. Um die Frage der Feuerungszulage hat es sich dabei gar nicht gedreht. Deren Berechtigung wird wenigstens von sozialdemokratischer Seite durchaus anerkannt.

Vor Gebrauch wird gewarnt.

Die Mitteilungen über die vorläufigen Ergebnisse der Viehzählung vom 2. Dezember 1912 für Preußen begleitet die „Statistik-Korrespondenz“ mit der merkwürdigen Warnung, diese Zahlen sowie Schlussfolgerungen über die Fleischverfügung der Bevölkerung zu verwenden. In solcher Beurteilung seien die Ziffern „völlig unzureichend“. Aber die Sorge um die richtige Benutzung ist verständlich; bilden doch die Zahlen den statistischen Beleg für die außerordentliche Fleischnot in Preußen. Die Zahl der Schweine ist in einem Jahre (vom Dezember 1911 bis Dezember 1912) um 1,792 Millionen Stück oder um 10,4 Proz. zurückgegangen. Der Schweinebestand ist gegenwärtig nicht größer, als er bereits in den Jahren 1906 oder 1907 war. Auch die Zahl der Schafe hat wiederum abgenommen, und zwar um 265 100 Stück oder 6,1 Proz. Gestiegen ist nur der Rinderbestand, aber lange nicht in dem Maße, um den Ausfall von Schweinen und Schafen zu ersetzen. Die Zahl der Rinder nahm nur um 178 900 Stück oder 1,5 Proz. zu. Selbst wenn man die geringe Zunahme des Pferdebestandes, der ja nach Herrn v. Scharfetter immer mehr für die Fleischversorgung in Betracht kommen soll, mit berücksichtigt, bleibt ein großes Manco für das Fleischangebot. Dieser Rückgang des Viehbestandes ist aber nicht etwa nur eine Erscheinung des verflochtenen Jahres. Vielmehr ist er bereits seit 1907/08 deutlich zu beobachten. Es waren vorhanden:

Jahr	Rinder	Schafe	Schweine
1906	11 648 908	5 435 053	15 855 959
1907	12 011 584	5 408 867	15 095 854
1908	12 069 072	5 290 288	13 422 878
1911	11 682 234	4 872 489	17 244 855
1912	11 856 106	4 107 877	15 452 951

Vor etwa sechs Jahren war der Viehbestand in Preußen größer als gegenwärtig. Inzwischen hat die Bevölkerung aber um mehr als 7 Proz. zugenommen. Viehmangel, Fleischnot und Fleischteuerung müssen die notwendigen Folgen dieser Entwicklung sein. Die Agrarier trösten sich über ihre geringeren Viehbestände mit höheren Preisen hinweg. Aber das Volk muß seinen Konsum einschränken oder auf Fleischgenuß völlig verzichten, weil die Viehzucht den Bedarf nicht decken kann und die Grenzen gegen die Einfuhr künstlich abgeschlossen werden.

Wer boykottiert und terrorisiert?

Ein Zivilmusiker in Liegnitz lieferte seit fünfzehn Jahren dem Kriegerverein eines benachbarten Dorfes bei Lang und Vegräbmissen die Musik. So war er auch bei der diesjährigen Kaisergeburtstagsfeier in der üblichen Weise durch eine Postkarte zum Musizieren eingeladen worden. Ein paar Tage später aber ging ihm folgender Brief zu:

Herrn Musiker . . . Liegnitz.

Nach erhaltenem Zuschrift des Lokalvereins 120 Liegnitz des Allgemeinen deutschen Musikerverbandes gehören Sie und Ihre Musik dem Zentralverband der Zivilmusiker an (sozialdemokratischer Verein). Nach eingeholter Information ist es unmöglich, daß fernerhin Sie im hiesigen Kriegerverein beschäftigt werden können, und wir müssen auf Ihre Musik nächsten Montag an Kaisers Geburtstag im hiesigen Verein verzichten.

Der Vorstand des Kriegervereins
Greibnitz und Umgegend
(Name und Stempel).

Die Musik hat dann der Angeber aus der gegnerischen Organisation geliefert.

Sturz des japanischen Ministeriums.

Das Ministerium Katsura ist zurückgetreten. Und das Wichtigste an diesem Rücktritt ist, daß es sich vor dem Unwillen des Volkes, welches in stürmischen Demonstrationen seinen politischen Willen kund gab, zurückziehen mußte. Die gewaltige Umwälzung, die Japan durchgemacht hat, war bisher das Werk kleiner Schichten gewesen. Das Volk selbst war politisch unfrei und indifferent. Die Macht lag bei einer kleinen Oligarchie. Der Parlamentarismus war ein bloßer Schein. Jetzt haben die Volksmassen handelnd und mit Erfolg selbst in die Politik eingegriffen, getrieben durch die bittere Not, die der Militarismus mit seinen fürchterlichen Opfern erzeugt hat. Auch in Japan hat der Krieg schließlich zu revolutionären Vorgängen geführt. Und mögen auch die Demonstranten noch nicht zum klaren Bewußtsein ihrer Interessen gelangt sein, mögen sie auch heute noch im Geleite parlamentarischer Gruppen marschieren, die nicht die Vertreter ihrer wirklichen Interessen sein können, so ist doch diese Erhebung der gedrückten Masse in Tokio ein verheißungsvolles Zeichen für die Zukunft.

Ueber die Ereignisse unterrichten folgende Depeschen:

Politische Unruhen.

Tokio, 11. Februar. Die politische Krise hat gestern zu ernstesten Tumulten geführt. Die ersten Zusammenstöße fanden

zwischen dem Polizeiaufgebot, das in dem Parlamentsgebäude zusammengezogen war, und der Volksmenge statt, die sich zur Unterstützung der Opposition angeammelt hatte. Dann wurden Angriffe auf verschiedene Bureaus und Zeitungsredaktionen unternommen. In einem oder zwei Fällen wurden ernste Verletzungen gemacht, die Gebäude in Brand zu stecken. Das Personal der Zeitung „Kokumin Shimbun“ leistete energisch Widerstand und griff auch zu Feuerwaffen. Einer aus der Menge wurde getötet. Nur den angelegentlichsten Bemühungen der Polizei gelang es, den Ausbruch des Feuers zu verhindern. Darauf zog die Menge durch die Stadt, demolierte Polizeiwachen und steckte Straßenbahnwagen in Brand. Schließlich wollten die Demonstranten die Mächte nach dem Haus des Fürsten Katsura einschlagen, wurden aber durch ein starkes Polizeiaufgebot das blank zog, davon gehindert. Es kam wiederum zu einem Zusammenstoß. Schließlich wurden die Aufrechter zurückgetrieben.

Die Unruhen dauerten bis zum frühen Morgen, wo die Menge sich mangels weiterer Angriffsobjekte und wegen der außerordentlichen Kälte zerstreute. Es sind sechs Personen getötet, sechzig verwundet worden.

Das Kabinett trat heute um 10 Uhr vormittags in den Diensträumen des Premierministers, die durch starke Wachen geschützt waren, zu einer Dauer Sitzung zusammen. Der Rat der Ältesten ist zum Nachmittag in den Palast berufen worden. Die Stadt ist jetzt ruhig; die Patrouillen sind von den Straßen zurückgezogen worden.

Demission des Ministeriums.

Tokio, 11. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Ministerium Katsura ist zurückgetreten. Admiral Yamamoto wird morgen zum Ministerpräsidenten ernannt werden. Baron Kato bleibt Minister des Aeußeren.

Belgien.

Eine Probemobilisierung für den Generalkrieg.

Aus Brüssel wird uns gemeldet: Gemäß einem Beschluß der Brüsseler Föderation der Arbeiterpartei werden sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter am Montag, den 17. Februar, zu einer Art Probemobilisierung zusammenfinden. Die etwa 20 000 organisierten Arbeiter Brüssels und der Vororte werden sich zwischen 6—8 Uhr in den hierzu angewiesenen Lokalen versammeln, um dort von ihren Vertrauensmännern über die zu unternehmenden Vorbereitungen für den bevorstehenden Kampf unterrichtet zu werden. In erster Linie stehen da die Maßnahmen für die Kontrolle der Streikenden und für die Sicherung der ruhigen und friedlichen Abwicklung des Massenstreiks. Jeder der Versammlungen wird ein Delegierter des Föderationskomitees betreiben.

Dänemark.

Die Kollage der Konservativen.

Kopenhagen, 9. Februar. (Fig. Ver.) Die Verfassungsvorlage der dänischen Regierung hat die Konservativen in eine schwierige Situation gebracht. Die Zweite Kammer hat noch vor Weihnachten die Vorlage akzeptiert, wie wir fernerzeit mitteilten. Aber in der Ersten Kammer, wo die Vorlage seit zwei Monaten liegt, kommt man nicht vom Fleck. Die Junkermehrheit dieser Kammer will natürlich nicht den Akt absegnen, auf dem sie sitzt; aber sie hat auch keinen anderen Ausweg zur Lösung der Verfassungsprobleme gefunden. Ihr Haß konzentriert sich nun gegen das Ministerium Vernsen, dem sie die Schuld an der radikalen Gestaltung der Wahlreform zuschreibt und der Ministerpräsident bekommt in reichlichem Maße den Gorn der konservativen Klasse zu spüren. Als man ihm parlamentarisch nicht beikommen konnte, hat man zur Methode der persönlichen Beschimpfung gegriffen und ein entlassener General mußte auftreten, um dem alten Vernsen die ganze Verachtung der „Vaterlandsfreunde“ ins Gesicht zu schleudern. Wie im neuen Don Quixotte bemühte sich dieser illustre Vertreter des dänischen Militarismus, die Gefahren des Weltkrieges von seinem Vaterlande zu harnen.

Das ist der mühsam gefundene Ausweg der Wahlrechtsgegner. Um die Verfassungsfrage zum Scheitern zu bringen, haben die Herrschaften die Landbefestigungsfrage Kopenhagens aufgeworfen. Die Korbeite muß beseitigt werden, um die Einnahme der Hauptstadt durch eine feindliche Infanteriearmee in dem bevorstehenden Weltkrieg zu verhindern. Und zu dem Zweck läßt man es sich sogar etwas kosten. Um die „Vaterlandsliebe“ trotz der verfluchten Verfassungsvorlage zu dokumentieren, hat man eine freiwillige Einammlung für die Befestigung der Landseite veranstaltet; eine Zementfabrik spendet sogar etliche Tausend Sad Zement, um einem fehlenden Fort die nötige Festigkeit zu geben. Und von der Regierung wird die schleunige Einbringung einer Befestigungsvorlage in der Zweiten Kammer gefordert. Alles aus Vaterlandsliebe? Weit gefehlt! Eine solche Vorlage würde in der Zweiten Kammer mit Hohngelächter aufgenommen werden, das Ministerium Vernsen wäre erledigt und mit ihm die Verfassungsvorlage. Das ist die zwar tölpelhafte, aber doch sehr „realpolitische“ Kalkulation der Reaktionsäre.

Das Ministerium ist auf den Vehm nicht gegangen. Es hat im Einverständnis mit seiner Partei die Aufnahme der Befestigungsfrage zurzeit abgelehnt. Die Konservativen kommen also nicht um die Verfassungsvorlage herum, wobei gleichzeitig viele der jetzigen Senatoren leicht um ihre Mandate kommen können. Denn die Regierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie eventuell selbst zur Auflösung der Ersten Kammer entschlossen ist.

Amerika.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Mexiko, 11. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Lage der Regierung ist im wesentlichen unverändert, obgleich 500 Soldaten des treu gebliebenen Generals Blanquet und eine kleine Abteilung von Aurales in der Hauptstadt angelangt sind. Indessen dürfte General Diaz, wenn es der Regierung nicht gelingt, die noch zögernden Elemente dazu zu bestimmen, sich ihr anzuschließen, mit seiner überlegenen Artillerie einem Angriff widerstehen können. Es herrscht ausgezeichnete Ordnung. Alle Banken sind geschlossen, ebenso die Mehrzahl der Läden; die Straßen sind verlassen, die Straßenbahnen haben den Verkehr eingestellt. Madero ist in den Palast zurückgekehrt, wo er mit den Ministern eine Konferenz hatte. Seine Gattin hält sich in Chapultepec auf. Madero vertraut darauf, daß die Regierung die Oberhand gewinnen werde. Er glaubt, daß eine genügende Anzahl von Truppen bald mobilisiert werden könne, um Diaz erfolgreich anzugreifen. Die Diplomaten bemühen sich um die Ersaulnis, an Ausländern bestehende Patrouillen bilden zu dürfen, um die Fremdenquartiere bewachen zu lassen, bis jetzt jedoch ohne Erfolg. 800 Soldaten und acht Kanonen schützten den Palast. Diaz erklärt, daß er nicht die Absicht habe, anzugreifen. Er werde die Aktion der Streitkräfte der Regierung abwarten. Diaz scheint in reichlichem Maße Munition und Geld zu besitzen.

Gewerkschaftliches.

Der Revolver in der Hand der „Schutzbedürftigen“.

Für welche Elemente „verstärkter gesetzlicher Schutz“ verlangt wird, kann man jetzt in Königsberg studieren, wo das mit Dolchen und Revolvern bewaffnete Streifbrotregiment die Situation beherrscht. Ein Streifbrotregiment stand dieser Tage wegen schwerer Körperverletzung vor der Königsberger Strafkammer; er hatte während des Streiks bei einer Expedition als Arbeitswilliger fungiert und dabei einem Arbeiter mit einem Messer einen Stich in die Lunge versetzt. Der Gestochene hat lange Zeit im Krankenhaus liegen müssen. Der „Schutzbedürftige“ Streifbrotregiment bekam für seine „staatsverhaltende“ Tätigkeit ein Jahr Gefängnis. Die Strafkammer sah das Vergehen des Angeklagten sehr milde an.

Dieser Tage hat wieder ein Streifbrotregiment aus der Uniongehörigkeit mit seinem sechsflügeligen, scharfgeladenen Revolver schweres Unheil angerichtet. Der „staatsverhaltende“ Dursche hat nämlich seine Braut niedergeschossen. Diese wollte das Verhältnis mit ihm lösen, worauf ihr der „Bräutigam“ morgens in einer Straße anlauerte, sie ansprach und, als er keine Antwort erhielt, das Mädchen einfach niederknallte. Er gab mehrere Schüsse auf die Unglückliche ab, die sich noch in ein Haus schleppte, dann zusammenbrach und nach der chirurgischen Klinik geschafft werden mußte, wo sie hoffnungslos darniederliegt. Der Streifbrotregiment hat nicht weniger als vier Schüsse auf sie abgegeben, von denen drei die Brust trafen. Er versuchte dann zu fliehen, wurde aber ergriffen und nach der Polizeiwache geführt, wo man noch neun scharfe Patronen bei ihm fand! Die „freisinnige“ „Hartungische Zeitung“ nimmt den Fall noch in Schutz und schreibt, er wäre sonst ein ordentlicher Mensch (!!) und hätte sich den Revolver zum Schutze gegen Angriffe seiner streikenden Mitarbeiter angeschafft! Das schreibt das Blatt, obwohl es wissen muß, daß der Kampf in der „Union“, an dem über 900 Arbeiter, darunter einige hundert Mitglieder der Stützpunktvereine beteiligt sind, von den Ausgepöbelten dank ihrer unerschütterlichen Ruhe und Disziplin in geradezu musterhafter Weise geführt wird. Wohl aber sind eine Reihe Schießereien und Messerstechereien von den „Arbeitswilligen“ verübt worden.

Am Sonnabend fuhr in einem Auto eine Anzahl Streifbrotregiment durch die Straße, in der sich die Uniongehörigkeit befindet und bedrohten im betrunkenen Zustande die Streifposten mit Revolvern!! Die Streikenden bewahrten jedoch gegenüber dieser unerhörten Provokation die Ruhe, so daß es zu keiner weiteren Szene kam. Tatsache ist, wie man sieht, daß die Streifbrotregiment bewaffnet sind. Dabei gibt es in Königsberg eine Polizeiverordnung, nach der das Tragen von Waffen ohne Waffenschein verboten ist. Die Streifbrotregiment können unmöglich im Besitz von Waffenscheinen sein, und trotzdem haben sie Dolche und Revolver. Die Polizei erklärt, daß es zu ihren Aufgaben gehöre, „strafbare Handlungen zu verhindern“. Und sie besucht zu diesem Zweck sogar die — Jugendversammlungen, in denen geschichtliche Vorträge gehalten werden. Den Streifbrotregiment hat sie aber bisher die Nordwerkzeuge nicht abgenommen. Diese Leute, die frech draußlos stehen und schießen, sollen „größeren gesetzlichen Schutzes bedürftig“ sein und werden als die „heiligsten Güter der Nation“ gepriesen.

Berlin und Umgegend.

Herr im Hause will die Firma Heinrich Bergmann, Zäuberer und Chem. Waschanstalt, sein. Vor einigen Wochen hat die Arbeiterschaft des Betriebes den Beschluß gefaßt, die Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden zu verlangen. Dieser Beschluß scheint den Inhabern der Firma einen kolossalen Schreck eingejagt zu haben. Man entließ, höchstwahrscheinlich um die Bewegung im Keime zu ersticken, den Vertrauensmann der Organisation. Ein Kollege desselben, welcher den Posten übernahm, wurde am letzten Sonnabend, nachdem er über fünf Jahre im Betriebe tätig war, entlassen mit der Begründung, daß man mit seiner Arbeit nicht zufrieden sei!! Die Firma Bergmann sieht es wohl ganz gern, wenn organisierte Arbeiter zu ihr als Kunden kommen. Aber im eigenen Betriebe fürchtet man die organisierten Arbeiter und schmeißt sie hinaus. Trotzdem weiß Herr Bergmann den Wert einer guten Organisation wohl zu schätzen; aber nur für die Unternehmer. Selbstverständlich wird die Organisation der Arbeiter es sich angelegen sein lassen, die Interessen der in den Zäuberereien und dem Waschanstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu vertreten und bei gegebener Zeit den Stoß parieren.

Der Streik im Eisenlegergewerbe beendet.

Die streikenden Eisenleger und Hilfsarbeiter hielten gestern nachmittags ihre letzte Streikversammlung ab. Es wurde mitgeteilt, daß die Unternehmer ebenfalls die Vorschläge der Tarifkommission angenommen haben. Die Bewegung ist somit beendet und wird heute die Arbeit wieder aufgenommen. So einmütig wie die Arbeiter in den Ausstand getreten sind, werden sie sich auch zur Wiederaufnahme der Arbeit zur Verfügung stellen. — Erwähnt sei noch, daß der Stundenlohn für gelbe Hilfsarbeiter der Eisenbranche 70 und nicht 76 Pf. beträgt.

Achtung, Gummialappel! Auf dem Bureau des Deutschen Zigarbeiterverbandes, Dragonerstr. 6, vorn II, ist ein Gummialappel abgegeben worden, der dem in Kollegentreisen genügend bekannten Zigarrettenmacher Hirschsteinmann, Vankow, Florstraße, gehört. Derselbe ist dem Genannten gelegentlich abgenommen worden und kann gegen Duitung auf unserem Bureau abgeholt werden. Der Vertrauensmann der Zigarbeiter.

Achtung, Schuhmacher! Ein tarifgegnertischer Schuhmachermeister ist G. Bäumler, NO, Strausberger Str. 43, im Keller. Derselbe hat unserem Kollegen, der die dort beschäftigten Arbeiter zur Versammlung laden wollte, das Lokal verwiesen und ihn tätlich angegriffen. Dasselbe gilt von dem Inhaber des „Artistenkeller“, Grünerweg; nur ist dieser nicht tätlich geworden. Weiter weigern sich beharrlich, unseren auch von der Innung anerkannten Minimallohn tarif zu bezahlen: NO, Karl Glücke, Verkaufsgeschäft, Große Frankfurter Str. 72, und Matuliyki, Kopenstr. 19; SO, F. Bollmann, Gdrlitzer Ufer 28; N., E. Banfemer, Ankamer Str. 40, und Jakob Brand, Transvaalstr. 45, zweites Geschäft Center Straße 6.

Die organisierte Arbeiterschaft bittet mit um Solidarität. Jahrestellen befinden sich in Lichtenberg, Biarrstr. 32, im Lokal von Bürgel; Reutöfen, Bietenstr. 67, im Lokal von Kopplov, und für Reinickendorf, Drontheimer Str. 4, im Lokal von Fritsch. Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Einigungsverhandlungen für den ersten Bezirk des Malergewerbes.

Die zentralen Verhandlungen der Vertragsparteien führten bekanntlich zu dem Resultat, daß über die Lohnhöhe und die Arbeits-

zeit für die einzelnen Tarifsorte von den zuständigen Gautarifämtern verhandelt werden sollte. Dem Vorsitzenden des Gautarifamtes stehen zwei Vertrauensmänner zur Seite. Diese Institutionen sollen die Funktion von Einigungsämtern ausüben. Für den ersten Bezirk fanden die Verhandlungen am 10. und 11. Februar in Berlin statt. Der Vorsitz führte der Stadtrat Dr. Mann-Reuß. Die Parteien hatten die Herren Dr. Nielenz und Silberfeldt als Vertrauensmänner bestellt. Es war für 2 Lohngebiete zu verhandeln. Lohnerhöhung wurde für sämtliche Lohngebiete, Arbeitszeitverkürzung für 15 Gebiete gefordert. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig; es kam dabei auch keine Einigung zustande und mußten in allen Fällen Schiedssprüche gefällt werden. Die durch die Schiedssprüche in Aussicht gestellten Aufbesserungen gelten für eine dreijährige Vertragsdauer. Die Ergebnisse sind folgende: Für Berlin eine Lohnerhöhung von 7 Pf. und eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde pro Woche. Für Potsdam-Knowanow und Spandau 6 Pf. Lohnerhöhung, für Rüdersdorf-Kallberge, Oranienburg, Brandenburg, Landsberg a. W., Sorau, Eberwalde, Frankfurt a. O., Ludenwalde, Kauen, Forst, Fürstenwalde, Brenzlau, Rathenow, Spremberg und Bittenberge 5 Pf. Lohnerhöhung, Elnen und Königs-Wusterhausen 3 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde. — Die endgültige Anerkennung der Schiedssprüche unterliegt der Genehmigung der Vertragsparteien.

Deutsches Reich.

Die Tarifverträge in der Leder- und Lederhandschuhindustrie.

Der Zentralverband der Lederarbeiter schloß im Jahre 1912 60 Tarifverträge für 117 Betriebe mit 3549 Personen ab. Davon entfielen 12 Verträge für 35 Betriebe mit 351 Personen auf die Lederhandschuhindustrie, 18 Verträge für 23 Betriebe mit 1343 Personen auf die Loh- und Chromgerberei und 35 Verträge für 59 Betriebe mit 1855 Personen auf die Weißgerberei und Lederfärberei. Am 31. Dezember 1911 bestanden insgesamt 94 Verträge für 307 Betriebe mit 6356 Personen. Durch Ablauf erloschigen sich im Jahre 1912 37 Verträge für 101 Betriebe mit 2755 Personen, so daß von den alten Verträgen am 31. Dezember noch 57 Verträge für 206 Betriebe mit 3601 Personen bestanden. Die aus früheren Jahren noch bestehenden Verträge und die im Jahre 1912 abgeschlossenen Verträge ergeben zusammen 117 Verträge für 323 Betriebe mit 7150 Personen, die am 31. Dezember 1912 in Gültigkeit waren. Von den 7150 Personen, die von den Tarifverträgen erfasst wurden, gehörten 6304 dem Lederarbeiterverband als Mitglieder an. Bei rund 15 700 Mitgliedern, die der Lederarbeiterverband Ende 1912 hatte, waren also für 40 Prozent der Mitglieder des Lederarbeiterverbandes die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern vertraglich geregelt. Ende 1912 waren 23 Verträge für 794 Personen mehr in Geltung als Ende 1911.

Christlicher Terrorismus.

Weil die Arbeiter der „Bayerischen Speisefettfabrik“ Joseph Figgelberger G. m. b. H. München, alle dem deutschen Fabrikarbeiterverband angehören und die Firma den Verband als die maßgebende Vertretung der Arbeiter anerkannt hat, suchen die christlichen Gewerkschaften alles daran zu setzen, der Firma die Kundenschaft abzugeben. Selbstverständlich fangen sie bei den christlichen Konsumvereinen an. So hat der christliche Konsumverein in Marktredwitz auf die Firma einzuwirken versucht, mit dem Fabrikarbeiterverband zu brechen, was aus folgendem Brief der Firma Figgelberger an den Konsumverein hervorgeht:

München, 24. Januar 1913.

Verehrl. Vorstandschaft des Konsumvereins

Marktredwitz.

Unser Reichsinspektor Herr Fritz Ridentischer teilt uns heute mit, daß Sie die Geschäftsverbindung mit uns deshalb abbrechen wollen, weil wir bekanntlich mit unserer Arbeiterschaft einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, laut welchem wir nur sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter beschäftigen: dies entspricht keinesfalls den Tatsachen.

Es ist richtig, daß wir mit unserer Arbeiterschaft einen Vertrag dahingehend abgeschlossen haben, daß wir nur im Fabrikarbeiterverband organisierte Arbeiter beschäftigen, denn wir halten es bei der heutigen wirtschaftlichen Lage für unbedingt notwendig, daß sämtliche Arbeiter und Berufsgruppen zur Verbesserung ihrer Verhältnisse organisiert sind. Nach uns gegebener Zusicherung sind im Fabrikarbeiterverband alle politischen und konfessionellen Schattierungen ohne Rücksicht darauf, ob dieselben der christlichen Gewerkschaft, freien Gewerkschaft oder einem sozialdemokratischen Verband angehören, vertreten.

Wir möchten Sie höflich bitten, uns diejenige Quelle mitzuteilen, die Sie falsch informiert hat, damit wir gegebenen Falles einschreiten können.

Hochachtungsvoll

Jos. Figgelberger, G. m. b. H.

Der christliche Konsumverein und seine Hintermänner suchen die Anerkennung einer Gewerkschaft durch eine Firma zu durchbrechen, weil diese beim Nichtvorhandensein einer anderen Organisation den Fabrikarbeiterverband als den richtigen Verband für ihre Arbeiter ansieht. Was würden die christlichen Gewerkschaften wohl sagen, wenn die freien Verbände bei ihrer Stärke anfangen wollten, gleiches mit gleichem zu vergelten? Wie würde diese Terroristengesellschaft aussehen! Um so mehr als ihr selbst der Atem fehlt, aus eigener Kraft vernünftige Tarifverträge durchzuführen.

Katholische Arbeitgeberverbände.

Das Berliner Fachabteilungsorgan, der „Arbeiter“, vom 2. Februar schreibt:

„Die von Papst Pius genehmigte sozialwirtschaftliche Vereinigung der italienischen Katholiken, die in Bergamo ihren Sitz hat, schreibt gegenwärtig zur Bildung einer neuen wichtigen Berufsgruppe, und zwar eines Arbeitgeberverbandes. Nachdem die Arbeiter in katholischen Berufsgruppen organisiert sind, handelt es sich bei der Bildung des katholischen Arbeitgeberverbandes um eine bedeutsame Ergänzung der Gewerkschaftsbewegung. Auch die Arbeitgeber aller Berufe sollen sich zusammenschließen, um im katholischen Geiste auf Grund der Enzyklika Rerum novarum sich untereinander auf geistigem und ökonomischem Gebiet zu unterstützen. Dadurch wird auch die Möglichkeit einer günstigen Verständigung mit den katholischen Arbeiterberufsgruppen erreicht.“

Dieses neue Werk entspricht durchaus den Grundgedanken der Enzyklika Rerum novarum. Der neue katholische Arbeitgeberverband, welcher den Namen „Unione Padronale“ führt, ist in drei Gruppen: die der Grundbesitzer und Pächter, der Industriellen, der Handeltreibenden und der kleinen Geschäftselemente eingeteilt. Wer die italienischen landwirtschaftlichen Verhältnisse kennt, sieht klar, daß die Organisation der katholischen Grundbesitzer notwendig erscheint, damit so jederzeit eine Verständigung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern unter Berücksichtigung der katholischen Grundgedanken erfolgen könne.

Schwieriger allerdings wird eine Organisation der industriellen Arbeitgeber sein, besonders weil es auch viele Attentatgesellschaften mit beschränkter Haftung gibt, die nicht so leicht wie die Grundbesitzer zusammengeführt werden können. Immerhin aber, so schreibt der „Osservatore Romano“, der diese Arbeitgeberorganisation besonders empfiehlt, werde auch hier bei andauernder Arbeit der Erfolg nicht ausbleiben.“

In einer Polemik mit dem christlichen Arbeitersekretär Kunte, München, erklärte dieser auf eine Anfrage hin, warum die Unternehmer sich nicht ähnlich organisieren, daß diese nicht so dumm

wie die Arbeiter seien! Nun, und sie sind auch nicht dumm genug, sich katholischen Unternehmerverbänden anzuschließen. Was würde z. B. der fromme päpstlich deflorierte Thössen dem Papste antworten, wenn dieser ihn aufforderte, dem Kohlenfundat, dem Verein für bergbauliche Interessen, dem Zechenverband und anderen heute bestehenden Zechenorganisationen den Rücken zu kehren, weil ein katholischer Mann durch das Zusammenarbeiten mit freigeistlichen veranlagten Grubenherren in wirtschaftlichen Fragen Schaden an Leib und Seele erleiden könnte? Der päpstlich deflorierte Thössen würde sagen: „Ich bin nicht dumm genug dazu, um die Unternehmerinteressen durch christliche bzw. katholische Zersplitterungsarbeit im Grundbesitzlager zu schädigen. Ihre Klasse schädigen, machen nur die dummen Arbeiter.“ Und Thössen hätte nicht so sehr Unrecht. Und ebenso wie Thössen denken die übrigen katholischen Kapitalisten. Daher wird es auch mit den katholischen Unternehmerorganisationen nichts werden.

Ausland.

Achtung, Blüschweber! Der Inhaber der Blüschweberei Theodor Finster in Lodz, Widzewskistr. 88—Juliusstr. 28, ist auf der Suche nach Streifbrotregiment in Deutschland. — In der Lodzger Textilindustrie herrscht große Arbeitslosigkeit. Eine Ausnahme bildet die Blüschweberei, in der das Geschäft leidlich geht. Die Fabrikanten dieser Branche suchen nun die Löhne zu drücken. In der Fabrik von Finster verdienen die Weber früher 10 bis 15 Rubel pro Woche, besonders tüchtige Lamen auf 18 Rubel. Jetzt sind die Leistungen stark gestiegen, die Arbeitslöhne aber so gedrückt, daß höchstens 7 bis 10 Rubel verdient werden. Trotzdem versuchte Finster neuerdings die Löhne um 20 bis 30 Proz. zu drücken und als die Arbeiter darauf nicht eingingen, sperrte er sie aus. 135 Arbeiter, darunter 80 Weber, wurden auf die Straße geworfen. Die Arbeiter sind entschlossen, unter allen Umständen den Kampf durchzuführen. Finster aber erklärt, daß er mit Leichtigkeit ein Duzend Blüschweber aus Deutschland (!) herbeiziehen werde, die in kurzer Zeit Weber anderer Branchen anlernen würden und dann könne er die Löhne nach Belieben drücken.

Wir rufen daher das Solidaritätsgefühl der Kollegen in Deutschland an: Unter keinen Umständen darf jetzt ein Blüschweber nach Lodz kommen. Lebt Solidarität!

Im Auftrage des Streikkomitees: T. A.

Letzte Nachrichten.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erschossen.

Wien, 11. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der sozialdemokratische Abgeordnete Schumacher wurde am Nordwestbahnhof erschossen. Der Mörder ist der christliche Arbeiterführer Kunschak.

Ein erfolgreicher Vorstoß für die Einheitschule.

Frankfurt a. M., 11. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Stadtverordnetenversammlung sprach sich in ihrer heutigen Sitzung mit 40 gegen 14 Stimmen grundsätzlich gegen die Vorschule, für ihre allmähliche Aufhebung und für die Einheitschule aus.

Anregung einer internationalen Arbeiterschulungskonferenz.

Bern, 11. Februar. (B. Z. B.) Der Bundesrat hat die Staaten Europas in einem Rundschreiben zur Teilnahme an einer Konferenz im September in Bern eingeladen, die ein neues internationales Übereinkommen betreffend den Arbeiterschutz feststellen soll. Nach dem Muster der internationalen Konvention von 1906 über das Verbot der Nachtarbeit von Frauen und über das Verbot der Verwendung weißen Phosphors hat die internationale Vereinigung für Arbeiterschutz Vorschläge formuliert für ein Verbot industrieller Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter und für die Festsetzung einer Arbeitsdauer von höchstens zehn Stunden für Frauen und jugendliche Arbeiter. Diese Vorschläge sollen der Konferenz als Grundlage dienen. Borgelesen ist zuerst eine technische und dann eine diplomatische Konferenz.

Die Angst vor der Mißgeburt.

Budapest, 11. Februar. (B. Z. B.) Der frühere Präsident des Abgeordnetenhauses, Berzeviczy, entwickelte in einer auf einem Bankett gehaltenen Rede die Ansicht, daß die Wahlreformvorlage unter den gegenwärtigen parlamentarischen Verhältnissen, wo die Opposition nicht an den Beratungen teilnimmt, aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht zur Verhandlung kommen möge. Die Wahlreform würde nicht als definitive Lösung angesehen und keine Beruhigung schaffen. Andererseits befürwortet Berzeviczy, daß die mit der geplanten Reform unzufriedenen Elemente sich zur Opposition schlagen werden, was bei den Wahlen die Regierungspartei schädigen könnte. Berzeviczy fügte hinzu: daß er, falls seine Ansicht bei der Parteileitung nicht durchdringe, dennoch im Verande der Regierungspartei bleiben werde.

Glänzender Solidaritätsbeweis.

Budapest, 11. Februar. (B. Z. B.) In der Runitions- und Konferenzenfabrik von Manfred Weiß ist die ganze, aus 5000 Personen bestehende Arbeiterschaft in den Ausstand getreten. Die Ursache des Streiks ist in der Entlassung eines Arbeiters zu suchen, mit welchem sich die gesamte Arbeiterschaft solidarisch erklärte.

Freies Abzugsrecht der Fremden in Adrianopel!

Paris, 11. Februar. (B. Z. B.) Da Bulgarien sich weigert, ein Stadtviertel Adrianopels zum Schutze der Fremden während der Belagerung für neutral zu erklären oder den Fremden das Verlassen der Stadt zu gestatten, hat Frankreich wiederholt in dringender Form darauf bestanden, daß seinen Staatsangehörigen die Erlaubnis zum Verlassen Adrianopels erteilt werde.

Schwerer Unfall auf einem französischen Kriegsschiff.

Toulon, 11. Februar. (B. Z. B.) Bei einer Revision des Kohlenrautes an Bord des Dreadnought „Danton“ wurden durch eine Kohlenstauberplosion zwei Obermaate schwer verbrannt. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Ein Matrose wurde leicht verletzt.

Russische Drangsalierung der finnländischen Presse.

Helsingfors, 11. Februar. (B. Z. B.) Trotzdem die meisten Druckereien des Landes der Aufforderung der Behörden, Exemplare ihrer Druckwerke der Zensurzentrale vorzulegen, Folge geleistet haben, sehen große Druckereien in Helsingfors ihren Widerstand fort. Der Gouverneur der Provinz Åland hat die Geschäftsführer mehrerer Druckereien mit je tausend Mark Geldstrafe belegt und ihnen befohlen, dem Befehl Folge zu leisten, widrigenfalls die Strafe auf zweitausend Mark erhöht wird.

Reichstag.

109. Sitzung. Dienstag, den 11. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Lisco.

Präsident Kaempf teilt die Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland mit, und bittet um die Ermächtigung, dem Kaiser und der Kaiserin dazu die Glückwünsche des Reichstags auszusprechen zu dürfen.

Kurze Anfrage.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.) fragt: Ist der Reichskanzler bereit, über die letzten Vorgänge in Peking bezüglich des Zustandekommens der 6 Mächteanleihe Auskunft zu erteilen, insbesondere über die Verteilung der Verarbeitungsstellen bei der Vergabung der Anleihe und deren Folgen?

Geheimrat Lehmann: Mit der chinesischen Regierung ist ein Vertrag über eine Anleihe von 25 Millionen Pfund Sterling für Reorganisationszwecke zustande gekommen. Zu ausländischen Beratern sind ein Däne, ein Italiener und ein Deutscher vorgeschlagen. Es sind, da mehrere Staaten unberücksichtigt bleiben würden, Verhandlungen eingeleitet worden, in welcher Weise die Beraterposten unter die beteiligten Mächte zu verteilen wären.

Abstimmungen

über einige zurückgestellte Resolutionen und Anträge. Die sozialdemokratische Resolution, die den Reichskanzler auffordert, dahin zu wirken, daß in derselben Weise wie für die großen Städte die Einfuhr von frischem Fleisch und Schlachtvieh in allen Gemeinden zugelassen wird, in denen die erforderlichen Schutzvorrichtungen gegen Verbreitung der Viehseuchen vorhanden sind, wird in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 162 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Die Resolution der Volkspartei auf Errichtung eines Instituts für die wissenschaftliche Erforschung der Wirtschaft wird mit den Stimmen der Volkspartei, Sozialdemokraten und Polen angenommen. Ueber die sozialdemokratische Resolution auf Regelung des Krankenpflegewesens muß die Abstimmung durch Hammelsprung erfolgen, da das Bureau über das Resultat zunächst zweifelhaft ist.

Die Resolution der Polen auf Untersuchung der gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter in Oberschlesien und die der Sozialdemokraten, die diese Untersuchung auf alle Bergwerke ausdehnen will, werden angenommen.

Etat des Reichsjustizamts.

Dritter Tag.

Abg. Litz (nall.): Wir müssen den Vorwürfen der äußersten Linken gegen unsere Richter entgegenreten. Wir könnten ganze Stöße von Urteilen vorbringen, aus denen hervorgeht, daß sie in die soziale Lage der Angeklagten sich hineinzuversetzen bemühen, gerade sozialdemokratischen Angeklagten gegenüber. — Im Zivilprozeß finden wir leider vielfach rein formalistische Urteile, die keinem Verständnis im Volk begegnen können. Der Grundlag der freien Beweiswürdigung muß unseren Richtern mehr in Fleisch und Blut übergehen. — Der Redner wendet sich dann den Bestimmungen zu, welche die Rechte der Gläubiger schützen sollen; er wünscht eine Verschärfung dieser Bestimmungen, da heute der böswillige Schuldner den Gläubiger sehr leicht schädigen kann. Dringend notwendig wäre die gesetzliche Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. — Im Zusammenhang mit dieser ferner zu einer von meiner Partei jedoch eingebrachten Resolution, die verlangt, daß bei Entscheidungen und Verfügungen von Behörden, deren Ansetzung an die Zuneigung einer Frist gebunden ist, am Schluß die Eröffnung enthalten sein muß, innerhalb welcher Frist, in welcher Form und bei welcher Stelle die Anfechtung anzubringen ist. — Die Gehörten der Rechtsanwalte bedürfen dringend einer Erhöhung.

Der Redner wendet sich dann gegen die Verfügung des Oberlandesgerichtspräsidenten zu Frankfurt a. M., wonach die Senate bei Vertretungen von Rechtsanwältinnen den Grund der Vertretung zu prüfen und eventuell den Vertreter zurückzuweisen haben; diese Verfügung entbehre der gesetzlichen Grundlage. — Noch ein Wort zur Klassenjustiz. Der Abg. Landsberg behauptete gestern, in Preußen müsse jeder Referendar ein Vermögen von 15000 M. nachweisen, um zugelassen zu werden. In Süddeutschland ist das nicht anders der Fall, hier werden die Richter aus allen Schichten der Bevölkerung genommen. — Dringend notwendig ist auch eine großzügige Reform des Strafprozesses. — Dem Staats-

sekretär bringen wir Vertrauen entgegen, er ist der berufene Vertreter der Rechtschaffenheit und wacht auch eifrig über ihr. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Dertel (L.): Wir werden einen sechsten Reichsanwalt bewilligen, wie es auch die Sozialdemokraten in der Kommission getan haben. Es ist merkwürdig, daß sie ihre Vertreter in der Kommission hier desavouieren. — Der Bund der Landwirte hat seine Eintragung in das Vereinsregister nicht erschlichen, wie man nach den Ausführungen von Dr. Klabach fast glauben konnte, sondern es ist dabei ganz ordnungsmäßig verfahren. — Mein Parteifreund Holschke hat lediglich eine Erwägung der Einführung der Prügelstrafe empfohlen, und ich schließe mich ihm an. — Ein Zusammenwirken von Presse und Kriminalbehörden ist gewiß erstrebenswert und notwendig; aber ein Teil der Presse verheimlicht geradezu die Verbrecher, steigt in ihre Seelenleben hinein und macht aus dem Verbrecher geradezu einen Helden. Die Art, wie Stern und L in einem Berliner Blatt behandelt wurde, war einfach himmelschreiend. Bei der Gerichtsberichterstattung kann der Presse sicherlich leicht einmal ein Irrtum passieren, der halbe Ausschluß der Öffentlichkeit, bei der man die Presse zuläßt, sollte doch nur sehr beschränkt angewendet werden. Der Staatssekretär hat ja keinen direkten Einfluß darauf, aber doch einen indirekten, wenn er mit diesem und jenem spricht. (Hört! hört! links.) Vieles wird über Prozeßverhandlungen in einer Weise berichtet, daß man sagen muß: nicht die Szene wird zum Tribunal, sondern zur Poisse. Die Toiletten der Damen werden geschildert usw. Es ist das ein direkter Insult. Leider treiben auch führende Weltblätter bürgerlicher Richtung diesen Unfug; Blätter, die aus der Parteilosigkeit ein Geschäft machen. (Sehr richtig!) Wir sollten die Leser zu einem geläuterten Geschmack erziehen, an den Pranger gehören solche Blätter, die niedrigem und pervertem Geschmack Rechnung tragen. (Sehr richtig!) Den Kampf gegen die Schundliteratur, gegen den Schmutz in Wort und Bild haben wir seit langem geführt. Es ist schon besser geworden. Der unflätliche Schmutz verendet dann von dem Empfänger wegen Beleidigung verklagt werden. Davon sollte mehr Gebrauch gemacht werden. Sehr aktuell geworden ist ein erhöhter Urheberrecht durch die Parivalfrage. Darauf kommen wir noch bei der Erörterung der betreffenden Petition.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Vielen Ausführungen des Vorredners kann ich beistimmen, insbesondere auch seinem Lob der Deffinitivität des Gerichtsverfahrens. In der Praxis hat die Rechte nicht immer in dieser Richtung gehandelt. Vor allem sollte er im Zukunft dann auch eintreten für die Deffinitivität im Militärgerichtsverfahren. — In der Frage der Bekämpfung von Schmutz in Wort und Bild muß vor allem eine größere Selbstkritik in den sogenannten besseren Kreisen gefordert werden. In einem Prozeß in Wien konnte sich der Angeklagte darauf berufen, daß er keine Abnehmer vor allem in den Kreisen der Geistlichkeit und des Hochadels hatte. (Hört! hört!) Die Hauptverantwortung liegt in der Abgrenzung der wirklichen Kunst. Was uns die Einigung hier so sehr erschwert, sind die preussischen Verwaltungsbezirke wie das Verbot der „Seber“ von Hauptmann oder „Maria von Magdala“ von Paul Henje. Abgestellt werden muß auch die jetzt Mode gewordene elende Verhöhnung unserer Künstler aus Gründen der Prädikate, die unter dem Deckmantel der Sittlichkeit auftritt. — Dem neu zu schaffenden Reichsanwalt stimmen wir zu; es ist bedauerlich, daß dabei vom Zentrum und der Sozialdemokratie politische Momente hineingetragen werden. — Ein Schluß gegen die sogenannten Urtreiber der Irrenanstalten ist dringend geboten. — Ein unbilliger Zustand ist auch, daß Schriftsteller wie Hyan vor Gericht freigesprochen werden und daß trotzdem das betreffende Buch überall beschlagnahmt wird, weil irgend ein Kolporteur bestraft worden ist. (Sehr richtig!) — Wünschenswert wäre die Errichtung von kriminalistischen Instituten nach dem Muster des Prager Instituts. Mit dem Wust geradezu unsinniger Polizeiverordnungen müßte endlich aufgeräumt werden. Die Strafsucht muß eingeschränkt werden, besonders gegen Jugendliche. Aber überall, wo wir damit einen Schritt vorwärts tun wollen, stellt sich uns die Bureaucratie entgegen und sagt, es ist unannehmbar. — Der Ausdruck Klassenjustiz ist recht häßlich. (Abg. Heine, Soz.: Die Tatsache ist noch häßlicher.) Die Herren sagen hier, es handelt sich nicht um bewusste Rechtsbeugung. Bei 90 Proz. Ihrer Anhänger erweist aber Ihre Presse die Meinung, als ob das Recht bewußt gebeugt werde. Sie behaupten mit dem Vorwurf der Klassenjustiz, daß die Richter aus von ihnen selbst genährten Vorurteilen das Recht falsch anwenden, und das ist falsch. (Abg. Heine (Soz.): nein!) Auch was der Abgeordnete Landsberg gestern gesagt hat, daß die Referendare, um zugelassen zu werden, ein Vermögen nachweisen müssen, ist unrichtig. In Preußen ist derartige ja in den letzten Jahren Praxis geworden. (Abg. Heine (Soz.): Seit 25 Jahren.) Wir haben diese plutokratischen Ansätze stets bekämpft. Ihre Verallgemeinerung ist aber sicherlich unrichtig. Graf Westarp wirt den Richtern zu große Milde vor bei Anwendung der sozialpolitischen Paragrafen, die äußerste Linke

zu große Strenge. Unsere Berichte sind ängstlich bemüht, jeden Verdacht der Parteilichkeit zu vermeiden. (Abg. Heine (Soz.): Wollen Sie das ganz allgemein behaupten?) Nein. Es werden in einzelnen Fällen schwere Fehler gemacht; aber wo kommt das nicht vor? Haben Sie schon ein deutsches Gericht gefunden, das einen Mann verurteilen würde wegen einer Schrift, von der die Richter selbst keine Kenntnis genommen haben oder wo eine Substantivierung der Anklage nicht vorhanden war? (Sehr gut! bei der Volkspartei.) Der Abgeordnete Heine hat ja gegen die Verurteilung Hildebrandts Front gemacht und anerkannt, daß dadurch Ihre eigene Stellung bei der Kritik der Gerichte schwer geschädigt worden ist. Ich gebe Heine darin recht, daß nichts gefährlicher ist als die sog. politischen Urteilsgründe. Das Amtsgericht in Lemgo hat gegenüber dem Kollegen Neumann-Hofer darin ganz Unglaubliches geleistet; aber die Strafammer hat in herzerquickender Weise das Recht wieder hergestellt und das Gebahren des Amtsrichters verurteilt. Im Falle Hildebrandt vermisse ich eine solche Wiederherstellung des Rechts. (Sehr gut! bei der Volkspartei.) Es macht sicherlich einen schlechten Eindruck, wenn die Staatsanwaltschaft Anklage in öffentlichem Interesse erhebt bei Beleidigung Konserverfabrik, bei anderen nicht, wenn konservative Zeugen als glaubwürdiger hingestellt werden als andere; aber die deutsche Justiz in ihrer Allgemeinheit hat mit solchen Exzessen nichts zu tun. — Ja der Sache des Ärztevereins bleibt es dabei, daß ein unerhörter Eingriff der Verwaltung in die Justiz in dem Erlaß des Herrn v. Dallwitz liegt. (Sehr richtig!) Wenn der Minister in dem Erlaß sagt, er wolle Verzicht haben, wenn auch die Landgerichte nicht im Sinne seines Erlasses handeln, so hört man dabei ordentlich den bureaukratischen Revolver knallen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Wenn der preussische Minister keinen Sinn dafür hat, die Unabhängigkeit der Richter zu wahren, so muß das Parlament das tun. (Bravo! links.) Wir erwarten von den deutschen Richtern Gerechtigkeit, wollen ihnen aber auch nicht Gerechtigkeit vorenthalten. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Lisco: Für die Unabhängigkeit der Richter werde auch ich stets eintreten, bleibe aber dabei, daß in dem Falle des preussischen Erlasses ein Eingriff in die Unabhängigkeit der Richter nicht vorliegt. Der Minister hat sich lediglich auf Anregungen beschränkt, wie sie jedem Staatsbürger zuzuehen. — Die Klagen über Einschränkung von Büchern wie im Falle Hyan sind nicht ganz unberechtigt insofern, als nach der heutigen Gesetzgebung der Beteiligte nicht gehört zu werden braucht. Eine Veränderung war in der hier leider nicht zur Verabschiedung gelangten Novelle zur Strafprozessordnung vorgeschlagen worden. Eine weitere Erhöhung der Revisionssumme für Zivilprozesse ist nicht in Aussicht genommen. Dagegen wird eine Erhöhung der Zahl der Reichsgerichtsräte bei der Revision der Zivilprozessordnung verlangt werden. — Den Vorwurf des Abg. v. Trampczynski, das Reichsjustizamt hätte seine Pflicht vernachlässigt, die ihm auf Grund des Art. 17 der Verfassung auferlegt ist, auf Wahrung der Reichsgesetze durch die Landesgesetzgebung zu achten, weise ich entschieden zurück.

Abg. Heine (Soz.):

Die Debatte hat so außerordentlich viel hochinteressante Fragen aufgeworfen, daß ich bedauere, der vorkürzeten Zeit wegen nicht auf alle eingehen zu können. Ich will das wichtigste herausgreifen. In bezug auf die Stellung meiner Fraktion zur Frage des sechsten Reichsanwalts meinte Herr Dertel boshaft, die Fraktion habe die Stellung hervorragender Vertreter der Parteien in der Kommission desavouiert. (Abg. Dertel: Nicht boshaft!) Sie werden nicht denken, daß ich so naiv wäre, anzunehmen, irgend etwas, was Sie in dieser Beziehung über mich sagen, wäre nicht boshaft. (Abg. Dertel: Ja bitte mich zu schätzen!) Dann will ich wenigstens boshaft sein. (Vizepräsident Dove: Das ist zulässig!) — Heiterkeit.) Die vorläufige Stellungnahme von Fraktionsmitgliedern in der Kommission wird nachher oft von der Fraktion nicht geteilt; was in der Kommission geschieht, geschieht immer nur vorbehaltlich. Herrn Dertel will ich nur daran erinnern, was wir vor wenigen Tagen in diesem Saale erlebt haben, wo er selber, nachdem er mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit Äußerungen getan hatte, sich hier hinstellt, und wie der alte Rangel sagte: „I dementiere mir!“ (Heiterkeit.) Da werden wir doch noch Äußerungen von Kommissionsmitgliedern dementieren können. Die Gründe, die wir gegen den sechsten Reichsanwalt haben, sind nicht dieselben, die das Zentrum hat. Wir lassen uns durchaus nicht ins Schlepptau nehmen. Was das Zentrum mit dieser Ablehnung will, wissen wir genau, es will sich an den Staatssekretär Dr. Lisco reiben wegen seines scharfen Angriffs auf Herrn Gröber anlässlich der Jesuitengeschichte des Herrn Rieberding. (Lachen im Zentrum.) Das ist unsere Meinung! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufregung des Herrn Dr. Lisco habe ich ja damals auch nicht verstanden. Wir haben doch alle Herrn Dr. Rieberding gekannt und wissen doch, daß er ultramontan war; das Bürgerliche Gesetzbuch zeigt an den verschiedensten Stellen Spuren von der Nachgiebigkeit des damaligen Reichsjustizamts gegen diese Politik und diese Weltanschauung, die jenseits der Alpen in einer römischen Kirche ihre Basis hat. (Sehr wahr! bei den Sozial-

Kleines feuilleton.

Der Untergang der Expedition Scott.

Die Nachricht von dem Untergang eines Teils der Südpolar-Expedition des Kapitäns Scott, die zunächst noch unklar und widerspruchsvoll erschien, hat sich nun doch bestätigt. Aus Christchurch auf Neuseeland, wohin das Scottsche Expeditionschiff zurückgekehrt ist, sind inzwischen ausführlichere Meldungen über London eingegangen. Und nun ist leider kein Zweifel mehr: der tapfere Pionier der Forschung hat zwar den Pol erreicht, ist aber auf dem Rückwege mit einigen seiner Gefährten den Unbilden der Witterung erlegen. Die Telegramme aus Christchurch stellen die Vorgänge so dar:

Die „Terra nova“, das Expeditionschiff der englischen Südpolar-Expedition des Kapitäns Scott traf um 8 Uhr morgens glücklich unermüdet ein, da man die Ankunft des Schiffes erst in etwa vier Wochen erwartet hatte. Am 18. Januar 1913 war das Expeditionschiff am Cap Evans angelangt, wo es die Reste der Expedition vorfand und an Bord nahm. Dort erfuhr die Besatzung, welche tragisches Schicksal ihr Führer nach Vollendung seiner Aufgabe erlitten hatte. Nach den Berichten der Ueberlebenden war gerade ein Jahr zuvor Kapitän Scott mit vier Begleitern am Südpol angelangt, wo sie das Ziel Amundsen und den von ihm zur Kartierung des Pols errichteten Schneecourten fanden. Die Rückkehr aber war mit unsäglichen Mühen verbunden; sie gerieten fortgesetzt in heftige Schneestürme. Der erste, der dem furchtbaren Strapazen erlag, war Bootsmannsaal Evans, der am 17. Februar vor Entkräftung starb. Vier Wochen später, am 17. März, gab Kapitän Scott seinen Geist auf. Scott selbst, Dr. Wilson, der Leiter des wissenschaftlichen Stabes der Expedition, und Leutnant Bowers von der indischen Marine setzten mit Aufbietung aller Kräfte ihren Weg fort, bis ein furchtbarer Orkan am 29. März, als sie nur noch 11 englische Meilen vor dem auf dem Heimweg errichteten Eintonnenlager entfernt waren, auch ihnen ein Ende bereite.

Dr. Atkinson, der die nach Westen entsandte Expedition leitete, fand die Chert, Garrard und Dimitri Kapitän Scott entgegen, als die Zeit verstrichen war, in der er hätte zurückkehren sollen. Am 8. März erreichten beide das Eintonnenlager, letzten am 16. März

jedoch wieder nach Hutpoint zurück, da sie beide erkrankt waren. Atkinson brach darauf mit Kachane, dem letzten gesunden Mann der Südpolar-Expedition, zu Hilfe auf. Beide erreichten das Lager, wo sie Vorräte niederlegten, muhten jedoch dann unvorbereitet Sacke gleichfalls nach Hutpoint zurückzuführen.

Atkinson versuchte alles Mögliche, um entweder Scott oder die nördliche Abteilung der Expedition, unter Leutnant Campbell, zu erreichen; er mußte jedoch Mitte April unter allen Schreden der Polarnacht nach Hutpoint zurückkehren.

Es blieb nichts anderes übrig, als den antarktischen Winter vorübergehen zu lassen und am 30. Oktober, als der antarktische Polarmorgen herandämmerte, verließen zwei Rettungszüge Cap Evans. Der eine stand unter Dr. Atkinson, der mit zwei Hundeschlitten in Begleitung Chert, Garrards und Dimitris aufbrach, der andere wurde von Wright mit 7 Begleitern geführt, die ihren Vormarsch auf Neuseeland unternahmen. Wrights Abteilung erreichte am 12. November bereits Scotts Zelt, in dem sie ihren Führer sowie seine Begleiter Dr. Wilson und Leutnant Bowers als Leichen fanden.

Neben den Leichen lagen

Scotts Aufzeichnungen.

Wilson beschrieb die Reise zum Südpol; von Scotts eigener Hand fand sich das genaue Rückreisefagebuch vor. Er erzählt den Tod seiner Kameraden, des Bootsmanns Evans, der am Fing des Beardmore-Gletschers im zusammenbrach, die heldenmütige Aufopferung Mitmeisters Daves, dem die Hände und Füße erfroren waren und der sich trotzdem bis zum 16. März mit Hilfe seiner Kameraden weitereschleppte. Immer wieder und wieder bei der tapferen Mann, ihn doch zurückzulassen. Als die kleine Schar am 16. März ein Lager bezog, schleppte sich Daves unbemerkt aus dem Zelt in den wütenden Schneesturm hinaus, um freiwillig den Tod zu suchen. Er kehrte nicht zurück. Scott und seine drei Gefährten drangen fünf Tage lang noch weiter. Am 21. März schlugen sie ihr letztes Quartier auf. In haren Worten beschreibt Scott die Gründe, die ihn und seine Begleiter zwangen, Halt zu machen. Die ungewöhnliche Kälte des Jahres, die zwischen dem 82. und 88. Breitengrade bis auf 45 Grad Celsius unter Null herunterging, die Todesfälle der Gefährten sowie eine unerklärliche Verminderung des Brennmaterials machte die Erreichung des Eintonnenlagers unmöglich. Der Schneesturm, der

dann einsetzte, machte es den Expeditionsmitgliedern vier Tage lang unmöglich, das Zelt zu verlassen.

Scotts Appell an seine Landsleute.

Wir sind außerordentlich schwach, das Schreiben ist furchtbar schwierig, wir beugen uns der Vorsehung; wenn wir unser Leben für unser Land lassen, appellieren wir an den Hochsinn unserer Landsleute, für unsere Hinterbliebenen zu sorgen. Wärten wir am Leben geblieben, hätten wir von großem Mut und großer Ausdauer erzählen können. Diese Notizen und unsere Leichen werden für sich davon sprechen, aber sicherlich wird ein so großes und reiches Land wie unser Vaterland es sich nicht nehmen lassen, für unsere Nachkommen zu sorgen.

25. März 1912.

Robert Scott.

Dr. Atkinson beorderte die Toten, die Suche nach Mitmeisters Daves war jedoch vergeblich. Außer allen wissenschaftlichen Aufzeichnungen ist die 35 Pfund schwere geologische Sammlung geborgen.

Die Meinung der Polarforscher.

Kanzen, über das tragische Schicksal Scotts befragt, erklärte, daß das Unglück auf schlechten Proviant zurückzuführen sei. In der Hauptsache sei der Tod der Kräfte der Expedition außerordentlich geschwächt zu haben. Als Leutnant Evans vom Sturbeil befallen wurde, war er sich wohl bewußt, daß sich diese Krankheit auf die ganze Expedition übertragen konnte; aber er wollte seiner Unruhe keinen Ausdruck geben, da er doch nichts hätte ändern können; denn es ist eine bekannte Tatsache, daß der Sturbeil sehr leicht übertragbar ist.

Die Polarforscher Amundsen, Shackleton und Beach, die um ihre Meinung über das tragische Schicksal der Scott-Expedition befragt wurden, äußerten sich übereinstimmend dahin, daß sie diesen Ausgang für unbegreiflich halten, da die Scott-Expedition sehr gut ausgerüstet gewesen sei.

Scotts ahnungslose Frau.

Jean Scott befindet sich augenblicklich an Bord des Dampfers „Morangi“ auf der Fahrt von San Francisco nach der Küste von Japan. Das Schiff wird zwar auf seiner Fahrt mehrere Meilen anlaufen, jedoch ist keine von ihnen mit drahtloser Telegraphie verbunden. Jean Scott kann daher von dem Tode ihres Mannes erst bei ihrer Ankunft in Neuseeland in Kenntnis gesetzt werden.

demokraten.) Ich wünsche, der jetzige Herr Staatssekretär würde dieser geistigen Richtung, dieser Partei gegenüber, etwas mehr Kraft und Energie

und etwas mehr Ablehnung zeigen. Also wir haben ganz andere Gründe als das Zentrum. Es ist in der Tat eine Demonstration, wie Herr Schiffer meinte, wenn wir dagegen sind. Gewiß wird wegen des Fehlens des sechsten Reichsanwalts nicht eine Anklage weniger erhoben werden, aber wir haben nicht die Möglichkeit, der Reichsanwaltschaft in irgend einer Weise entgegenzukommen nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben. Die Schuld ist noch nicht verjährt, die die Reichsanwaltschaft auf sich geladen hat im Prozeß gegen unseren Kollegen und meinen Freund Dr. Liebknecht, als Herr Dillhausen sich hinsetzte und gegen diesen Mann, der nichts getan hat, als ehrlich seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, eine Zuchthausstrafe beantragte. Herr Dillhausen hat damals die Bestimmung des Strafgesetzbuchs, daß bei solchen politischen Prozessen, wo Justizhaus neben Festungsstrafe angedroht ist, auf Justizhaus erkannt werden soll, wenn die Tat aus ehrlicher Gesinnung heraus begangen ist, so ausgelegt, als ob eine republikanische und eine antimilitaristische Gesinnung immer eine ehrliche wäre. Er hat damit das Reichsstrafgesetzbuch verdrängt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem das Reichsgericht das abgelehnt hatte, hat zwar nicht mehr er, aber die Reichsanwaltschaft zum zweiten Male im Ehrengerichtprozeß gegen Herrn Kollegen Dr. Liebknecht denselben Versuch gemacht, eine politische Ueberzeugung zu infamieren. Wir wissen, Herr Dillhausen ist ein Jurist von solcher Bedeutung und solchem Scharfsinn, daß wir nicht glauben, er habe selber an eine solch unmögliche Auslegung des Reichsstrafgesetzbuchs geglaubt. Wir wissen, daß das

eine Verbeugung vor anderen Kreisen

gewesen ist, vor denen, die den ganzen Prozeß damals eingeleitet haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Solange die Reichsanwaltschaft diese Schuld nicht gesühnt hat, daß sie sich zum Instrument einer politischen Geschäftigkeit und Ehrschmeichelei gemacht hat, mag sie sich ihr Brot von jenen Kreisen erbitten, wie wir ihnen keinen Brocken hin. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Was hier vorgeschlagen wird, über eine Aenderung des Gesetzes über das geistige Eigentum, geht nach meiner Meinung nicht an. Ich kann in dieser Sache nur meine persönliche Meinung sagen, da meine Fraktion darüber nicht beraten hat. Es handelt sich ja dabei auch um eine Sache, die hoch über allen Parteien steht, Wagners Kunst ist nicht mehr Sache einer einzelnen Partei, sondern Sache deutscher Kultur. Ich persönlich würde nicht dagegen haben, wenn das Deutsche Reich sich auch darauf besänne, daß es auch Kulturpflichten hat, und eine Stiftung machte, um die mustergültige Ausführung eines solchen Werkes zu unterstützen, wie es früher König Ludwig von Bayern getan hat. Ich würde mich vor einem solchen ersten Schritt selbst dann nicht scheuen, wenn ich wüßte, daß als Zweites für dies öffentliche Stipendium dann Major Lauff in Betracht käme. (Weiterkeit.) Wir wissen, daß der Gesandte bei den Mächtigen immer nicht allzu stark entwickelt gewesen ist. Aber hier handelt es sich darum, eine Sache, die nicht mehr Sache der Mächtigen, sondern Sache des ganzen Volkes wäre, zu unterstützen, und wenn Herr Dertel bereit wäre, eine Million vom Militäretat zu streichen und für einen neu zu schaffenden Kulturetat zu bewilligen, so wäre ich für meine Person auf der Stelle dafür.

Was Herr Dertel über die Sensationspresse gesagt hat, waren Gemeinplätze. Es war gewiß alles sehr richtig. Aber dieselbe Presse, auf die er mit berechtigter Entrüstung hingewiesen hat, ist es auch, die die eigentliche dynastische Politik vertritt, nicht aus Ueberzeugung, sondern

aus Servilismus und Sensationsmasche.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Presse, die mit Vergeßlichkeit schilt, wie sich das Volk auf der Straße rauf, wenn Se. Majestät einen Zigarrenstummel wegwirft. (Weiterkeit.) Herr Dertel sprach von dem Böbel, welcher an diesen Sensationsberichten über nichtswürdige Verbrechen Gefallen findet. Ja, das ist Böbel. Aber, verehrter Herr Kollege, wenn dieser selbe Böbel — das ist nämlich derselbe — schreit: Köpfe, peitscht, schießt mit Kartätschen, dann werden Sie sagen: Das ist die wahre Stimme des Volkes! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe große Bedenken gegen jeden weiteren Versuch, gesetzereserßig gegen die unästhetische Schandliteratur vorzugehen. Wir wollen sicher nicht die Schandliteratur fördern, aber wir haben da doch unsere Erfahrungen. Was Herr Dertel vorbrachte, war alles richtig, aber diese Allgemeinheiten helfen uns nicht eine Spur weiter. Es kommt immer auf die Anwendung der Bestimmungen an, die darüber gegeben werden. Herr Dertel sagte, das Schlimme bei solcher Literatur wäre, daß sie in die Hände unreifer Menschen fallen könnte. Ja, das ist schlimm, aber das ist auch bei jeder guten Literatur möglich, also aus dieser Gefahr, daß junge Menschen etwas für sie Unverständliches, Unpassendes in die Hände bekommen können, können wir das Kriterium nicht hernehmen, denn dann müßten wir auch unsere ernste und tiefste Literatur an den Pranger stellen. Und wir fürchten eben, daß das geschehen werde. Wir scheuen das Feuer, weil wir gebannt sind. Wir wissen ja doch, wie eine gänzlich unwissende

Die Tragödie in der Komödie. Als der Hauptmann von Köpenick seinen genialen Spitzbubenstreich ausführte, lachte alle Welt über die famose Satire, die er geschaffen hatte. Der Hauptmann von Köpenick wurde eine lustige Person, eine Erscheinung des öffentlichen Lebens, die wie eine zündende Operettenmelodie wirkte. Als dann aber die Gerichtsverhandlung kam, schlug die Stimmung um. Aus dem humoristischen Spitzbuben, der so famose Satiren kaufte, wurde in jähem Wechsel ein von der polizeilichen Aufsicht gehefter, von der Gesellschaft getretener und ruiniertes armer, bemitleidenswerter Mensch. Die Komödie verwandelte sich in eine erschütternde Tragödie.

Der Zahlmeisteraspirant von Straburg übertrifft seinen Vorgänger noch an genialer Kühnheit des entworfenen Plans. Er übertrifft ihn so sehr, daß wir im Interesse Deutschlands sehr wohl auf eine weitere künstlerische Steigerung verzichten könnten. Somit wird schließlich noch ein bezogener Jener Student in fieber Stimmung das liebe Vaterland mobil machen und die gesamte Flotte auf einen Wasserbummel um den ganzen Erdball senden. Die Satire des Straburger Dichters läßt an Kühnheit bereits nichts zu wünschen übrig. Sie hat völlig genügt, das Lachen der Komödie in ganz Europa erschollen zu lassen.

Das Lachen der Komödie! Ist es wirklich nur eine glänzende Komödie von belgender Satire oder kann das gerichtliche Verfahren auch hier die erschütternde Tragödie bringen? Uns will scheinen, als ob bereits nach den vorliegenden Nachrichten die menschliche Tragödie in vollem Gange wäre. In welchem Jura inszenierte der Zahlmeister die Alarmierung? Er wollte beweisen, daß er zuverlässig sei. Ein Mensch aber, der offiziell für verrückt gehalten wird, sich selber aber für vernünftig hält, befindet sich in einer geradezu grauenvollen Situation. Wie soll ein Mensch seinen Verstand nachweisen, wenn er offiziell für verrückt erklärt ist? Daß er das große Einmaleins beherrscht, den pythagoräischen Lehrsatz beweisen und eine Gleichung zweiten Grades mit zwei Unbekannten rechnen kann, besage gar nichts. Wir haben einen Vbieten gekannt, der in der Prima alle anderen mathematisch schlug. Die normalen verstandesmäßigen Funktionen besaßen nichts, weil sie auch ein Verrückter besäßen kann. Was, zum Teufel, soll der Mann dann aber anders tun, als eine anormale komplizierte Rechnung korrekt durchzuführen? Wieviele politische Vbieten mußte der Straburger mit absoluter Sicherheit in seine Rechnung einführen, wenn sie klappen sollte! Den Telegrammstil des Kaisers, die Postil der Blätter, den Kabarettgehörig des Militärs, um nur die Hauptposten zu nennen. Nachdem nun aber die Rechnung geklappt hat, hält man ihn erst recht für verrückt. Hätte er den pythagoräischen Lehrsatz bewiesen, hätte man ihn ausgelacht. Hätte er gar nichts getan,

Staatsanwaltschaftsbehörde gegen die ernstesten, bediegensten literarischen und künstlerischen Werke vorgegangen ist. Hierin liegt auch der Grund, weshalb die Sachverständigen nicht zu entbehren sind. Ja, wenn alle Richter und Staatsanwälte etwas von Wissenschaft, Literatur und Kunst verstünden, dann könnte man die Sachverständigen entbehren. (Sehr gut! bei den Soz.) Was verstehen sie denn aber davon! Ich erinnere an folgenden typischen Fall. Es wird ein Bild als angeblich unästhetisch angefaßt, ein wirklich ernstes bedeutendes Werk, ein nacktes Weib. Jetzt beduziert der Staatsanwalt, und ihm folgt das Gericht, so: In dem Bilde ist zwar nichts, das an sich erotisch wäre, aber die Absicht, unästhetische Empfindungen zu erregen, geht daraus hervor, daß die Brüste des Weibes gerade in der Mitte des Bildes sind. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Was ist das für eine Ahnungslosigkeit von den Gesetzen der künstlerischen Komposition, die unter Umständen zwingt, wegen der Massenverteilung oder wegen der Linienführung die Sache gerade so zu machen und nicht anders. Und dieser Blödsinn ist aus den Akten der Staatsanwaltschaft in das gerichtliche Urteil übergegangen! Das beweist, daß man doch Sachverständige braucht, welche den Leuten erst einmal auseinander legen, was die Regeln der Kunst erfordern. Dann ist der Fall des Buches von Hans Hyan erwähnt worden. Es handelt sich um das Problem, wie es zu verhindern ist, daß ein Buch ohne Kenntnis des Verlegers und Verfassers im Namlich nebenbei, ohne daß sie Gelegenheit hatten, sich zu verteidigen, plötzlich verurteilt ist. Das Buch von Hyan ist ein gediegenes, ernstes, ein erschütterndes Buch von sozialpädagogischem Werte, wie wenige. Es ist übrigens im „Vorwärts“ als Zeitungsroman erschienen und zwar schon seit Jahren verbreitet, da begann der

Feldzug des Polizeipräsidenten von Berlin gegen Herrn Paul Cassirer.

Sie wissen, weshalb. (Jurist: O ja! Heiterkeit.) Cassirer gibt eine Zeitschrift „Pan“ heraus, das Buch ist in einem Verlage erschienen, der „Pan-Verlag“ hieß, aber gar nichts mit Paul Cassirer zu tun hat. Da sagte sich bei der Staatsanwaltschaft jemand: Pan-Pan, das muß zusammengehören, und eröffnete sofort das Verfahren gegen Herrn Paul Cassirer, der mit dem Buche nichts zu tun hat. So praktiziert bei uns die Staatsanwaltschaft und sie ist auch eine Justizbehörde. Das Verfahren endete mit vollkommener Freisprechung. Als sie erfolgt war, sagte der Staatsanwalt: „Das macht mir gar nichts, ich habe inzwischen das Buch in einem Prozeß gegen einen anderen mitverurteilt lassen und schreie an das Gericht wörtlich: „Ich beantrage, die vom Gericht freigegebenen Exemplare des Buches: „Die Verführten“ mir zu überfenden zwecks Vernichtung auf Grund des Urteils vom so und sovielen.“ (Hört! hört!) Es wäre Pflicht der Staatsanwaltschaft gewesen, von dem anderen Prozeß den Verleger zu benachrichtigen, auch wenn das Gesetz ihn nicht dazu zwingt, dann hätte der Verleger auch dort für Verteidigung gesorgt, und es wäre auch dort Freisprechung erfolgt. Die Verhängung trotz der Freisprechung ist, wie das Reichsgericht sagt, ein „unverwundliches Ergebnis“. Meine Freunde und alle gebildeten Leute werden sagen: Das ist Unsinn. (Sehr gut!) Die Sache hatte aber noch ein Nachspiel. Es wurde nämlich auch eine neue Auflage dieses Buches auf Grund jenes Urteils beschlagnahmt. Das steht im Widerspruch mit dem Gesetz. Seit 20 Jahren stellt nach der Judikatur jede neue Auflage eines Buches eine neue Tat dar. Wenn ich ein verurteiltes Buch in neuer Auflage erscheinen lasse, kann ich deshalb von neuem angeklagt werden. Das ist gewiß bedauerlich. Nun soll aber auf einmal die Veröffentlichung einer neuen Auflage nicht mehr eine neue Tat sein. Das ist

eine schlanke Gesetzeswidrigkeit

und die Richter haben diese Gesetzeswidrigkeit gebilligt. Hier ist dringend Abhilfe notwendig, wie auf vielen Gebieten unseres Rechts. Vor 10 Jahren habe ich diese Notwendigkeit schon betont. So wie ich unsere Reichspolitik beurteile, möchte ich allerdings beinahe sagen, es ist gut, daß wir kein neues Prechtrecht inzwischen bekommen haben, denn es würde höchstwahrscheinlich nur verischleht worden sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine andere sozialpolitisch wichtige Frage muß ich erwähnen. Beim Vergewerbestrich in Dortmund ist ein neues Statut erlassen, wonach die Arbeiter ihr Wahlrecht für die Beisitzer zu den Gewerbestrichtern nur an dem Ort ausüben haben, wo sie in Beschäftigung stehen, während nach dem Gesetz auch der Wohnort in Frage kommt; außerdem sollen sie die Beisitzer aus ihrer Mitte wählen, also aus den auf der Liste Beschäftigten. Wird ein solcher Beisitzer abgelehnt, so hat er auch die Befähigung zum Amt des Beisitzers verloren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Arbeitgeber selbst verklagt ist, so kann er einfach den Richter aus seinen Diensten entlassen, und wird ihn auf diese Weise auch als Richter los. Der Handelsminister in Preußen hat diesem Statut zugestimmt mit der Begründung, die Gewerbeordnung schreibe nur ein Minimum vor für die Bestimmungen bei der Bestellung des Amtes, man könne daneben noch stärkere Bestimmungen durch Statut festsetzen. Mit demselben Recht könnte der preußische Handelsminister in das Statut hineinschreiben, Sozialdemokraten oder Mitglieder des alten Vergewerbestriches hätte er die offizielle Annahme seiner Verurteilung bestätigt. In der Köpenicker Satire steckte eine Tragödie des Zuchthaus. In der Straburger scheint eine Tragödie des Zuchthaus zu stecken.

Die Opernhauskomödie. Es ist möglich zu sehen, wie diese unklare Zeit sich und ihrer verwandelten Größe ein Denkmal setzen möchte. Man will ein Opernhaus bauen, dem König und seinem Hofe zu Ehren, dem Volk als freundliche Gabe. Für das Haus des Königs glaubt die Baubureaukratie sich allein zuständig; das Theater des Publikums mag dann immerhin einer von diesen peinlich freien und schließlich unbedeuten Künstlern bekommen. In der Psychologie wäre solche Anreuzung geradezu eine Sensation, in der Architektur scheint sie den harmlosen Mitgliedern der Budgetkommission eine Selbstverständlichkeit. Keiner dieser dreifach gescheiterten Vorschläge merkt den Unsin, der da gebraut werden soll. Und welch lapidarer Unsinn: ein Künstler wird zu einem Beamten in das Joch gespannt. Die architektonischen Gedanken einer Persönlichkeit werden den Geheimen und Wirklichen Räten (die Kanzleiräte inbegriffen) ausgeliefert. Auf das Ergebnis solches Ringkampfes kann man gespannt sein. Herzliches Beileid aber dem Verlorenen; Otto Warck, dieser ausgezeichnete Meister, dessen Werke nie den Geist der Einheit verlegten, hat solch Schicksal nicht verdient. Seine Vorschläge gehörten zu den besten jenes schwer angekämpften und fast spurlos vorübergegangenen Wettbewerbes, der den deutschen Künstlern die Anteilnahme an dem Bau des Opernhouses sichern sollte. Nun wird auch diese einzige Frucht all der Mühe, mit der das allgemeine Interesse um diesen Bau ward, halb verloren gehen. Und dann: wie trübselig die Baubureaukratie wolle das Haus dem einen, die Gestaltung des Platzes einem anderen übertragen. Warum, weshalb, wozu? Niemand weiß es. Wahrscheinlich darum, weil die Kunst unserer architektonischen Erkenntnisse und lehrte, daß Platz und Monument untrennbar miteinander gehören. Wirtschaft, Horatio! Inzwischen, was klagen und klammern wir? Es bewährt sich an diesem Opernhausbau genau die Wirtschaft, die der Zwittrigkeit unseres politischen Daseins beschieden ist. Künftige Geschlechter werden an diesem Wilhelmshafen Hoftheater den Kampf des Volkes mit dem Kronreif deutlich ablesen können.

Zakal als Choleraquy. Entgegen früheren Anschauungen, die in dem Zakalkrauch wegen seiner reizenden Wirkung auch ein wirksames Desinfizans erblickten, galt nach neueren Untersuchungen das Nikotin durchaus nicht als Antiseptikum. Nun aber hat Professor Wenz vom kaiserlichen Gesundheitsamt festgestellt, daß der Zakal ein starkes Gift gegen Choleraeraleme darstellt. In Zigarren nämlich, die mit einem 1500 000 Choleraabdrücken enthaltenden Wasser-

verbandes sind nicht wählbar. In Preußen ist in dieser Beziehung alles möglich, und bei den Grubenmagnaten erst recht! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zu dem vielerörterten Gebiet der Klassenjustiz. Herr Müller-Meinungen hat das angezogen, was ich zum Fall Hildebrand gesagt habe. Was hat das aber mit den Richtern zu tun. Es war das ein verfehlter taktischer Akt, das habe ich meinen Freunden gesagt und sage es noch. Aber das reiferlich doch nicht die Dinge, die hier von den Richtern erwähnt sind. Seit 13 Jahren wiederholt sich hier immer dasselbe Schauspiel, man kann sich noch so vorsichtig und referiert ausdrücken, kaum hat man geschlossen, so tritt die ganze Phalanx von rechts bis links, zu Herrn Müller-Meinungen auf und protestiert gegen Verallgemeinerungen, und dann bringen die Herren selbst eine ganze Reihe solcher Dinge vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was haben denn Dr. Cohn und Landsberg übertrieben, was haben sie vorgebracht, ohne angemessenen Nachweis. Was wir vorbringen, prüfen wir auch nach, und deshalb zerrinnen Ihre Vorwürfe gegen uns in nichts. Selbst die liberale Presse lamentiert, wir brähten nur Einzelheiten vor. Auf Einzelheiten baut sich das Urteil auf; würden wir sie nicht vorbringen, so würde es heißen, das sind allgemeine Behauptungen ohne Beweis. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Kritik richtet sich vor allem auch gegen die Staatsanwaltschaft, die sogar das

Oberorgan der Klassenjustiz

ist. Sie sagen, die Richter können nicht aus ihrer Haut heraus, sie können sich von den Einflüssen der Beziehungen und Anschauungen, die sie in das Amt mitgebracht haben, nicht befreien. Wir scheinen aber, daß manche Richter von dem Recht auf das die Welt doch einen sehr ausgiebigen Gebrauch machen. (Weiterkeit und Sehr gut!) Sie erklären die Sache wohl, aber damit ist sie doch nicht gerechtfertigt. Herr Schiffer sagt, auch wir Sozialdemokraten würden Klassenjustiz treiben. Ich verbitte mir diese Insinuation. Gerade die Arbeiter bemühen sich sehr ernst, wo sie als Richter fungieren, dem Gegner gerecht zu werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir stehen mit unserer Kritik der Klassenjustiz ja auch nicht allein. Herr von Grötkhuf, also einer der Jhrigen, hat in seinem Buche über die Klassenjustiz 100 Seiten mit derartigen Urteilen zusammengestellt. Gewiß gibt es Richter, die sich von solchen Fehlgreifen freihalten. Ich halte das nicht für ein besonderes Kunststück eines Richters, aber ich erkenne es dankbar an. Natürlich gibt es auch große Gebiete, in die die Klassenjustiz überhaupt nicht hineinkommt; wo aber die Interessen der ausstrebenden Klasse mit denen der herrschenden zusammenstoßen, werden die Richter vielfach durch die Unkenntnis der sozialen Verhältnisse und durch die Vorurteile, die sie aus ihrer Klassen- und Berufsstellung mitbringen, beeinflusst. Die politisch gefährdeten Prozesse machen ja nur einen kleinen Bruchteil der Strafprozesse aus, aber gerade bei diesen Prozessen ist die Zahl der Fehlgreifen relativ sehr groß. (Wohlfest! Sehr richtig!) Schon 1907 brachte ich einen Fall aus Breslau vor, wo ein Arbeitersekretär auf Grund einer verfehlten Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt wurde, während bei genau demselben Tatbestand zunächst die Erhebung der Anklage abgelehnt wurde und später von demselben Gericht Freispruch erfolgte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch bei politischen Verleidigungenlagen wird mit zweierlei Maß gemessen. Herr Dr. Müller-Meinungen erwähnte das Urteil des Amtsgerichts in Lemgo in bezug auf Neumann-Hofer; derartiges kommt gegen uns alle Tage vor. Ich erinnere nun an den Artikel der „Post“, daß Richard Fischer sich an Maschinenlieferungen bereichert haben sollte. Als die Untersuchung die völlige Haltlosigkeit ergab, wurde das Verfahren eingestellt, weil nunmehr kein öffentliches Interesse vorlag. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wäre nicht der Verleumder, sondern der Sozialdemokrat bloßgestellt worden, so hätte sicher das öffentliche Interesse vorgelegen. Etwas Ähnliches habe ich beim letzten Wahlkampf in Dessau erlebt, wo unser Blatt auf ein beleidigendes Flugblatt des Reichsverbandes antwortete. Der Redakteur wurde verurteilt, die Direktoren des Reichsverbandes wurden freigesprochen. Ich hatte da den urkundlichen Beweis, daß nicht gleiches Recht für alle gilt. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Bewusste Rechtsbeugung!) Ich will auch den Prozeß gegen den Rechtsanwalt Levy in Essen erwähnen, der nicht mein Parteigenosse ist, aber in einer Versammlung gesagt hatte, die Vorgänge bei den Streikprozessen im Ruhrrevier erweckten den Anschein der Klassenjustiz. Als Verteidiger stellte ich unter Beweis, daß grundsätzlich die Einlassungspflicht auf 24 Stunden beschränkt wurde, daß die Angeklagten, die in Haft saßen, ein Schriftstück zur Unterzeichnung bekamen, wonach sie auf die Innehaltung der Ladungsfrist verzichteten, daß zufolge dieses Galoppes ein Angeklagter sowohl vor der Strafkammer wie vor dem Schöffengericht wegen derselben Sache angeklagt wurde, daß Strafen entgegen dem Gesetz verhängt wurden. Alles dies wurde vor dem Gericht als wahr anerkannt. (Wohlfest! Hört! hört!) Tragödem sprach das Gericht eine Verurteilung aus, und zwar mit Hilfe des beliebigen Dolus eventualis. (Hört! hört! bei den

trophen behandelt wurden, waren innerhalb von 24 Stunden alle Kräfte getötet. Ebenso wurde in den während der Hamburger Choleraepidemie dort hergestellten Zigarren nicht ein einziger Komma-Bazillus gefunden. Einen indirekten Beweis für die Ansicht Wenz liefert auch die Tatsache, daß feinerzeit kein Tabakarbeiter in Hamburg an Cholera gestorben ist.

Notizen.

— Kunstchronik. Die Corinth-Ausstellung in der Sezession bleibt jetzt jeden Tag bis 6 Uhr abends und an Sonntagen bis 6 Uhr geöffnet.

— Peer Gunt im Schauspielhaus. Das Kgl. Schauspielhaus will seinen Winterschlaf durch eine Aufführung von Jöhens Peer Gunt unterbrechen (aber vielleicht erst in der nächsten Saison). Herr Clewing soll die Titelrolle spielen.

— In der Freien Hochschule beginnt am 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Herr M. D. Waage (im Doroschenstädtischen Realgymnasium) seinen Zyklus „Gehirn und Seele“ (mit Lichtbildern).

— Die Flugmaschine auf der Briefmarke. Nun erobert sich die Flugmaschine auch die Briefmarken. Zum erstmal erscheint jetzt das Bildnis einer Flugmaschine auf einem Postwertzeichen und zwar auf der 20 Cent-Marke einer neuen Serie von Postmarken, die von der Postverwaltung der Vereinigten Staaten herausgegeben wurden. Die Marke gehört zu einer Reihe, die die Tätigkeit der amerikanischen Post in allen Einzelheiten illustriert. So sieht man auf der 1 Cent-Marke einen Postbeamten, der am Posttisch die Briefe sortiert, auf der 2 Cent-Marke einen Briefträger, der seinen Brief abgibt, auf der 4 Cent-Marke erscheint ein Landbriefträger mit seinem Korren und auf der 20 Cent-Marke die Flugmaschine im Postdienst.

— Farmen für Paradiesvögel und Reiber. In Paris hat sich eine Liga für Vogelschutz gebildet, die mit einem interessanten Plan vor die Öffentlichkeit tritt. Die Liga will die Himmerrunde der seltenen Vogelarten, der Paradiesvögel und der Reiber, durch die Tat bekämpfen. Und als das beste Mittel gegen die Massenmorde von Vögeln für Rodewede will man die Produktion der so gesuchten Federn organisieren, um dadurch ein Überfließen der Vögel überflüssig zu machen. Man will also denselben Weg beschreiten, der auf der Jagd nach Straußenfedern durch die Anlage großer Straußenfarmen erfolgreich beschritten wurde. (Beagt sich nur, ob sich Paradiesvögel akklimatisieren und züchten lassen.)

Sozialdemokraten.) Der Mißbrauch mit diesem an sich geunden juristischen Begriff reicht von Jahr zu Jahr mehr ein — ich sagte schon, daß wir mit unserer Kritik nicht allein stehen. Ich kann auf den Doerflinger-Geschäftsdirektor Schindler in Hamburg verweisen, auf Neuerungen von Avenarius im „Kunstabend“, und auf die Ausführungen, die Kollege Heine hier vor zwei oder drei Jahren gemacht hat, wobei er selbst sich nicht scheute, manches Urteil

ein Manstrum der Rechtsprechung

zu nennen. Alle diese Stimmen beurteilen die Verquickung von Rechtspflege und Politik. Bei dem Wiederaufnahmeprozess von Schröder und Genossen in Essen geißelte der Staatsanwalt selbst das Hindernis von Prozessen auf politische Gebiet. Das hat ihn nicht abgehalten, in dem Falle Levy selbst Anklage zu erheben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird nicht besser werden, ehe diese Verquickung, die besonders ein Charakteristikum der herrschenden Klassen in Preußen ist, einmal überwunden ist. Die politischen Gegner bringt man auf diese Weise nicht zu Falle, geistige Bewegungen unterdrückt man auf diese Art nicht, man pflanzt nur Hoff und Verachtung in die Seele der Gegner. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Schiffer als Oberverwaltungsgerichtspräsident wird ja wissen, in wie unerhörter Weise die Zeit des höchsten preussischen Verwaltungsgerichtshofes vergeudet werden muß wegen der Kleinlichen politischen Verfolgung von Vereinen. (Sehr richtig!) Ich war heute im Oberverwaltungsgericht Zeuge einer sehr spasshaften Verhandlung. Wegen eines hannoverschen Veteranenvereins wurde der Prozeß geführt, weil er für politisch erklärt worden war. Die politische Tendenz des Vereins wurde darin erblickt, daß er die alten hannoverschen Traditionen der Armeepflege. Der Vertreter des Vereins wies darauf hin, daß ja dem Regiment, dem die Mitglieder des Vereins entstammten, durch allerhöchsten Erlaß die Traditionen der alten hannoverschen Regimenter verliehen worden sind. (Heiterkeit.) Und wegen dieser Traditionen sollte der Verein für politisch erklärt werden und ausgerechnet heute, meine Herren. (Große Heiterkeit.) Ich warte mit großem Behagen, wie sich das Gericht herausbehalten würde. Es half sich, es vertagte. (Erneute große Heiterkeit.) Es wäre ja in der Tat peinlich gewesen, wenn ausgerechnet morgen die Entscheidung in der Presse veröffentlicht worden wäre. So geht es auf allen Gebieten im Vereinsleben. Wo sich im Volke irgend etwas regt, um selber mal etwas zu tun, um Kinder in Vereinen zu waschen und anzuziehen, um junge Leute vom Wirtshausbesuch fernzuhalten, zu Leibesübungen zu veranlassen, überall mischt sich die Bureaucratie hinein und sagt: Das dirft Ihr nicht, das müssen wir erst genehmigen. Auf dem Gebiete liegt auch der innere Grund des Vorgehens gegen die Vereiner. Die Bureaucratie kann es nicht ertragen, wenn jemand sich selber hilft. Sie will

möglichst viele Leute unter amtliche Aufsicht stellen.

Ungefähr wie der Landrat von Wittgenstein, der gegen einen Lehrer, der ihn nicht fromm genug gekriegt hatte, vorging mit der Begründung. Jeder Mann muß doch einen Vorgesetzten haben. Und da mir kein anderer Vorgesetzter des Lehrers bekannt war, mußte ich annehmen, daß ich sein Vorgesetzter war. (Stärkliche Heiterkeit.) Die Sache klingt lustig, ist aber doch sehr ernst. Es ist ein jammervoller Zustand, daß in Preußen jede Freiheit des einzelnen und wenn sie dem besten Zwecke dient, unterdrückt wird zugunsten der Macht der Bureaucratie und daß die Justiz sich vor den Wogen dieser Bureaucratie spannen läßt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das Reichsgericht hat mir in einem Urteil darin recht gegeben, daß die Verfolgung der Arbeitervereine nicht mit Gründen der Schulaufsicht motiviert werden könne, weil der Turnunterricht an jugendliche Personen, nicht als Ersatzunterricht für staatlichen gelten könne. Schnell ist in den preussischen Fortbildungsschulen der Turnunterricht als Unterrichtsgegenstand eingeführt worden, wenn auch nur auf dem Papier, um nun doch einen Ersatzunterricht konstruieren zu können. Vor einigen Tagen aber ist das Reichsgericht umgefallen. Es erklärt jetzt, es komme nicht mehr darauf an, ob Ersatzunterricht vorliegt, sondern ob der Turnende schutzbedürftig sei. Nach Meinung der Bureaucratie ist natürlich jeder junge Mann bis zum 21. Jahre schutzbedürftig. (Sehr gut! links.) In Nixdorf (Münster: Reutlingen) für mich bleibt es Nixdorf. (Heiterkeit.) Ist die Polizei gegen einen Verein von Eltern eingeschritten, die ihre Kinder gemeinsam spielen ließen. Auch das Spielen der Kinder wurde für konzeptionspflichtig erklärt. (Hört! hört! Herr Dr. Müller-Reinigen, das ist 3 1/2 Vereinsgesetz,

die heftige Blockade,

welche deutsche Frauen Inzessionspflichtig macht, wenn sie ihre Kinder spielen lassen wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Verfolgung der Arbeitervereine sehen die bürgerlichen Parteien mit getrauten Armen zum Teil mit hämlichem Lächeln zu. Ich erwarte von den Parteien, die wirklich noch Parteien für Wahrheit und Recht sein wollen, daß sie abdrücken von einer solchen Klassen- und politischen Justiz. Kein, es gibt nicht nur vereinzelte Fälle von entschuldbaren Irrtümern, sondern es ist ein ganzes durch die Verhältnisse herangekommenes System der Ungerechtigkeiten, welches sich breit macht und auch dadurch nicht ausgelöscht wird, daß einzelne Richter sich von solchen Ungerechtigkeiten fernhalten. Dieses System wird auch dann nicht gerechert, wenn man sagt, die Richter könnten nicht auf ihrer Haut heraus, sie handelten in gutem Glauben. Wir wäre es lieber, wenn solche Fälle von Richtern in bösem Glauben verübt würden, denn das läßt die menschliche Natur nicht zu, daß solche Verbrecher sich in größerer Zahl im Richterstande festsetzen. (Präsident Dr. Raempf rügt diesen Ausdruck.)

Noch einige Worte zur geplanten Reorganisation des Strafgesetzbuchs. Man hat gesagt, die Regierung wolle sich nicht die Hoffnungen aus dem Rücken nehmen lassen. Ja, das ist wirklich das innere Motiv. Der Borentwurf zum neuen Strafgesetzbuch enthält ganz außerordentliche Fortschritte und Verbesserungen. Das sind die Hoffnungen, die möchten wir haben. Daneben aber enthält der Borentwurf die schlimmsten, reaktionärsten Bestimmungen auf dem Gebiete der Politik und Sozialpolitik. Ich erinnere an die Verschärfung des Rötigungsparagraphen, die die Ausübung des Koalitionsrechts, jede politische Agitation fortwährend in Widerspruch mit dem Strafgesetzbuch bringen würde. Deswegen will sich die Regierung nicht die Hoffnungen aus dem Rücken nehmen lassen. Es soll wieder so gemacht werden wie beim Reichsvereinsgesetz, wo auch die kleinen Fortschritte der Grund waren, ungeheuerliche Rückschritte zu akzeptieren. Mit den Hoffnungen soll der Rücken munter gemacht werden, von dem sonst jedem denkenden Menschen abel wurde. Was ich sagte, richtet sich nicht gegen den Staatssekretär persönlich, er hat den Borentwurf nicht gemacht und er hat

mein tiefstes Beileid,

wenn er ihn vertreten muß. Hoffentlich braucht er es nicht mehr zu tun. (Heiterkeit.) Aber Sie können uns nicht übel nehmen, wenn wir diesem Justizwesen auf allen Gebieten, wo es sich um politische und sozialpolitische Bestrebungen handelt, nichts anderes entgegenbringen als das tiefe Mißtrauen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Raempf: Im Anfang Ihrer Rede haben Sie gesagt: „So lange die Reichsanwaltschaft diese Schuld nicht gesteht, daß sie sich zum Instrument einer politischen Geschäftigkeit und Ehrabschneiderei gemacht hat“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So lange mag sie sich das Brot von denen erbitten, auf deren Mißtrau sie damals eingegriffen hat. (Abg. Südekum: Sehr gut gesagt!) Diese Neuerungen gehen aber die tatsächliche Kritik so weit hinaus und sind so verlegend für eine Reichsbehörde (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), daß ich Sie dafür zur Ordnung rufe.

Abg. Dr. Bell (Z.): Die Behauptung einer gemeinsamen Aktion von Zentrum und Sozialdemokratie bei der Ablehnung des Reichsanwalts ist das Produkt der überhöhten Phantasie der Journalisten. Nicht aus Verärgertung haben wir den Reichsanwalt abgelehnt, sondern aus sachlichen Gründen (Wachen bei den Sozialdemokraten); aber wir bestreiten nicht das Vorkommen einer Versimmung. Diese richtet sich nicht gegen den Justizminister, sondern gegen den Reichsminister. Wir werden auf geeignetem Kampffeld mit offenem Bisher und blanker Waffe den Kampf führen. In der Beurteilung der Sensationsberichterstattung über Gerichtsverhandlungen schließe ich mich dem Abgeordneten Dertel vollkommen an. Die Mehrzahl unserer Richter braucht bei der Beurteilung, ob ein Bild unzulässig ist oder nicht, keine Sachverständigen heranzuziehen; wenn Abgeordneter Heine das beurteilen kann, können sie es auch. — Die Wohnungsfrage läßt sich nur durch eine eingehende gesetzliche Regelung des Erbaurechts lösen. — Die Kriminalpolizei bedarf dringend einer Zentralisation; ob dies durch das Reich oder durch Vereinbarung der Einzelstaaten geschieht, ist Nebensache. — Ein wirklicher Schutz der Ehre muß nicht nur durch eine Reform der strafrechtlichen Bestimmungen erfolgen, sondern auch die entsprechenden Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuchs müssen geändert werden. — Der Resolution über den Schutz gegen gemeingefährliche Irrtüme stimmen wir zu. Es fragt sich aber, ob man diese Bestimmungen nicht auf die unter § 51 Freigesprochenen erstrecken soll, wer seinen verbrecherischen Trieben nicht widerstehen kann, muß in seinem eigenen Interesse und im Interesse der Allgemeinheit in Sicherheit gebracht werden. Die Justizverwaltung schiebt die ihr für den Richter- und Staatsanwaltschaftsstand ungeeigneten Erscheinenden in den Anwaltsstand ab. Wir Anwälte bedanken uns dafür, daß wer zum Richter- und Staatsanwaltschaftsstand ungeeignet, für den Rechtsanwaltsstand immer noch gut genug sei. — Abg. Heine verzweifelt sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Richter eine bewußte Klassenjustiz trieben, weiß aber seine Reden so pilant auszusprechen, daß jeder Leser glauben muß, die Richter hätten Klassenjustiz über die von ihm scharfsinnig gegebene Disposition hinaus. Das Spiel mit dem Wort Klassenjustiz ist gefährlich, wenn man es in die großen Massen trägt. — Dem vorjährigen Vorschlag des Abg. v. Caller, die Vorbildung der Juristen reichsgesetzlich zu regeln, kann ich nicht zustimmen. Unserer Rechtsprechung kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß sie allzu formalistisch ist. Das Goethe'sche Wort: „Da wird der Geist sich wohl dreifert, in spanische Stiefel eingeschürt“, gilt von unserer Rechtsprechung und unseren Gesetzen auch heute noch. Auch in bezug auf die Sprache lassen unsere Gesetze viel zu wünschen übrig. Oft wäre man verführt, zu sagen:

Gesetze machen ist nicht schwer, Recht zu schaffen um so mehr.

(Bravo! im Zentrum.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung.
Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag.)
Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

130. Sitzung, Dienstag, den 10. Februar 1913, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.
Vizepräsident Dr. Krause entschuldigt den durch den Landwirtschaftsminister gehaltenen Präsidenten und bemerkt dann, daß man gestern Abend durch eine überaus freundliche Vorstufung überrascht worden sei. Während sich die bürgerlichen Abgeordneten erheben, holt der Vorsitzende die Genehmigung des Hauses dazu ein, zur Verlobung des Sohnes des Herzogs von Cumberland mit der Tochter der Deutschen Kaiserin die Glückwünsche des Hauses auszusprechen. Auch dem Herzog von Cumberland sollen diese Glückwünsche schriftlich übermittelt werden.

Dann wird der

Banquet

weiterberaten.
Abg. Dr. Mattfeller (Z.) tritt entschieden für die Durchführung der Saar- und Mosellanalisierung ein.
Abg. Freiherr v. Steinäder (Z.) unterstützt dieses Verlangen auch durch Hinweis auf den strategischen Wert der Saar- und Mosellanalisierung.

Abg. Dr. Köhling (natl.) schließt sich diesen Forderungen an und verweist auf die großen Verkehrssteigerungen in Deutschland. Inzwischen ist der Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitg erschienen und richtet nun an das Haus die Anfrage, ob der morgige Mittwoch für die Budgetkommission freigelassen werden soll, wie das der Vorsitzende dieser Kommission, Abg. v. Arnim-Jäbedom (L) beantragt.

Abg. v. Pappenheim (L) widerspricht.
Wegen den Abg. v. Pappenheim und einige Konservative beschließt das Haus, den morgigen Mittwoch Sitzungsfrei zu lassen.

Abg. Schreiner (Z.) setzt die Debatte über die Saar- und Mosellanalisierung fort. Im Südwesten besteht bereits eine starke Mißstimmung.

Minister v. Breitenbach lehnt die Saar- und Mosellanalisierung, wie bisher immer, ab und verweist auf die weitgehenden Tarifermäßigungen für den Erdtransport zwischen Ruhr-, Saar-, Mosel-, Lothringen- und Luxemburger Gebiet. Die Staatseisenbahnen werden nach dem beabsichtigten Ausbau allen Ansprüchen des Verkehrs genügen können. Wir opfern Einnahmen von 9 bis 10 Millionen durch die Tarifermäßigungen angesichts der außerordentlichen Entwicklung unserer Eisenindustrie. Diese Tarifermäßigungen bringen der Industrie mehr Vorteile, als die Kanalisierung. Die Rücksichten auf die Landesverteidigung stehen für uns natürlich immer in erster Linie. (Beifall.)

Präsident Graf Schwerin bemerkt, daß hierzu noch 20 Wortmeldungen vorliegen und erucht die Redner, sich kurz zu fassen.

In der weiteren Debatte werden von den Rednern verschiedene Wünsche nach Kanalisierung von Flußläufen vorgetragen, gegen diese Forderungen wendet sich unter anderen der Abg. Graf Ranitz.

Abg. Hoffmann (Soz.)

unterstreicht die Neuherung des Abg. Graf Ranitz, daß Tarifermäßigungen für die stromseitige Eisenindustrie in letzter Linie die Landflucht erlösen könnten. Ich will die Angst festnageln, daß auch einmal die Zeit kommen könnte, wo den Landarbeitern ein menschenwürdiger Lohn bezahlt werden muß. Diese Angst beherrscht Sie (nach rechts) bei allen Kulturfragen und ist maßgebend für Ihre Abstimmungen. Ihre Stellung richtet sich immer danach, daß auch Arbeiter ihr Recht verlangen und zu ihrem Rechte kommen könnten. Gut, so werden die Arbeiter sehen, was sie von Ihnen und Ihrer Beurteilung von Kultur- und Verkehrsfragen zu halten haben. Preußen-Deutschland ist nun einmal ein Industrieland und Sie werden die industrielle Entwicklung nicht mehr rückwärts revidieren können. Sie müssen ihre Rechnung tragen, tun Sie es nicht, so wird die Besähtigkeit über Sie hinweggehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Etat sind 15,3 Millionen Mark für Unterhaltung der Winntäfen und Gewässer eingestellt. Es könnte sicher so manches besser, dabei aber auch billiger ausgeführt werden. Bei der Regulierung der Ströme kommen mitunter etwas sonderbare Mander vor. Die Bagger auf der Ober bei Breslau wird in einer Weise vollführt, die nicht nur bedeutendes Geld kostet, sondern auch manchmal dem Zweck zuwider handelt. Man hat die Handbagger, die von stromaufwärts den Bürgern betrieben wird, zum Ruhen der Dampfbagger völlig beseitigt. So sieht Ihr Schutz des Mittelstandes aus! Die kleinen Handbagger werden wegen angeblicher Verletzung der Vorschriften mit Strafen bom-

bardiert, aber es werden dabei nicht nur die Unternehmest bestraft, sondern auch die Arbeiter, die doch bloß die Befehle der Unternehmer ausführen, um ihre Stelle zu behalten. Während früher die Handbagger den von ihnen gewonnenen Sand frei wegführen konnten, wird er ihnen jetzt mit 30 Pfennig pro Kubikmeter berechnet. Diese Belastung ist um so fährlicher, als die Handbagger ja nur wenig Sand gewinnen, weil sie höchstens 1,70 Meter tief fassen, während die Dampfbagger bis zu 4 Meter Tiefe gehen und den Sand überall wegholen, wo sie ihn fassen, ohne irgendwelche Rücksicht auf die Notwendigkeiten der Schifffahrt. Die Handbagger behaupten, daß hierdurch ganz bedeutende Schäden entstehen, die Stadtkanäle von Breslau unbrauchbar werden und fast nur noch bei hohem Wasserstand überhaupt funktionieren, sowie daß die Ufer oberhalb der Kanäle infolge der wochenlangen Dampfbagger eingestürzt seien, worum sich aber kein Beamter gekümmert hat. Seit einem Menschenalter arbeiten die Handbagger zur Nachtzeit, weil sie am Tage durch Schleppl- und Passagierschiffe fortwährend in der Arbeit behindert wurden. Jetzt ist ihnen die Nachtarbeit verboten, während sie den zu einem Ring vereinigten Dampfbaggergesellschaften gestattet ist. Diese Gesellschaften beschäftigen übrigens polnische Frauen und Mädchen. Gewiß verlangen wir nicht, daß diese nicht beschäftigt werden sollen, aber sie werden beschäftigt, weil sie für einen Lohn arbeiten, mit dem unsere Arbeiter nicht auskommen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So aber wird die Handbaggererei ganz brach gelegt und die armen Teufel haben für ihre Geräte und ihren Kohn keine Verwendung mehr. Es müßte mindestens das Verbot der Nachtarbeit aufgehoben werden, wenn es nicht auch für die Dampfbaggergesellschaften besteht. Nun werden aber auch merkwürdige Dinge erzählt, um deren Richtigkeit ich bitte. Von verschiedenen Beamten der staatlichen Strombau- und Strompolizeiverwaltung wird behauptet, daß sie Hilfe teilhaber von Dampfbaggergesellschaften oder Sandlieferanten für Private seien, so daß die Bekämpfung der Handbagger durch diese Beamten eigentlich im Interesse der Dampfbaggergesellschaften geschähe. Die Kräftegesellschaften arbeiten auch Sonntags, ohne von den Behörden gehindert zu werden, während man den kleinen Handbagger deshalb schon den Dampfbagger entgegen hat. Bei den Eisarbeiten beauftragt die königliche Wasserbauinspektion zwar die Arbeit, die aber an einen privaten Unternehmer vergeben ist. Der bekommt für den Arbeiter pro Tag 3,75 M., zahlte aber nur 3 M. oder 3,25 M. aus. Warum werden diese Arbeiten nicht in eigener Regie ausgeführt und die Arbeiter vor einem derartigen Abzug bewahrt? Bei einem Niedrigwasserstand von nur 60 bis 80 Zentimeter wurde den Handbaggern ein allgemeines Verbot auferlegt, aber einige Tage später baggerten drei Dampfbagger so viel Sand weg, als ihnen befohlen, und das an derselben Stelle, von wo Schulkente die Handbagger mit Wassengewalt weggejagt hatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als vor drei Wochen die Hochwasserinfahrt zur Scheiniger Schleuse verhandelt war, wurde nicht ein Regierungsbagger, sondern wieder die Sand- und Kiesbaggergesellschaft in Bewegung gesetzt, weshalb? Ich fordere die Regierung auf, die von mir bezeichneten Parteien, die ich durch ein ganzes Paket Urteile beweisen könnte, zu vermeiden. Hier haben Sie Gelegenheit, einmal Mittelstandspolitik zu treiben. Richten Sie die kleinen Leute nicht noch rauber zugrunde, als das durch die technische Entwicklung sowieso geschieht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Fleck (Op.) tritt für die Strombauarbeiter ein. Der Unterstaatssekretär antwortet Hoffmann, daß nicht Mittelstandsfeindlichkeit, sondern technische Notwendigkeiten zur Verwendung von Dampfbaggern zwingen. Auf die Beschäftigung polnischer Arbeiterinnen durch die Gesellschaften haben wir keinen Einfluß. Die Beamten dürfen keine unerlaubten Nebengeschäfte betreiben, aber so lange keine Beweise vorliegen, kann ich die Beschuldigungen nicht prüfen, sondern weise sie zurück. (Abg. Hoffmann: Wir können sie doch nicht prüfen!)

Nach unwichtiger weiterer Debatte vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages.

Am Dienstag wurde die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Cohn (Soz.) zu Ende geführt. Wenn alle in dem Protest behaupteten Unregelmäßigkeiten als wahr erwiesen worden wären, hätten im äußersten Falle dem Abg. Dr. Cohn 231 Stimmen abgezogen und dem unterlegenen Dr. Wiemer 749 Stimmen zugezählt werden können. Es hätte sich sonach um 1080 Stimmen gehandelt. Da Dr. Cohn aber eine Mehrheit von 1042 Stimmen hatte, so konnte am Resultat der Wahl nichts geändert werden. Die Kommission erklärte daher die Wahl einstimmig für gültig.

Die Kommission schloß dann die Prüfung der Wahl des Abg. Wiemer (Wirtsch. Ver.), gewählt im Fürstentum Waldeck, fort. Die Kommission erachtete mehrere Behauptungen des Protestes für erheblich und beschloß Beweiserhebung.

Die Konkurrenzklause.

Die Spezialdebatte wurde in der Dienstagssitzung der Reichstagskommission bei dem § 74a der Vorlage fortgesetzt. Er soll die Voraussetzungen aufzählen für die Zulässigkeit von Wettbewerbsverboten. Die Regierungsvorlage beschränkt sich auf die bezahlte Konkurrenz. Es scheint, als ob auf allen Seiten der Kommission diese Klausel als ungenügend angesehen wird. Die Debatte drehte sich daher um folgende in den vorliegenden Anträgen formulierte Fragen: 1. Festlegung einer Gehaltsgrenze bis zu der Konkurrenzklause überhaupt unzulässig sein sollen; ein sozialdemokratischer und ein konservativer Antrag fordern dieses Verbot und schlagen 5000 M. als Grenze vor. 2. Die Fortschrittler beantragen, die Zulässigkeit der Konkurrenzklause zu beschränken auf alle leitenden Stellen und Geschäftsführende sowie auf alle sonstigen Gehilfen, wenn diese während ihrer Beschäftigung Einblick in wesentliche Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse hatten. 3. Die Reichsbauer eines Wettbewerbsverbot soll nach dem Antrage unserer Genossen und der Fortschrittler höchstens ein Jahr betragen, der Zentrumsantrag will zwei Jahre den Prinzipalen zugeföhren. 4. Die Entschädigung soll im ersten Jahre in Höhe des vollen Gehalts gezahlt werden, was von unseren Genossen, dem Zentrum und der Wirtschäftlichen Vereinigung beantragt wird; das Zentrum will, wenn z. B. ein Umgang nötig war, den Angestellten hierfür mit 25 Proz. des Gehalts besonders entschädigen, während die Fortschrittler in jedem Falle 1/4 des Gehalts beantragen.

Die Debatte drehte sich im wesentlichen um die Frage, auf welchem Wege am besten die Auscheidung der Fälle mit schweberechtigten Interessen erreichbar ist. Das Zentrum will diese Interessen durch eine sogenannte „Generalklausel“ regeln, die alles in das freie Ermessen des Richters stellt; es will durch einen „verbesserten“ Antrag das Wettbewerbsverbot zulassen, „um den Prinzipal gegen die Gefahr zu schützen, daß Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse und sonstige wirtschaftliche Werte, die zum Wohlstand der Wirtschaft gerade seines Geschäfts gehören“. Die Liberalen haben infolge der Debatte in der vorigen Sitzung über den von unseren Vertretern gekommenen Vorschlag nunmehr als Absatz 4 zu § 74a beantragt:

„Wichtig ist auch die Vereinbarung, wodurch ein Drifter an Stelle des Handlungsgehilfen oder neben ihm Verpflichtungen übernimmt, wegen eines Wettbewerbsverbots gegen den Handlungsgehilfen.“

Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Ob für die von unseren Genossen geforderte Gehaltsgrenze, die nach Ansicht des Nationalliberalen Raquardt, dem Sekretär einer bürgerlichen Handlungsgehilfenvereinigung, allein eine sichtbare Besserung bedeuten würde, eine Mehrheit besteht, ist fragwürdig.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Hank Meissner u. R. Merckel-Kell.
N. 4, Barzistr. 9a, Fernsp. Egt. 12708

Si-Si
Bestes alkoholfreies
Getränk.
Berlin O. Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung
Hamburger-Laden, Charl., Wallst. 40

Auto-Fahrschulen
Gr. Frankfurterstr. 44
Eintr. tägl., Teils. gest.

Bäckereien, Konditor.
Sanke
Gr. Frankfurterstr. 44
Eintr. tägl., Teils. gest.

Blottner's
Großbäckerei
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmerdorf.

Brot-Fabrik „Vorwärts“
Hermann Ulrich, Köpenick.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Rixdorf.
Gegründet 1892.

Heppes Yacht-Kramerei
Idalberstr. 64
Max Kniffert, Landsh. Allee 29.
Ernst Käster, Frankf. Allee 197.

Ladenthin, O. Weg 54.
Franz Ludwig, Kochhausstr. 35
Emil Lieske, Grünh. Weg 122.

August Manst, Eberyst. 57.
Hermann Markau, Rigaerstr. 107
Matthei, Gipsstr. 9, Straße 28.

Alfred Müller, Brunnenstr. 87.
Roman Nowak, Wienerstr. 8.
Friedrich Oster, Madalstr. 19.

Herm. Proell, Nennendamm.
Friedrich Probst, Andreasstr. 51

Bäckerei „Nordstern“
Inh.: Gust. Müller
Filialen in verschied. Stadtteilen

Ranfft Reichenbergerstr. 176
Admiralstr. 38 u. 19a

Arthur Roemer, Keitb. Damm 101
Walter Rohr, Anklamerstr. 26.

Max Sander, Dunkerstr. 23.
Heinz Schubert, Boxh. Chausse 54

Sikorski, Weissenhofstr. 11
R. Schade, Palast-Str. 9 Fil. O. u. NO

Paul Sorge, Prokauerstr. 21
P. Schinauer, Anklamerstr. 15.

H. Spillmann, Grünh. Weg 115.
Gustav Tausch, Prinzen-Allee 61.

Carl Tennert, Schlesischestr. 13.
F. Tiedemann, Rich.-E. Kästler 47.

Filialen in allen Stadt-
teilen.

Josef Ulrich, Mantouffelftr. 103.

Volksbrot, E. G. m. b. H.
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.

K. Walter jr., Löwestr. 18

Hermann Wendt Chorinerstr. 85
Fil. Ackerstr. 1

Wilhelma Andreasstr. 22.
Otto Winkler, Nannystr. 73.

E. Wolff, Grünh. Weg 75.

Badeanstalten
Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Landsbergerstr. 197

Bad
Gollnowstr. 41.
Landsbergerstr. 41b

Bürgerbad
Weberstr. 40b
Amt Egt. 894.

Central-Bad
Münsterstr. 25.
Neukölln.

Münchener Bad
Ansengruberstr. 25.
Neukölln.

Bad Frankfurt, Gr. Frkf. Str. 126.
Lief. ernt. Kranenkasernen

Bad Friedrichshagen, Landsh. Allee 163
Bad Hufeland, Hufelandstr. 48.

Kaiser-Friedrichs-Bad, Carl. a. B.

Original Lohlanien Bad
früher Münsel, Wallstr. 7071.

National-Bad, Brunnenstr. 9.
Boxh. Str. 17

Bad Ostend
Lief. ab Kranen
Kottbusser-
Damm 79.

Passage-Bad
Landsbergerstr. 63.

Silesia-Bad
Schlesische Str. 81.

Viktoria-Bad
Kottbusser Damm 75

Friedrich-Wilhelmsbad
Chausseestr. 97.

Sandagen, Gummiw.
R. Banke, Stralsauer Str. 56.

Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Liese, Schöneberg, Grünwaldstr. 20
Meyer, P., N. Köpenick, Allee 49-50

J. Ch. Pöhlmann, Lehrhagenstr. 69.

Reiche, A. Seydelstraße 16.
Lief. aller Klassen

Zarembo Weidenbergweg 1
Drog.-hyg. Artikel

Erscheint 2 mal
wöchentlich.

Drogen u. Farben
Amol
das
Hausmittel

Reinh. Aasmus, Gerichstr. 10.
Gustav Bersug, Weidenweg 90.

Brunnenstr. 108 u. 157
Apotheker H. Wiegand.

A. Diepow, Taugogenerstr. 12.
Haeberlein, Trep. 1, Gracia-Beckstr.

Prinz Handwerkerstr. 2 N. G. Wolff.
Klehn, H. N. Kaiser-Friedrichstr. 234

Kneisebeck-Drop.
Kneisebeck, Hermannstr. 119.
Krönig Adler-Drogerie, Rantierstr. 7.

P. Lehke, Kottbusser-Damm 81-82, Parf. Allee.
Alfr. Marsch, Culmstr. 37.

Hermannstr. 57
G. R. Frenzel.

Prinzenstr. 103
Alfred Hoffmann
Fr. Schlussmann, Liebaustr. 24.

Hugo Schultz, Müllerstr. 166a.
Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel.

Gebrüder Weidmann, Köpenickstr. 46
Erich Freuß
Drogen, hyg. Gummiw., Seifen billigst.

Werder-Drogerie, Br. Köpenickstr. 52
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 50

Geordig.-Anst., Sargm.
Bredlow, Oberwallstr. 14, Wartenstr. 25

Otto Böttner, Necklitz, Bischofstr. 32
N. N. N., Bohnenkollernstr. 11

H. Fischer, Bockw. a. B. Köpenickstr. 11
Oppelnerstr. 1

Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170
Hansich, W. Köpenickstr. 191

Hinkel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a

H. Petermeier, Stollstr. 8.
Peter-Schley, Wilh., Jansenstr. 11.

Berufsbekleidung
Keller, Otto, Gerichstr. 86.
Roter-Laden, Schöneb., Hauptstr. 198

Bierbrauereien, Bierh.
W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brauerei Potsdam, Egl. Niederl.

Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15
Brandenburg a. E., Wilhelmstr. 119

Spez. Pot. d. Stangenbier

Bergbrauerei Weißensee
I. S. Lager-
u. Malzbier

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli
Bier-Brauerei,
Fruchtstr. 37

Caramel-Weißbier
fast alkoholfrei, erfrischend, bekönnend.

Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.

Deutsche Bierbrauerei A. G.
Berlin-Fischelersdorf

Groterjans
Malzbier, Seb. Allee 120, T. III, 1043

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.

Hempel, E., Müllerstr. 128d.

Unser
Goldbier
ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier ersten
Ranges.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin 8.
Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin.
Luisenbrauerei Weißensee.

Löwen-Brauerei
vorzügl. Paß- und
Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönk. nstr. 27.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasstr. 97. Tel. A. VII, 2654.

Blumen und Kränze
Oskar Albertus, Müllerstr. 41.

Blumen-Fischer-Zöllner, Soentgenstr. 40
E. Deger, Rind. Kaiser-Friedr. 30, Bergstr. 58

O. Hahn, St. G. G. Allee 103
Peinerstr. 63

G. Laurent
Brunnenstr. 11
F. Müller, Danzigerstr. 27.

S. Müller, Meißner, N. Köpenick.
We. Rutschke, N. Köpenickstr. 63

Topfhanzen aller Art
Brig. Rudowerstr. 92, Tel. N. 134

Zastrow, H. Turnerstr. 24

Eutter, Eier, Käse
Butterhandlung
J. F. Assmann
35 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen
Davidsohn
Carl

Gebrüder Groh
49 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holtz
15 Detail-
Geschäfte.

F. HAGEN
22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Wilh. Pleß, Buttergröbldg.
Berlin C. 34, Rosenthalerstr. 40
(Hachschers Hof) Fernsp. A. 3071, 3337

Schulz, Arth. N. Köpenick, Hermannstr. 48

Gust. Schultze & Sohn
Kosmaila, E., 4 Detail-
Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram
Vereinigte
Pommersche
Meiereien. 48
Verkaufs-
stellen.

Cacao, Chocolate
Adler's Konditorei, Wrangelstr. 57.
Aithans, Kräuter-Boh., Liebaustr. 16.

STOLWERCK
Gold Silber Kupfer
Schokolade - Kakao
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind
untereinander gleichwertig und
unterscheiden sich, wie die
deutschen Edelweine, nur durch
ihre Aroma.

Cyliax, G., Filialen in all
Städteilen.

Ferd. Hahn, Berlin, Ferieb. 172

Seiffert, E., Filial in Berlin
und Vororten

Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg
Cigarrenhandlungen

P. Hofer, Kottbusser-Damm 79
Ritterstr. 37, Admiralstr. 3, Dresdenstr. 16

Müllerstr. 184,
Oberbaum 1.
Kraus, Fr. N. W. W. 47.

J. Nothmann, NW 87, Turmstr. 49.
G. & S. Peterke, SO. Köpenickstr. 14.

W. Schuster N. W. Neanderstr. 28.
Alb. Werner, Eke. Eiserstr. 4

Damenkonfektion
Ballmann, Neukölln, Bergstr. 123.
Gelegenheitskäufe.

CH. F. RESTAT,
Ankerstr. 74
Kottbusserdamm 74
Brunnenstr. 31

Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

Eisen- u. Stahlw., Waff.
Aln, O., N. Köpenick, Kaiser-Friedrichstr. 6

W. Allmer, Mulackstr. 34.
Beutel, C., Boxh. N. Köpenickstr. 26

Herm. Braun, Landsh. Allee 143.
Grünh. Weg 49.

Otto Bellig
Wrangelstr. 59.

Emil Braun, Adressstr. 73 Eke. Eiser-
G. Brucklacher, Oranien-
str. 80a

F. Beutel, N. Köpenick, Kaiser-Friedrichstr. 727

F. Beck, E. Spandau, Schönebergstr. 34.
Carl Jung, Stromstr. 31.

Franz Pfeiffer, O. Frankf. Allee 139.
Erwan Heum, N. Köpenick, Wartenstr. 15

Jungbluth, Hermannstr. 172.
Berlin,
Grosstr. 39, 38.

H. Rockstrof,
Hörsing, G. Köpenick, E. 30a.
F. Schabel, Volte, 10, E. Köpenickstr.

Sellach, T. Köpenick, Hermannstr. 48
E. Timm, Schief., Waldemarstr. 72

Herm. Warschade
Müller-
Straße 29.

Alex. Weimar
Alexandrienerstr. 14.
Reichenbergerstr. 100

(Inh. Otto Janke)

Fahrräd., Nähmach.
Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrrad-Haus Frischaut
Brunnenstr. 35.
Gründung und Eigentum der
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrr., Schnallpfl., W. Köpenickstr. 47a
W. Maloschky, Oberbaumstr. 2, 107

Fürbieren, Wäscher.
Groß-Dampf- u. Schorei
„Spreexin“
Berlin SO., Forsterstr. 1-4

Teufellose Wäsche! Billigste Preise!

Ch. Engelhardt
Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen
Groß-Berlin.

Dampfwäsche-
anstalt
Conkordia
Wilhelms-
str. 121

O. W. A. Bansa
Gerichtstraße 9.
Tel. III 1309

O. Naefe
Färberei u. Chem. Wäscherei
f. Herren- u. Damengarder.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

G. Kuttick, Färb., Wäscherei
Fil. G. Köpenick, W. Köpenickstr. 41

Swietensdamm 54, Waidingstr. 9

Müllerstr. 48, N. Köpenick, Hermannstr. 37-38

Fischhandlungen
C. Dittmann
Neukölln
Berliner Str. 42.

E. Pehling, Eibingerstr. 56.
Winkler & Bärthold, N. Köpenick, N. Köpenickstr. 57-58

Fleischer- u. Wurstw.
G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74
August Birnstein, Dunkerstr. 78.

O. Aschenbach
Lüderitzstraße
Nr. 60

August Bienerl Kaiserin
Augusta Allee 3.
Hans Böhm, Weidenweg 31.

A. Bentel, Thierstr. 21.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik.
Speck- und Schinkenfabrik.
Berlin-Schöneberg, Kalesstr. 57-58

Beste und billigste Bezugs-
quelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Eibingerstraße 58.
Ph. Christ, Petersburgerstr. 44.

Darge, O., Pflanzstr. 5.
Thilo Dorgerloh, Luth. Allee 29.

St. Dorzevski, Ebertstr. 27.
W. Dörr, Schivolbeinerstr. 27.

August Fenger, Grünauerstr. 8.
Feyerherm, F., Al. Köpenickstr. 11.

W. Friedmann, N. Köpenick, Wartenstr. 7.

Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.
Willy Gercke, Petersburgerstr. 31

Albert Golz, Frankf. Allee 121.
Fr. Gerlach, Taugogenerstr. 1a.

Gustav Girra, Waldemarstr. 11.
Robt. Gleue, West. Ad. Köpenickstr. 13

Neue
Hochstr. 37.
Oranien-
Straße 17.

Gutschmidt's Fleisch-u. Aufschn.
Centr., Wartenstr. 150.

O. Gleich, Neukölln, Köpenickstr. 7

H. Grieger, Charl., Canerstr. 19.
F. Gutschmidt, Köpenickstr. 32.

Heinrich Höhne, Skatlerstr. 97.
Janik, C., Köpenicker-
str. 5.

Fr. Janich, Köpenick, Köpenickstr. 14, Fleisch, Wurst.

R. Imming, H. Fleisch-u. Wurstw.
Mantouffelftr. 102.

Heinr. Johann, Zietenstr. 41.
Wilhelm Kitz, Kniproderstr. 118.

F. Klarholz, Pflanzstr. 6.
Fritz Klein, Kottbusserdamm 12.

Bruno Keller
Moabit
Huttenstr. 11.

Otto Koch, Alie. Jacobstr. 17.
Fritz Koebeke, Kl. Andreasstr. 11.

Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Ernst Kolbe, O. Köpenickstr. 37.

Königsbergerstr. 15.
A. Krumm, H. Fleisch-u. Wurstwaren

M. Kops, Reichelstr. 154.
H. Kunert, Schöneberg, Gothenstr. 41.

A. Lange, Reichelstr. 154.
Bob. Lindner, Neukölln,
Niemetsstr. 8.

Wilhelm Liebherr
Weiden-
weg 75.

Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
August Linnke, Alie. Jacobstr. 26.

Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 8.
Lohmann, Malp. Allee 32.

Luecke, Job., Rostockerstraße 48.
Luecke, Job., Fleisch-u. Wurstfabr.

Lebensmittelvertr. Kaiser-Wilhelmstr. 109a.

Aug. Maar, Schulstraße 12.

M. Mark, Fleischwaren, N. Köpenick, Wartenstr. 13

M. Mauserberger, N. Köpenick, Kanterstr. 14

Max Metzler, Rigaerstr. 16.
R. Müller, Pankow, Wollankstr. 101

A. Möbes Nchf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik.
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

Georg Naumann, Gärtnerstr. 19.
F. Neborowsky
Frankfurter
Allee 175.

Westdeutsche Fleisch- u. Wurst-Zentrale
Geogr. 113.
Asklagerstr. 17

N. P. Zimmermann
Stolpische
Str. 35.

Paul Nuss
Große
Frankfurterstr. 13.

P. Rachel
Wurstfabr., Landsh.
Allee 100, Spr. Roll-
technik, Neuschink., Schinkenspeck

Riedel, B., Hermannstr.
46.
Rodewald, Presl, Allee 29, T. Kat. 2396.

Franz Rose, Frankf. Chausse 210.
A. Ottomer, Gärtnerstr. 17

Herm. Rauchfeld, Zietenstr. 15.
A. Rehmet, Moab., Poriebergerstr. 2

E. Rummelant, Thierstr. 60.
Hermann Schmidt, Thierstr. 60.

Gebr. Schulz, Lithauerstr. 7.
W. Segling, Christburgerstr. 42.

Max Schlack, Langestr. 87.
Th. Scheunemann, Holthofstr. 1.

Otto Schmalz, Jehenstr. 1.
Schramm, F. 12, Trep. N. 11707

Otto Schläussener, N. Köpenick, Eiserstr. 5

Otto Schubert
Koppenstr. 98.
Spez. Wurst-Gesch.

Aug. Szaszgyiel, N. Köpenick, Trep. N. 11707

Höhenfried-
bergerstr. 1.

E. Schauer, Huttenstr. 70.
E. Scherzberg, Reichelstr. 11, Hauptstr. 9.

Max Schubert
Müllerstr. 35a.

Stephan Fleisch-Zentrale, Hauptstr. 63

Hilfing, Fleisch-u. Wurst-Fabr.

F. Sommermann, H. Köpenickstr. 54

E. Trapp, Wartenstr. 15, Waldemarstr. 13

Gust. Tschontsch, H. Köpenickstr. 53

Tschornauer, Str. 11, Brunnenstr. 24.

Haus der Partei.

Totenliste der Partei.

In Rülheim am Rhein erlag am Sonnabendabend nach längerem Leiden der Genosse Heinrich Heitmann einem Herzschlag. Seit den siebziger Jahren stand Heitmann in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. In dem weitverzweigten Wahlkreis Rülheim-Wipperfurth-Gummersbach hat Heitmann als langjähriger Vorsitzender des Wahlkomitees großen Anteil an der gewaltigen Arbeit gehabt, die die Genossen dort geleistet haben. Seit einigen Jahren kränkelte der Verstorbene; ein hartnäckiges Leiden warf ihn immer wieder aufs Krankenlager. Nüchtern er sich aber einigermassen kräftig, so war er der erste und letzte bei jeder Parteiarbeit. — Heitmann war im Jahre 1866 in Greifswald in Pommern geboren. Nach Beendigung seiner Lehrjahre im Schlosserhandwerk trieb es ihn hinaus aus der Enge seiner kleinbürgerlichen pommerschen Heimat. Nach dem Lande, in dem schon damals die Eisenhämmer dröhnten und die Schloten rauchten, zog es ihn. Während seiner Tätigkeit in Remscheid sandten ihn seine Kollegen zu dem ersten deutschen Metallarbeiter-Kongress. Aber bald fiel seine Remscheider Existenz der Verfolgungssucht der dortigen Unternehmer zum Opfer. Er mußte wieder zum Wanderlabe greifen und landete später in Rülheim am Rhein. Ehre seinem Andenken!

Ein unzulässiges Vorgehen.

Zu unserer nicht geringen Ueberraschung gingen am Montagabend mit der üblichen Sendung unseres Pressebureaus drei Artikel des Genossen Rehring zu, die über ein jüngst erschienenenes national-ökonomisches Buch der Genossin Rosa Luxemburg handeln und teilweise auch gegen andere Kritiken polemisieren. Die Artikel werden als Privatarbeit bezeichnet, die das Pressebureau nur vermittelte, der Abdruck sei honorarfrei.

Es ist kein Zweifel, daß solche Verbreitung nicht Aufgabe des Pressebureaus ist und dem Zweck dieser Institution durchaus widerspricht. Es ist bei der Gründung ausdrücklich festgestellt worden, daß das Bureau nur tatsächliche Nachrichten zu verbreiten, aber weder in innere Parteifragen Stellung zu nehmen, noch gar Kritiken über Neuerscheinungen der Redaktion zu fertigen ins Haus zu liefern hat. Gegen diese letztere seltsame und sehr bedenkliche Neueinführung kann nicht scharf und rechtzeitig genug Stellung genommen werden.

Wir haben von jeher schon die Ausdrückung innerer Parteifreiheiten in privaten Zeitungskorrespondenzen als eine unerfreuliche Sache betrachtet und wiederholt dagegen Stellung genommen.

Die moderne Entwicklung des Zeitungswesens macht solche Korrespondenzen, namentlich für die kleineren Blätter, sicher unentbehrlich. Aber bisher war es illus, auf diesem Wege bloß tatsächliche Mitteilungen zu verbreiten, oder Artikel über Fragen, in denen wesentliche Differenzen innerhalb unserer Partei nicht bestehen. Bei strittigen Fragen blieb es bisher den einzelnen Redaktionen oder einzelnen Genossen mit Namensnennung vorbehalten, jede und jeder für sich ihren Standpunkt und die Argumente für seine Begründung zu entwickeln. Es scheint uns nicht der Würde der Parteipresse zu entsprechen, wenn ihre in strittigen Fragen Standpunkt und Argument aus einer Zentralfabrik im Abonnement fertig zum Abdruck ins Haus geliefert werden.

Wir meinen, für das parteioffizielle Pressebureau und für wissenschaftliche Stellungnahme ist dieser Standpunkt erst recht der einzig mögliche.

Haus Industrie und Handel.

Kriegswirkungen.

Die Verhältnisse auf dem Balkan lasten von neuem auf dem Wirtschaftsleben. Noch zeigen die Produktionsausweise der Schwerindustrie Notordifferenz. Aber man weiß, daß diese Auforderungen nur dem augenblicklichen Bedarf dienen, während mit Abklingen für weitere Zeit zurückgehalten wird. Wie sehr diese ganze Situation auf der Börse lastet, schildert anschaulich ein Berliner Blatt in einem Bericht über den gestrigen Berliner Börsentag: Die Börse macht einen trübseligen Eindruck. Das Publikum bleibt dem Zeitgeschäft fern, die Spekulation ist ängstlich, der Verkehr stockt, die Kurse sind nominell. Der starke Druck, der auf der Börse lastet, geht hauptsächlich vom Geldmarkt aus, der ganz ungewöhnliche Verhältnisse zeigt. Die Geldbesitzer erzeugen Bedenken wegen der gewerblichen Konjunktur, denn die Industrie findet nicht mehr die Mittel, um die Erweiterungsanlagen zu Ende zu führen und die vergrößerten Betriebe in Gang zu halten. Hauptabnehmer der Industrie, die Städte, müssen wegen Geldmangels die Ausführung wichtiger Anlagen hinausschieben oder unterlassen. Auch das Ausland versagt als Abnehmer, denn große Absatzgebiete im Ausland sind unsicher und unrentabel geworden. Wie es scheint, vollzieht sich gegenwärtig ein allgemeiner Konjunkturrückgang in den großen Kulturstaaten, von dem auch diejenigen Länder nicht ausgenommen sind, deren Industrie von dem Balkankrieg unberührt blieb. Dies gilt insbesondere von Nordamerika, woselbst der Preissturz des Kupfers als Stadmesser für die gewerbliche Lage angesehen wird. Die schwache Verfassung der Auslandsbörsen verhärtete die Mäßigung des hiesigen Places. Die Kurse blieben bis zum Schluß des Verkehrs ohne Erholung. Am Kassamarkt herrschte das Angebot vor, nur wenige Papiere machten Ausnahmen.

Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft

erzielte im abgeschlossenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 1.235.138 M., aus dem 8 Proz. Dividende (im Vorjahre nur 7 Proz.), insgesamt 1.008.000 M., verteilt werden. Von dem Bruttogewinn in Höhe von 2.634 Millionen Mark werden 1.390 für Abschreibungen verwendet. Für das nächste Jahr werden 284.325 M. vorgetragen, außerdem noch 200.000 M. für Verbrauchwendungen bei Beschaffung des Benzins, dessen Preis im Steigen begriffen ist, bereitgestellt.

Seit dem Jahre 1909 zeigte die Omnibusgesellschaft wieder eine stetig aufsteigende Entwicklung. Gewinn und Dividende konnten von Jahr zu Jahr erhöht werden. Die Durchführung des Reformprogramms scheint der Gesellschaft auch finanziell von Nutzen zu sein.

Berliner Hypothekbank.

Die Berliner Hypothekbank ist die einzige, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres Pfandbriefe ausgab, während allen anderen Hypothekbanken der Geldmarkt infolge der politischen Wirren verschlossen blieb. Die Berliner Hypothekbank mußte diesen Schritt aber mit einer Erhöhung des Pfandbriefzinsfußes um 1/2 Proz. (von 4 auf 4 1/2 Proz.) erlassen. Die Ausgabe von 4 1/2prozentigen Pfandbriefen, im Gesamtwert von 17 Millionen Mark hat der Bank aber offenbar nicht den erwarteten finanziellen Erfolg gebracht. Als Gegenwert für die 4 1/2prozentigen Pfandbriefe wurden nur für 15,7 Millionen Mark Hypotheken mit mehr als 4 1/2 Proz. Zinsen untergebracht. Außerdem mußte die Bank den Hypothekschuldner als Ersatz für den erhöhten Zinsfuß günstiger Abschlußprovisionen gewähren. Die Provisionseinnahmen der Bank erfahren daher einen Rückgang um 123.000 M. auf 351.000 M. Die gesamten Unkosten für die Pfandbriefausgabe

stellen sich außerordentlich hoch. An der Dividende von 6 1/2 Proz. konnte die Bank nur festhalten, weil sie eigene Pfandbriefe zu niedrigeren Kurse zurückkaufen und dadurch ihren Gewinn erhöhen konnte. Die Zinsereinnahmen zeigten nur eine geringe Erhöhung gegenüber 1911.

Soziales.

Das Mädchen für alles.

Die Ursachen der Revolterieherei im Hause Besselsstraße 9, über die der „Vorwärts“ am 21. Januar berichtete, kamen in einer Verhandlung vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts zur Erörterung. Frä. K. klagte gegen den Geschäftsführer der „Troca-doro“ Konzertcafé und Restaurant G. m. b. H. Karl Janowski. Die Klägerin war als „Mädchen für alles“ mit einem Monatslohn von 30 M. nebst freier Station seit 1. Oktober bei dem Besagten in Stellung. Als gegenseitige Kündigungsfrist waren 14 Tage vereinbart worden. Am 1. Januar wurde sie plötzlich entlassen, nachdem ihr am 28. Dezember zum 15. Januar gekündigt war. Die Klägerin bezeichnete die Entlassung als ungerechtfertigt und verlangte Lohn vom 1. bis 15. Januar sowie eine angemessene Entschädigung für Kost und Logis im Gesamtbetrag von 30 M. Der Beklagte sah die Entlassung als gerechtfertigt an, denn Frä. K. habe vor seiner Frau ausgespuckt.

Klägerin gab zu, vor Frau Janowski ausgespuckt zu haben. Die Frau habe sie zu Unstlichkeiten verleiten wollen. Dies habe sie durch das Ausspucken von sich weisen wollen. Frau K. sei mit ihr nachts des öfteren ausgegangen. Sie hätten Kintheater und Langlokal besucht sowie eine Anekdote durch verschiedene Lokale der Jäger- und Friedrichstraße gemacht. Frau K. habe sie mitgenommen, um dadurch leichter einen Liebhaber zu erhalten. Einmal seien sie von 10-2 Uhr nachts spazieren gegangen, um einen Verehrer zu suchen. Frau K. habe dann gesagt, in Berlin sei ja nichts los. Auch habe die Frau einen Kellner, der wohl ihr Liebhaber gewesen sei, nachts in ihrem Zimmer empfangen. Da sie den Liebhaber nicht mehr haben wollte, sei es wohl dann zu der Schieberei gekommen. — Frau K. wurde damals schwer verwundet und befindet sich jetzt bei ihren Verwandten. Mit ihrem Ehemann, der sich nicht genügend um sie gekümmert haben soll, liegt sie in Scheidung.

Eine Vertreterin des Beklagten bezeichnete die Angaben der Klägerin als übertrieben. Diese blieb jedoch bei ihrer Aussage.

Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 39 M. Zur sofortigen Entlassung der Klägerin habe kein Grund vorgelegen.

Haus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen wegen „Erpressung“ vor Gericht.

Die Wäschearbeiterinnen in Wien führen seit Jahren einen konsequenten Kampf um die Verbesserung ihrer Lage und sie haben schon vieles errungen. Neben wesentlicher Erhöhung der Arbeitslöhne ist es gelungen, den Arbeitslohn um 1/3 Uhr am Sonnabend durchzusetzen. Es gibt nun wie überall auch hier einzelne Betriebe, deren Vorgesetzte durch besonderes Scharfmachtum und durch gehässige Organisationsfeindlichkeit auszeichnen.

Mit einer solchen Firma kam es vor einigen Monaten zum Konflikt. Eine unerböt brutale Behandlung der Arbeiterinnen, ordinärste Beschimpfung auch der Verheirateten, trieb die Frauen und Mädchen zur Empörung. Als zwei Arbeiterinnen entlassen wurden, wendete sich die bewährte Organisatorin der Wäschearbeiterinnen Genossin Lippa an den Obmann der Organisation der Wäschefabrikanten um dessen Vermittlung. Der besagte Fabrikant lehnte aber jede Einmischung ab. Die Arbeiterinnen wählten in den Streit treten. Genossin Lippa, die Angestellte der Union der Textilarbeiter ist, rief vom Streit ab wegen ungenügender Zeit. 150 Arbeiterinnen stimmten aber trotzdem für Niederlegung der Arbeit und nur 14 dagegen. Es wurde also gestreikt. Herrn Pönigsbergs Fabrik wurde unter Polizeibewachung gestellt, als gelte es, einen Potentaten vor Attentaten zu bewahren. Auch die Streikbrecherinnen erfreuten sich eines ausgiebigen polizeilichen Schutzes zur und von der Fabrik. Eines Tages wurde Genossin Lippa verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert. Sie sollte Erpressung an der geheiligten Person der Streikbrecherinnen begangen haben. Es gelang, ihre Freilassung zu erwirken. Am 3. Februar stand sie als Angeklagte vor einem Erkenntnisrat des Wiener Landesgerichts. Mit ihr Genossin Schläuer, Vorstandsmitglied der Union der Textilarbeiter. Die Anklage gegen beide lautete auf Erpressung. Sie sollten den Streikbrecherinnen gedroht haben, daß sie nirgends mehr Arbeit bekommen würden; wenn der Streik zu Ende sei, würden sich die Arbeiterinnen weigern, mit ihnen zusammen zu arbeiten usw. Außerdem soll Genossin Lippa zu Gewalttätigkeiten gegen den Direktor der Fabrik aufgefordert haben. Sie soll den Arbeiterinnen geraten haben, ihn die Stiege hinunterzuwerfen und ihn oberlegen. Es sei alles eins, ob er dann wieder aufstehen könne. Diese Verhörungen wurden einer Frau in den Mund gelegt, die seit vielen Jahren große Streiks in der Wäschbranche mit vielem Erfolg geleitet hat. Die Verhandlung bedeutete denn in der Tat eine Niederlage für den unternehmer- und direktorenfreundlichen Herrn Staatsanwalt. Beide Angeklagte wurden freigesprochen, da alle als Zeuginnen vorgeführten Arbeiterinnen entlastend ausfragten. Selbst Streikbrecherinnen sagten aus, daß Genossin Lippa nur in zurendem, freumblichen Ton mit ihnen gesprochen habe. Das wollte der Staatsanwalt so ausnutzen, daß er meinte, die Angeklagte sei eben „so intelligent“, daß sie unter der Waise der Freundin komme!

Die Arbeiterinnen aber könnten auch aus diesem Fall lernen. Die Gesetze werden auch auf sie angewandt und auch sie werden angeklagt und auch mit Gefängnis und Kerker bedroht. Das Recht aber, bei der Gesetzgebung mitzuwirken, wird ihnen vorenthalten. Am Freientag wollen die Frauen dessen gedenken.

Versammlungen.

Protest gegen die Beeinträchtigung des Koalitionsrechts.

In letzter Zeit haben sich die Angestellten von Versicherungsgesellschaften öfter gegen die Beeinträchtigung ihres Koalitionsrechtes wehren müssen. Es ist bezeichnend für das „Wohlfühlen“, welches man in Unternehmer- und Kapitalistenkreisen dem sogenannten neuen Mittelstand entgegenbringt, daß Angehörige dieses Standes einfach vor die Tür gesetzt werden, wenn sie sich darauf befinden, daß sie nur im Zusammenschluß in einer Gewerkschaft ihre wirtschaftlichen Interessen wahren können. Wegen derartige Willkürakte Protest zu erheben, war der Zweck einer Versammlung von Versicherungsgesellschaften, die der Verband der Bureauangestellten am Montag nach der Arminhallen berufen hatte. Diesmal handelte es sich um Maßregelungen von Angestellten der Versicherungsgesellschaft „Deutschland“.

Wie der Referent, Reichstagsabgeordneter Siebel, ausführte, folgt diese Gesellschaft hinsichtlich des Koalitionsrechtes ihrer Angestellten den unrühmlichen Spuren der Gesellschaft „Bittoria“. Am 14. Oktober v. J. fand eine Versammlung statt, wo ein Angestellter der „Deutschland“ die Verhältnisse seiner Kollegen wahrheitsgemäß darstellte. Kurz darauf erhielt der Betreffende seine Entlassung. Ein anderer Angestellter wurde in die Prämienabteilung versetzt. Deshalb, das kann man aus einer Aushörung des Vorstehers dieser Abteilung schließen, die dahin geht, er sei angewiesen, den Leuten, die für den Verband agitieren, gründlich das Handwerk zu legen. Der betreffende Angestellte beschwerte sich bei der Direktion über die Arbeit, die er an der neuen Stelle zu verrichten hatte. Eine Untersuchung wurde ihm zugesagt,

aber am 31. Januar wurde er entlassen. Den Umständen nach kann nur die Zugehörigkeit zum Verbands als die eigentliche Ursache der Entlassung angesehen werden. Daß es das Bestreben der Direktion ist, die gewerkschaftliche Organisation ihrer Angestellten nicht aufkommen zu lassen, das geht aus einer Antwort hervor, die Direktor Mertins einmal auf einen Neujahrswunsch der Angestellten erteilte. Da schrieb Direktor Mertins, daß ihn „hoffentlich auch im neuen Jahre die Kollegen in seinem Bestreben, unläutere Elemente, namentlich solche mit sozialdemokratischen Tendenzen, dem Beamtenkörper fernzuhalten bezu. soweit sie etwa vorhanden sind, zu beseitigen, immer mehr unterstützen mögen.“ — Obgleich der Direktor Mertins Angestellte mit sozialdemokratischen Tendenzen als unläutere Elemente bezeichnet, macht die „Deutschland“ in sozialdemokratischen Zeitungen Klamecke für ihr Unternehmen. Das Geld der „unläuteren Elemente“ mit sozialdemokratischen Tendenzen ist der „Deutschland“ also sehr angenehm, trägt es doch zur Erhöhung der Dividenden und Löhnen bei. — Wenn auch die Direktion, wie die angeführten Fälle zeigen, das Koalitionsrecht ihrer Angestellten zu vernichten bemüht ist, so werden sich die Angestellten ihr Recht nicht nehmen lassen, denn sie haben es bitter nötig, für eine Verbesserung ihrer elenden Gehälter im Wege der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu sorgen.

Der lebhafteste Beifall, mit dem die Ausführungen des Referenten aufgenommen wurden, bewies, daß die Versammlung einmütig Protest erhob gegen das Verhalten der Direktion und ihr organisationsfeindliches Vorgehen. Doch es waren auch einige unentwegt direktionsstreue Angestellte zur Stelle. Drei von ihnen nahmen in der Diskussion das Wort. Diese Herren gehören gewiß zu den „läuteren“ Elementen im Betriebe der „Deutschland“ und deshalb konnte man von ihnen natürlich nichts anderes erwarten, als daß sie alles, was gegen die „unläuteren Elemente“ mit sozialdemokratischen Tendenzen unternommen wird, durchaus in der Ordnung finden. Ja, einer dieser Direktionsverteidiger, ein Herr Kimischel, scheute sich nicht, unumwunden und noch dazu mit einem gewissen Stolz einzugestehen, daß er es war, der dem Direktor über den Verlauf der Versammlung am 14. Oktober Bericht erstattet hat. Doch will er seinen Kollegen, die jene Versammlung besucht haben, mit Namen genannt haben. — Daß dies Verzeichnis einer schönen Seele die größte Entrüstung in der Versammlung erweckte, läßt sich denken. —

Nach einem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen.

Die am 10. Februar 1913 in den Arminhallen tagende Protestversammlung der Versicherungsgesellschaften nimmt mit Empörung Kenntnis von den in der letzten Zeit wiederholt vorgenommenen Entlassungen mehrerer Kollegen durch die Direktion der „Deutschland“ Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft wegen der Zugehörigkeit zu dem Verband der Bureauangestellten Deutschlands.

Sie sprechen den betreffenden Kollegen ihre wärmste Sympathie aus und geloben nicht zu ermüden in dem Kampfe gegen die Versicherungsgesellschaften um Anerkennung des Koalitionsrechtes. Die Versammelten werden alle Kräfte daran setzen, um auch den letzten Kollegen der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen.

Gerichts-Zeitung.

Eine Verzweiflungstat.

Die Verzweiflung hat die geschiedene 40 Jahre alte Frau Jenny Offenga zu einer Tat geführt, die sie gestern unter der Anklage der Tötung ihres achtjährigen unehelichen Sohnes vor das Schwurgericht des Landesgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Karsten führte.

Die vom Rechtsanwalt Dr. Kantorowicz verteidigte Angeklagte verbrüht zurzeit im Frauengefängnis in der Kornmühlstraße eine ihr wegen Unterschlagung auferlegte viermonatige Gefängnisstrafe. Sie ist eine schwächliche Frau, die viel mit Krankeiten zu kämpfen hatte und durch Nerven oft bis in die späte Nacht hinein den Lebensunterhalt für sich und ihre jetzt im Siechenhause befindliche Mutter erwarb. Sie hatte sich im Sommer 1894 mit dem Lederzurichter Offenga verheiratet, die Ehe war aber unglücklich, da ihr Ehemann sie vielfach mißhandelte. Sie ging von ihm weg und nach einigen Jahren wurde die Ehe geschieden. Sie hatte dann mit einem gewissen Graf zusammengelebt, der der Vater ihres im Jahre 1904 geborenen unehelichen Sohnes wurde. Graf soll ihr die Ehe versprochen haben, sie hat aber nach ihrer Behauptung von einer ehelichen Verbindung mit ihm Abstand genommen, da sie erfahren habe, daß er Anarchist sei. Aus diesem Grunde habe sie sich auch von ihm getrennt. Sie trat dann zunächst als Käslerin in ein Abzählungsgeschäft ein und belleidete dann Jahre hindurch in diesem Geschäft den Posten einer Kassiererin und Akquisitorin. Sie wohnte im Hause Braunstraße 41 mit einem Arbeiter zusammen, der ihr pünktlich sein Wochenlohn abliefern sollte. Die Angeklagte hatte, um ihre im Laufe der Jahre sehr komponierte Wirtschaft zu ergänzen, sich dazu verlesen lassen, ihrem Arbeitgeber gegenüber einige Unregelmäßigkeiten zu begehen. Der Arbeitgeber sagte ihr zu, von einer Strafanzeige abzusehen, wenn sie 10 Mark wöchentlich von ihrem Verdienst abzahlen würde. Die Angeklagte kam dieser Verpflichtung auch einige Zeit hindurch nach, verpflichtete sich später auch noch, sich Abzüge von der ihr als Akquisitorin zustehenden Provision gefallen zu lassen und kam dadurch immer mehr in Not, so daß sie wiederholt Kleidungsstücke aus dem Leihamt bringen mußte. Da sie dann noch einmal sich einer Unterschlagung schuldig machte, drohte ihr doch eine Strafanzeige und sie geriet darüber in einen Zustand großer Erregung und Verzweiflung.

In der Nacht zum 4. September faßte sie den Plan, sich selbst das Leben zu nehmen, aber ihren Sohn mit ins Jenseits zu nehmen, da dieser ganz auf sie angewiesen war. Der Junge war ein gescheitertes Kind, das in eine Hilfsschule ging und fast blind war. Als am 4. September der Arbeiter Mühs, mit dem sie zusammenwohnte, zur Arbeit gegangen war, ging sie zur Ausführung ihrer Verzweiflungstat; sie legte sich in der Küche zu ihrem Sohn und sperrte den Hahn des Gaslochers auf. Als der Zeuge Mühs gegen Mittag nach Hause kam, wurde er durch einen intensiven Gasgeruch erschreckt, und da er die Küche verschlossen fand, öffnete ihn Wöses. Er schlug die Küchentür ein und fand in der Küche die Angeklagte bewußlos am Boden liegen und im Bett den unglücklichen Knaben, der nur noch ganz schwache Lebenszeichen gab. Als der schleunigst herbeigeholte Arzt erschien, war der Knabe bereits tot; die Mutter wurde in befinnungslosem Zustande nach der Charité gebracht.

Die Angeklagte versicherte im Termin, daß sie völlig kopflos gewesen sei, als sie die Tat beging. — Staatsanwalt Professor Baten beantragte das Schuldig wegen Totschlags unter Jubilation milderer Umstände. Rechtsanwalt Dr. Kantorowicz beantragte die völlige Freisprechung der Angeklagten, die bei der unglückseligen Tat ihrer Sinne nicht mächtig gewesen sei.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf die Freisprechung der Angeklagten erfolgte.

Unschuldig.

Der Veröffentlichung des Gerichtsberichts über die Verhandlung in erster Instanz hat es der Droschkenführer Brieger aus Charlottenburg zu verdanken, daß er nicht unschuldig verurteilt wurde. B. war wegen einer, wie damals angenommen wurde, beizubellen rohen Tierquälerei von dem Schwurgericht zu einer Geldstrafe von 150 M. verurteilt worden. Der Anwalt hatte feierlich eine Haftstrafe von 4 Wochen beantragt. Mehrere Personen, die den Bericht über die Verhandlung gelesen hatten, meldeten sich schriftlich und mündlich bei dem Verteidiger, Sie erklärten, daß

es ihnen ganz unverständlich sei, wie der Angeklagte überhaupt verurteilt werden konnte. Er war beschuldigt, anlässlich eines Ausfluges des Charlottenburger Fuhrervereins sein Pferd, als es nicht ziehen wollte, mit einem Messer in den Leib gestochen zu haben. Der Angeklagte hatte dies von Anfang an bestritten und insbesondere erklärt, daß er überhaupt kein Messer bei sich trage. Die freiwilligen Entlassungszeugen erklärten, daß sie gesehen hätten, daß das Pferd, als es in Saalwinkel im Stall stand, von einem anderen bössartigen Pferde geschlagen worden sei. Das Pferd des Angeklagten habe dabei genau an jener Stelle, die später als Stichwunde angesehen wurde, eine anscheinend tiefgehende Wunde davongetragen.

Vor der Verurteilungskammer fand eine sehr eingehende Beweisaufnahme statt, durch welche das Gericht zu der Ueberzeugung kam, daß die später konstatierte Verletzung in der von den Zeugen geschilderten Weise und nicht durch einen Messerstich entstanden war. Das erste Urteil wurde aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

Umfangreiche Durchsuchungen bei der „Continental-Kautschuk- und Guttapercha-Compagnie“, bei denen den Tätern Automobilreifen im Werte von über 36 000 Mark in die Hände gefallen waren, bildeten den Gegenstand einer Verhandlung, die gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I begann. Angeklagt wegen Diebstahls, Betruges, Urkundenfälschung und Urkundenverrichtung waren: der Kontorist Wilhelm Müllerling, der Kontorist Hermann Schaele und der Kontorist Fritz Reukner. Außerdem hatten sich wegen Hehlerei der Kraftwagenführer Heinrich Müllerling, die geschiedene Frau Elise Lange und die Gießereifabrikanten Ferdinand Merten und Josef Wagner aus Wilmersdorf zu verantworten. In der von der Continentalgesellschaft in Hannover hier in der Brandenburgstraße betriebenen Filiale waren seit längerer Zeit die drei er genannten Angeklagten als Kontoristen beschäftigt, und zwar hatten sie in der sogenannten Umtauschabteilung zu tun. Der Geschäftsbetrieb in dieser Abteilung geht in der Weise vor sich, daß auf Grund eines besonderen Orberzettels, der von dem Lageristen mit einem Kontrollzeichen versehen wird, von dem Reu-lager die erforderlichen neuen Decken ausgehändigt werden. Die Angeklagten verwendeten nun alte Orberzettel, die sie auf neue leere Formulare kopierten, dazu, um sie dann in den Geschäftsbetrieb einzuschmuggeln, oder aber sie radierten nur das Kontrollzeichen aus und erhielten dann in beiden Fällen die neue Ware ausgehändigt. Auf diese Weise sollten sich die drei Angeklagten, die vor Gericht geständig sind, in den Besitz von Autopneumatik im Gesamtwerte von über 36 000 M. gesetzt haben. Die Hauptabnehmer sollen die beiden mitangeklagten Merten und Wagner gewesen sein, die, wie die Anklage behauptet, innerhalb 14 Tagen für circa 8000 Mark Reifen von den Angeklagten kauften. Die Rolle der Vermittlerin zwischen den Dieben und den Abnehmern soll, wie behauptet wird, die Mitangeklagte Runge gespielt haben.

Die der Hehlerei angeklagten Personen bestritten mit aller Entschiedenheit jede Schuld. Wir werden das Urteil mitteilen, das voraussichtlich am Freitag gefällt werden wird.

Der Schnapstropfen.

Die Verhandlung gegen den Arbeiter Kermann wegen Körperverletzung mit Todeserfolg fand gestern statt. Ueber den Hergang hatten wir bereits gestern berichtet. Der Angeklagte erklärte, nicht zu wissen, wie er zu der ganzen Sache gekommen, da er selbst sehr stark angetrunken gewesen sei. Letzteres wurde durch Zeugen bestätigt. Nach langer Beratung bejahten die Geschworenen nur die Schuldfrage wegen Körperverletzung. Der Angeklagte wurde zu neun Monaten Gefängnis unter Aufsicht des Provinzialstrafamts unter Untersuchungshaft verurteilt. Bei Abmessung der Strafe berücksichtigte der Gerichtshof, daß es sich um eine außerordentlich rohe Tat handelte, andererseits aber um einen jugendlichen, unbescholtenen Menschen, der durch unglückselige Trunksucht zu dieser Tat gekommen war.

Ein kranker Zeuge.

Der Jurist Otto Menzel, Rödernstr. 73a, ersucht uns um Mitteilung, daß er mit dem „kranken Zeugen“, den unser Gerichtsbericht in Nr. 33 erwähnt, nicht identisch ist.

Aus aller Welt.

Die Liebe auf den ersten Blick.

Die wohlgesinnte Presse schweigt in Entzücken. Durch die so plötzliche Verlobung der Kaiserstochter mit dem Sohne des bisherigen Reichsfeindes Cumberland ist ihr ein dankbarer Stoff

zugeflogen, den sie gebührend kneten und als wohlwollende Postete ihrem Publikum servieren kann. Wenn wir nicht irren, hat sich das junge Liebespaar vor der Verlobung niemals gesehen, es ist also — was ja manchmal vorkommt — die Liebe auf den ersten Blick, die das Herzgebändnis zustande gebracht hat. Und das weiß die Presse zu würdigen.

Während man gestern noch las, daß die bevorstehende Verlobung politisch bedeutsam, ein politischer Akt sei, kommt man diese Version nach der vollzogenen Verlobung natürlich nicht mehr ausschließlich gelten lassen. Heute halten sich in der Presse die politischen Gründe und — wie in der Braunschweigischen Landesversammlung der Präsident Langerfeldt sich ausdrückte — „die rein menschliche Liebe“ noch die Wage, aber bald wird man lesen, daß ein unbezwingbares Herzensbedürfnis das junge Paar zusammengeführt hat. Den Anfang dazu macht heute schon der auf derartige Intimitäten dressierte „Verl. Volksanzeiger“. „Von unserm m-Korrespondenten“ läßt sich das Blatt ein Privattelegramm aus Karlsruhe senden, das über ein Gefangenschafts- und Ehren der kaiserlichen Gäste berichtet. Neben der Beschreibung der Roben und der wichtigen Meldung, daß der Kaiser eine Zigarette geraucht habe, finden wir darin folgende gefühlvolle Schilderung:

„Auf Wunsch der Kaiserin und des Brautpaares wurde das Langliedchen „Die Spinnerin“ noch einmal wiederholt. Bei der dritten Strophe dieses Liedes, in der es heißt:

„Es denk, die Häden geben mir mein Hochzeitslein' Und dreh ich rasch die Spindel, wird bald die Hochzeit sein“

nicht sich das Brautpaar, das die ganze Zeit über Arm in Arm stand, herzlich zu.“

Ja, so eine Verlobung ist wirklich ein dankbarer Stoff und besonders, wenn sie nicht nur ein Pflichtbündnis darstellt, sondern entstanden ist aus der Liebe auf den ersten Blick, aus herzlichster gegenseitiger Zuneigung.

Landesväter.

Die Münchener Wochenschrift „Licht und Schatten“ bringt in ihrer letzten Nummer folgende zeitgemäße Erinnerung: Zur Zeit des nordamerikanischen Freiheitskrieges verhandelten bekanntlich deutsche Fürsten ihre Landesväter am England. In welchem Maßstab dies geschah, zeigen folgende Zahlen:

Der Herzog von Braunschweig verkaufte . . .	5723 Mann
Landgraf von Hessen-Kassel verkaufte . . .	16992 „
Fürst von Hannover verkaufte . . .	2422 „
Markgraf von Ansbach verkaufte . . .	1644 „
Fürst von Waldeck verkaufte . . .	1225 „
Fürst von Anhalt-Berbst verkaufte . . .	1160 „

Das sind durchschnittlich 4 Prozent der Bevölkerung des Landes. Von obigen 29 108 Mann gingen 11 858 verloren, und für jeden Gefallenen oder Verschwundenen erhielt der Landesfürst noch eine besondere Entschädigung, sodas ihm an dem Untergang seiner verkauften Untertanen nur gelegen sein konnte. Der Preis pro Mann betrug 100, 120 und 150 Taler. Der Geschichtsschreiber Franz v. Löhner (1818—1892) teilt uns für die Besinnung der Fürsten charakteristischen Brief des Grafen von Schaumburg, Prinzen von Hessen-Kassel, an den Freiherrn v. Hohenhausen, Oberbefehlshaber der hessischen Truppen in Amerika, aus Eugen Regnaults „Denkschriften“ mit. Der Brief ist vom 8. Februar 1777 datiert. Der Fürst äußerte sich darin sehr erregt über die Nachricht, daß in der Schlacht von Trenton von 1950 seiner Hessen 1650 gefallen seien, und ärgert sich, daß auf der dem englischen Minister ihm zugesandten Verlustliste nur 1455 Gefallene stehen, wodurch die fürstliche Schatzkammer Verlust habe. Am Schluß schreibt er: „... und erinnere Sie daran, daß von den 300 Spartanern, welche den Hohn von Thermopyla verteidigten, nicht einer zurückkam. Ich wäre glücklich, wenn ich dasselbe von meinen braven Hessen sagen könnte. Sagen Sie dem Herrn Major Rindorf, daß ich außerordentlich unzufrieden bin mit seinem Benehmen, weil er die 300 Mann gerettet habe, welche vor Trenton saßen. Während des ganzen Feldzuges seien nicht 10 von seinen Leuten gefallen!“

Eisenbahnunglück in Thüringen.

Am Montagabend hat sich auf der Eisenbahnstation Bieselbach bei Erfurt ein schwerer Eisenbahnunfall zugetragen. Infolge falscher Weichenstellung fuhr ein ausfahrender Personenzug gegen einen Grestock und entgleiste. Die hinter der Lokomotive laufenden drei Güterwagen mit neun Militärpferden nach Würzburg und Ludwigsburg wurden hierbei ineinander geschoben. In dem einen Wagen befand sich ein Pferdetransport, der von einigen Soldaten begleitet wurde. Zwei Soldaten, ein Kanonier und ein Dragoner, lühten bei dem Unglück ihr Leben ein.

Gastspiel deutscher Einbrecher in Frankreich.

Aus Brion wird gemeldet, daß die Polizei nach langen Bemühungen eine Bande von sechs deutschen Verbrechern festgenommen hat, die in den letzten Wochen fast täglich Einbruchsdiebstähle in Brion und Umgegend verübt haben. Einer von ihnen Namens Gottlieb Glodde soll auch an einem in den letzten Tagen in der dortigen Gegend verübten Raubmorde beteiligt sein. Ein anderer namens Philipp Markiewicz hat auf dem Rücken zwei schwere von Revolverkugeln herrührende Wunden, die aus einem Kampfe mit einem Kaufmann, in dessen Laden er einen Einbruch verüben wollte, herrühren. Ferner hat er eine Augewunde an der Hand, die er erlitt, als er sich bei seiner Verhaftung zur Wehr setzen wollte. Alle sechs Verbrecher sind im Gefängnis interniert.

Kleine Notizen.

Blutige Schlägerei. In Duisburg kam es zwischen polnischen Bergarbeitern zu einem Zusammenstoß, bei dem Revolver und Messer das Wort führten. Zwanzig an der Zahl beteiligte Arbeiter mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden; fünfzehn Personen wurden verhaftet.

Idiotischer Sportunfall. Bei Zafopane (Ungarn) ereignete sich am Montag ein Vohlschlittenunfall, bei dem zwei Personen getötet und zwei verletzt wurden. Unter den Getöteten befindet sich angeblich eine Frau Grabowska aus Polen.

Zwei Arbeiter erstickt. In einem Schuppen der Autobusgesellschaft in Paris verunglückte Montagabend ein Arbeiter beim Reinigen einer Benzolgrube infolge von Stickgasen, ein zweiter Arbeiter, der seinen Kameraden retten wollte, fand gleichfalls den Tod.

Handelsunfall. In Ladenscheid wurden beim Einsturz eines Neubaus zwei Handwerker getötet und eine Reihe anderer Arbeiter schwer verletzt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 10. 2.	11. 2.	Wasserstand	am 10. 2.	11. 2.
Remel, Mühl	349 ⁹	+23	Saale, Großh.	248	-4
Bregel, Ansburg	194 ¹	+36	Oabel, Spandau	108	+2
Wischel, Thorn	302 ²	+72	Halbenow ³	124	0
Ober, Aach	155	-9	Spree, Soremburg ²	110	-10
Krofen	177	+28	Breslow	97	+1
Frankfurt	171	-1	Weser, Ründen	312	-4
Wartbe, Schrimm	140	+4	Rhein, Ründen	413	-20
Landsberg	124 ⁴	+19	Rhein, Marimiliansau	434	-11
Rega, Barham	90	+2	Kraus	313	-23
Sibe, Leitmeritz	122	-22	Rhin	392	-26
Dresden	18	-34	Redar, Dellbronn	160	-2
Harb	389	+21	Rain, Hanau	284	-22
Regensburg	310	+15	Wolke, Erlar	190	-11

¹) + bedeutet Hoch, — Fall, — ²) Unterpegel, — ³) Eisstand, ⁴) Eisbreiten; Wasserstand heute früh 390 cm. — ⁵) Eisgang.

Marktpreise von Berlin am 10. Februar 1913. nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36. Roggen, gute Sorte 16,60—16,70, mittel 16,67—16,68, geringe 16,65—16,66 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,30—18,00, mittel 16,50—17,30, geringe 15,80—16,40. Hafer, gute Sorte 18,40—20,80, mittel 16,80—18,30 (frei Wagen und ab Bahn).

Marktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 80,00—80,00. Weizenböhnen, weiße 85,00—80,00. Linen 35,00—40,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Kuh 1,70—2,40. Rindfleisch, Baufleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Gammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—5,00. 1 Kilogramm Karpen 1,40—2,40. Kalle 1,50—2,20. Janber 1,40—3,60. Hecht 1,60—2,80. Barsch 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Stiel 0,80—1,60. 60 Stück Aechte 4,00—24,00.

Unserem langjährigen Mitarbeiter und ehemaligen Bezirksführer, dem Metzlarbeiter **Friedrich Lange** zu seinem **70. Geburtstage** die herzlichsten Glückwünsche! Der Vorstand des Wahlvereins Berlin III.

Blutarme u. Kranke trinken während der Konvaleszenz **Santa Lucia** Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatess-Geschäften. Stärkungs Rotwein. Flasche 150 u. 2 Mk. Nachahmung bitte zurückweisen. Der berühmte Professor v. Liebig sagt, dass Wein als Stärkungsmittel von keinem anderen natürlichen oder künstlichen Produkt überboten werden könne, wenn es gilt, erschöpfte Lebensgeister wieder herzustellen, er erfrischt und bringt die Lebenslust bei Schwermut wieder, er besorgt und reguliert die Störungen im Körper und schützt ihn vor zufälligen Erkrankungen.

KREDIT FEDER Zentral: Brunnenstrasse 1 I. Filiale: Frankfurter Ahoes 89 II. Filiale: Kothdamm 103 gibt bei jedem **Möbel-Einkauf** 30 Monate Ziel **Anzahlung** nach Ueber sinken. **Komplette Wohnungs-EINRICHTUNGEN** Einzelne Möbelstücke **Palster- u. Leder-Möbel** !! Größte Auswahl !! **Konfirmanden-Staat** für Knaben u. Mädchen **Herren- und Damen-Garderobe** **Kinder- Kleidung** GRATIS: U-T-Billette Handtaschen, Hüte Handschuhe usw.

Pianos liefert Pianofabrik auf Teilzahlung sehr preiswert bei müssig. Zinsvergütung. Geensentlige Diskretion Bedingung. Ged. Anfragen unt. J. D. 3985 bef. Rudolf Mosse, Berlin SW.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“ Berlin C. A. Pohnisch, Adersstr. 174. W. G. Schmidt, Kirchb. 14. O. R. Hagedorn, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenickerstr. 82. N. Döngels, Gr. Frankfurter Str. 120. NO. E. Zucht, Annahmest. 12. J. Reul, Barnimstr. 42. N. D. Baumann, Adelsberger Str. 67. F. Richter, Dalkenstr. 6. Karl Wars, Grelsenhagen Str. 27. J. Pohnisch, Kaganerstr. 49. F. Vogel, Loringstr. 37. A. Ties, Zwoelfenstr. 124. E. Dehnd, Kuebelplatz 24. NW. Salomon Joseph, Salzweberstr. 8. SW. G. Werner, Grenadierstr. 72. T. Tsch. Dageberger Str. 27. S. St. Frit. Gimmert. 31. F. Lehmann, Kottbuser Damm 8. SO. Paul Böhm, Langher Platz 14/15. V. Horich, Engelauer 15. Adlershof, Karl Schwarzsche, Bismarckstr. 50. Baumgartenweg. F. Hornig, Marienburgerstr. 13. I. Borsigwalde, Paul Riensch, Rindb. 10. Charlottenburg, Gustav Schornberg, Erlenheimer Str. 1. Friedrichshagen, Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18. Grönan, Franz Klein, Friedrichstr. 10. Johannisthal, Viethe, Kaiser-Wilhelm-Platz 6. Karlshorst, Richard Küter, Nödelstr. 9. II. Köpenick, Emil Richter, Nödelstr. 6. Laden. Lichtenberg, Otto Seitel, Gartenbergstr. 1. Nieder-Schöneweide, Wilh. Haruh, Brändestr. 10. Nowawes, Wilhelm Joppe, Friedrichstr. 7. Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17. II. Pankow, Otto Rihmann, Mühlent. 30. Reinickendorf, P. Gurk, Brossingstr. 56. Laden. Neukölln, W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50. E. Rohr, Steglitzstr. 28/29. Rummelsburg, A. Rosenkranz, III-Bogdogen 56. Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden. Spandau, Köppen, Breitest. 64. Steglitz, G. Bernier, Alfenstr. 5. Tempelhof, Joh. Strohm, Dorststr. 62. Treptow, Robert Gramenz, Heilboldstr. 413. Laden. Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schillerstr. Berliner Allee 353. Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmshofstr. 27.

„Butter zu Hause“ ermöglicht jeder Hausfrau die Selbstbereitung einer edelsten Pflanzen-Butter das Pfund für 60 Pf. als besten und vollkommensten Ersatz für teure Naturbutter. Die Hausfrau erspart im Vergleich mit Naturbutter 80—90 Pf. am Pfund, mit Margarine 30—40 Pf. am Pfund. Preis des kompl. Apparates 2,90 Mk. bei Vereinfachung des Betrages; gegen Nachnahme 25 Pf. mehr. Prospekt gratis u. n. l. an: (Schreibe an: „Butter zu Hause“, G. m. b. H., Berlin W. 62 v. Vertreter an allen Orten gesucht.

Wegen gänzlicher Aufgabe Total-Ausverkauf der Charlottenburger Filiale **Kehringstr. 34.** In allen Geschäften enorm billig. **ewinsohn** 1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt. 2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Strausberger Platz. 3. Geschäft: Charlottenburg Kehringstr. 34 Ecke Magasinstr.

Gegen die Polenpolitik! In unserer Verlage ist erschienen: **Die preußische Polenpolitik.** Von Hermann Wendel. Preis 1,20 Mk. Ungefährte Vereinsausgabe 60 Pf. **Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.**

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Max Komischki

geb. am 16. Febr. 1871, am 9. Februar an Lungenerkrankung gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philipp-Spohler-Straßenhofs, Müllerstr. 44/45, aus statt.

Ferner nach unser Mitglied, der Werkzeugmacher

Otto Senf

geb. am 10. Februar an Halsleiden.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rudow-Straßenhofs in Rudow aus statt.

Ferner verstarb unser Mitglied, der Metallarbeiter

Karl Bohl

geb. am 8. Februar an Magenleiden.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emma-Straßenhofs in Rudow, Hermannstr. 11, aus statt.

Kege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanführer

Wilhelm Schramm

geb. am 8. Februar an Magenleiden gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der freien Händler Deutschlands.

Sitz Essen a. d. Ruhr.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege

Friedr. Fuhrmann

geb. am 10. Februar an Halsleiden.

Die Beerdigung findet heute, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des allen Thomas-Straßenhofs, Reußstr. 11, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sitzstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Paul Kluge

geb. am 10. Februar an Halsleiden.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomas-Straßenhofs in Reußstr. 11, Hermannstr. 11, aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 10. Februar.

verstarb nach langen Leiden im Alter von 21 Jahren unser lieber Kollege, der Maschinenmeister

Paul Höppner.

geb. am 10. Februar an Halsleiden.

Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Straßenhofs in Wilmersdorf aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner Tochter Anna Schöde sagen wir hiermit allen Teilnehmern den besten Dank. Mutter und Geschwister, Witwe Schöde. 24068

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 10. Februar verstarb unser Parteigenosse

Otto Senf

geb. am 10. Februar an Halsleiden.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rudow-Straßenhofs, Müllerstr. 44/45, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Am 9. Februar verstarb unser langjähriger Kollege

Karl Langenau

geb. am 10. Februar an Halsleiden.

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des 2. Städtischen Friedhofes in Schöneberg, Gubstr. 11, aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Schwarze Kleidung

Fertig am Lager:

Gehrock-Anzüge 70, 60, 36 M

Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M

Frack-Anzüge 90, 80, 40 M

Reinkleider 18, 15, 8 M

Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jugendliche in größter Auswahl

Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden

Baer Sohn

Kleider-Werke Berlin, Geogr. 1891, Chausseestraße 29-30, 11, Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schöneberg - Telegraf 10.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen

Richter, Helene

geb. Gädike, geb. am 10. Februar an Halsleiden.

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 12. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Haben Sie Stoff?

ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Maß, schnell, sauber, Zuzahlung von 25 Mark an, Moritz Laband, Neue Promenade 5, II. (Städt. Bldg.)

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und meine gute Mutter

Emma Marschel

geb. Kränzel, geb. am 10. Februar an Halsleiden.

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Rudow-Straßenhofs in Rudow, Hermannstr. 11, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Arbeiter

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung

I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).

II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).

Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleiher etc. v. einfa. bis zum hocheleg. Genre zu äußerst niedrigen Preisen.

Sonder-Abteilung: **Haarfriseur** in 10 bis 12 Stunden.

Heines Werke

3 Bände - 1 Mark

Buchhandlung Vorwärts

WESTMANN
Mohrenstr. 37a
Frankfurterstr. 115

Plüschmäntel
Winter, Abendmäntel, Tuchmäntel, Kostüme, Gesellschafts-Kleider
einzu kaufen, bietet sich jetzt in meinen Geschäften Gelegenheit
Voraussehtlicher

Inventur-Schluss: Sonnabend, den 15. d. M.

Einsegnungs-Kleider
in größter Auswahl sehr billig.

Plüschmäntel: 39, 55, 100 (früher bis 200)
Winter: 9, 16, 25 (früher bis 40)
Plüschmäntel: 100, 200 (früher bis 600)
Sonnabend geöffnet: 12-2.

Einsegnungs-Kleider
in größter Auswahl sehr billig.

Ein Posten Frühjahrs-Modelle
in Kostümen und Mänteln Modellpr. b. 150 z. Ausw. 55 M.

Entsüßende Ulster
in wunderbaren Stoffen und Farben
10, 14, 20 bis 60

Für wenig Geld
hochelegante

Reizende Frühjahrs-Kostüme
in blau, braun, frotte Kamme, 18, 25, 36 bis 150

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 12. Februar 1913. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Cbernhaus. Die Stummen der Berlin.

Kgl. Schauspielhaus. 1812. Deutsches. Der blaue Vogel. Königgräzer Straße. Brand. Sirkus Busch. Gala-Vorstellung. Sirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Paris und die Königs-Schöpfung von Versailles.

Kammerstücke. Schöne Frauen. Selma. Rose Brand. Deutsches Cbernhaus. Oberon. Schiller O. Die Haudenlerge. Schiller. Charlottenburg. Uriel Acosta.

Trianon. Wenn Frauen reden. Theater am Rollendorfsplatz. Die Studentenaffäre.

Rosenthalhaus. Die Generalde.

Groß-Berlin. Das Kistenkind. Kurfürstoper. Stella maria. Berliner. Pflanzbar. Monte Cyrenen. Der liebe Augustin.

Theater des Westens. Die beiden Husaren.

Deutsches Schauspielhaus. Der gute Mut.

Alte. Professor Bernhardt.

Residenz. Die Frau Präsidentin. Thalia. Puppchen. Bullen. Und hätte der Liebe nicht... Metropol. Chauffeur - ins Metropol.

Rose. Mein Leopold.

Gerrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral. Casino. Am grünen Strand der Spree. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Bräutlein sein Spezialitäten. Reichshallen. Wepers Hofen.

Friedr. Wita. Schauspielhaus.

Der Jaungast. Sankt-Elisabeth. Wafelstra. Walhalla. Goldener Reichthum. Folies Caprice. Die Doppelstr. Die Tochter der Brant.

Neues Volkstheater. Mutter Land.

8-9 Uhr 9 Uhr.

Admiralpalast. Die Ballade: Hilt in St. Moritz

Sternwarte. Invalident. 57-62

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgräzer Straße

7 1/2 Uhr: Brand.

Theater am Rollendorfsplatz 5.

In allen Tagen der Woche 8 Uhr: Die Studentengrfin.

Schiller-Theater O. Theater.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Haudenlerge.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Uriel Acosta.

Freitag, abends 8 Uhr: Wolkenkratzer.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Uriel Acosta.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Freitag, abends 8 Uhr: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Der gute Mut.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Am Nordend 1141. 8 Uhr: Der liebe Augustin.

Theater des Westens.

8 Uhr: Die beiden Husaren.

Luisen-Theater.

Mittwoch, abends 8 Uhr: „Und hätte der Liebe nicht...“ Schauspiel in 4 Akten von E. Kridberg und Ernst Ritterfeldt.

Donnerstag u. folg. Tage, abends 8 Uhr: „Und hätte der Liebe nicht...“

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Mein Leopold.

Vollständ. m. Ges. in 3 Akten von Adolph Krieger. Musik v. Hal.

Donnerstag: Mein Leopold. Samstagabend nachm. 4 Uhr: Schachwitzen.

Voigt-Theater.

Gefundbrunn. Bodstraße 58. Heute Mittwoch, 12. Februar 1913: Stolz und Liebe.

Schauspiel in 5 Akten von Rod. Feil. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Voranzeige! Montag, 17. Febr. Benefiz für Paul Ulling: F8-stere Trude.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Ein beispielloser Erfolg! Die großen Spezialitäten.

9 Uhr: Harry Walden in seiner Groteske „Der Herzog von Westminster.“

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Die drei Saison-Schlager:

In Sachen Kugelheln. Die Doppelstr. Die Tochter der Brant.

Brauerei Friedrichshain

Am Königstor.

Donnerstag: Elitetag! Das größte und amüsanteste

Bayr. Bockbierfest.

Gratisverlosung von 300 Wertgegenständen. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

„Clou“

Berliner :: Konzertthaus

Mauerstraße 32. - Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Musik des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf. Zillerthaler und Tegernseer Sänger. Schuhplattler und Jodler!

Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelhiere. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Heute, Mittwoch, den 12. Februar 1913: Elitetag. Extra-Prämierung! Prämiiert wird

Der größte Kohlkopf.

3 bare Goldpreise: 30, 20, 10 M.

Im neuen Saal: Großer Ball. 5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Voranzeige! Donnerstag, den 13. Februar 1913: Keine fleischnot! Braten von 2 ganzen Schweinen. Portion 80 Pf.

Metropol-Theater

Chauffeur - ins Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.

Otto Reutter a. G.

Anfang 8 Uhr. Rauschen gestattet.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger. Neu! Meyers Hosen. Hamoreske.

Anfang 8 Uhr.

Urania

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Paris und die Königs-schlösser von Versailles.

Zirkus Albert Schumann.

Heute Mittwoch, 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr:

Ohne Konkurrenz! Hegelmann-Truppe 7 Luftvolttigeure 7

Neu! Der Mann mit der eisernen Faust.

Prologiert! Casarios Löwen- und Tigergruppe.

Um 9 1/2 Uhr: Der unsichtbare Mensch. 4 Bilder aus Indien.

Residenz-Theater.

Die Frau Präsidentin.

(Madame la Presidente). Schmaus 1. 3. u. 5. Dennequin u. Seber. Morgen und folgende Tage: Die Frau Präsidentin.

Walhalla-Theater.

Behringweg 19/20. Rosenf. Tor. Sonnabend, 15. Februar, 7 1/2 Uhr: Premiere

„Parole Walhalla“.

Große Jahres-Revue. Heute 8 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.

Zirkus Busch.

Heute Mittwoch, 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr:

Mac Norton

hilt seine Henkersmahlzeit! Neu! Neu! Der mysteriöse Decken-läufer.

Madame Delita del'Oro mit ihren dressierten Köhen! Zum Schluß: Die große Prank-Pantomime „Sevilla“.

Germania-Prachtsäle

N. Chausseestr. 110. K. Richter. Heute Mittwoch:

Paul Mantheys lustige Sänger.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem Freitanz. - Vergnügungsgarten gelten. - Morgen Donnerstag: Großes Bockbier-Konzert.

Trianon-Theater.

Wenn Frauen reisen. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater

Vollbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr: Allabendlich ausverkauft! Stürmische Heterkeit! Die Berliner Hofpost

Am grünen Strand d. Spree.

Größter Kaffenerfolg seit Bestehen.

Theater Königstadt-Casino.

Die Holzmärkte u. Alexanderstraße. 1. Akt: Die Holzmärkte. 2. Akt: Die Alexanderstraße. Tägl. abds. 7 1/2, 8, 9, 10, 11, 12 Uhr: Puppen-tadellios.

Ges. m. Ges. in 1 Akt - und das groß. Spezialitätenprogramm. Jed. 1. u. 10. : Programmwechsel.

Admiralpalast.

Allabendlich: Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. Eisballett

Flirt in St. Moritz

1. Akt: Winterreport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel.

3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte.

Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass. Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Um 110 Prozent.

Mit der Etatsberatung begann am Montag die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat hatte bekanntlich beantragt, den Steuerzuschlag von 100 auf 110 Proz. zu erhöhen. Ueber die Notwendigkeit dieser Erhöhung ließ sich der Stadtkämmerer, Herr Machowicz, des näheren aus. Er verwies darauf, daß die Untergrundbahn allein einen Zuschlag von 489 010 M. erfordere, gegen 311 546 M. im vergangenen Jahre. Hinzu komme ein Kinderertrag der Wertzuwachs- und Umsatzsteuer von 350 000 M., so daß ein Fehlbetrag von 1 081 456 M. zu verzeichnen sei. An veranschlagten Mehreinnahmen seien 525 575 M. zu buchen, mithin verbleiben noch 555 881 M. für die Deckung gesucht werden müsse. Die Erhöhung des Zuschlags zur Einkommensteuer von 100 auf 110 Proz. ergebe eine Mehreinnahme von 385 000 M. Außerdem sei für die Erhöhung der Gewerbesteuerklasse I eine Mehreinnahme von 24 500 M. eingesehrt, so daß noch ein Fehlbetrag von 146 375 M. verbleibe; letzterer soll durch Ersparnisse, die sich auf den gesamten Etat verteilen, gedeckt werden. Da die Bewohnung von Jahr zu Jahr im Rückgang begriffen sei, habe man von der stärkeren Heranziehung der Grundwertsteuer Abstand genommen. Der Redner betonte in seinen weiteren Ausführungen besonders, daß Schöneberg nicht allein unter schlechten Finanzverhältnissen zu leiden habe; abgesehen von Charlottenburg, das seinen Etat nicht mehr habe balancieren können trotz der hohen Ueberschüsse aus den gewerblichen Anlagen, werde auch Wilmersdorf bald von dieser Kalamität ergriffen werden. Aber selbst auf die Gefahr, daß Schöneberg mit der Steuererhöhung allein bleibe, erfordere er um Justimmung der vorgelegten Steuerföhe. Die anderen Gemeinden würden dem Beispiel Schönebergs bald folgen, da auch ihnen gesunde Finanzen not täten. Stadtd. Zobel (lib. Frakt.) betonte, daß seine Fraktion zur Erhöhung des Zuschlages auf 110 Proz. eine abwartende Stellung einnehme, während sie die Erhöhung der Gewerbesteuer in der ersten Klasse von vornherein ablehne. Der von sozialdemokratischen Vertretern außerhalb Schönebergs aufgestellten Forderung, bei Herausgehen des kommunalen Zuschlages auf 110 Proz. Einkommen bis 3000 M. steuerfrei zu lassen, könne man schon deshalb nicht zustimmen, weil dadurch ein Einnahmeausfall von 768 124 M. für Schöneberg entstehen würde. Der vor einigen Jahren von den sozialdemokratischen Vertretern gestellte Antrag, die Einkommen bis 1500 M. von der Steuer frei zu lassen, hätte im Gefolge gehabt, daß 23 000 Personen steuerfrei gewesen wären, wodurch der Stadt ein Einnahmeausfall von 242 000 M. entstanden wäre. Durch die Verwirklichung dieser Forderung wären die Mehreinnahmen des erhöhten Zuschlages illusorisch.

Gen. Bernstein wandte sich zunächst den sozialen Forderungen zu. Der Etat lasse die dringendsten Ausgaben vermissen. Die Wohnanstalt entspreche bei weitem nicht den an sie gestellten Anforderungen. Auch sei schon längst beschlossen worden, die Erhaltungsbauer der in der Heilstätte Boldigum auf Föhe untergebrachten Kinder von 6 auf 9 Wochen zu verlängern. Von der Errichtung eines Wöchnerinnen-, Schwangerinnen- und Ledigenheims sei gleichfalls nichts mehr zu hören. Die Neuordnung für die städtischen Arbeiter, sowie der achtstündige Arbeitstag in den kontinuierlichen Betrieben läßt immer noch auf sich warten, ebenso die Reliktenerziehung für die Arbeiter der Stadt sowie die Lohn-erhöhung für dieselben. Die Herabsetzung der Klassenfrequenz unter 50 Kinder sei härter zu betreiben; ferner wird die Einstellung einer entsprechenden Summe für die seit Jahren geforderte Unentgeltlichkeit der Lehrmittel vermisst. Die städtische Turnhalle für den Arbeiterturnverein siehe immer noch aus, so daß die jungen Leute gezwungen seien, größere Vergnügungsorte als Turnhallen zu benutzen. Der Hinweis des Kämmers, beim Armenetat noch mehr Ersparnisse zu machen sei schädlich und führe zur Snowflake. So sei jetzt schon einer 70jährigen lungenkranken Frau die Unterstützung von 24 M. auf 15 M. herabgesetzt worden. Einer 74 Jahre alten Frau habe man den Rat gegeben, ihre Kinder zu verlagen, um Unterstützung zu erhalten, dabei habe sich herausgestellt, daß die Kinder selbst mittellos waren. Daß die Untergrundbahn ein Defizit ergebe, daran habe der Fiskus sowie die konkurrierenden Gemeinden die meiste Schuld. Die sozialdemokratische Fraktion fordere erneut die Verschmelzung mit Berlin. Für die Verwaltungen in Groß-Berlin würden horrend Summen ausgegeben, die an Verschwendung grenzen. Die Ablehnung der Gewerbesteuer für die Klasse I sei nicht immer angängig. Wenn ein Fabrikherr seinen Wohnsitz noch einer Gemeinde verlege, in der niedrige Steuerföhe bestünde, so habe die Kommune, in der die Fabrik liege, erhebliche Kosten, es müsse daher das Gewerbe des Besitzenden besteuert werden. Im übrigen habe er, Redner, die Ueberzeugung, daß die vorgelegene Erhöhung nicht ausreichen werde.

Oberbürgermeister Dominicus betonte, daß die Erfüllung der von den einzelnen Rednern vorgebrachten Wünsche erhebliche Ausgaben erfordere. Der Kämmerer Machowicz meinte gar, daß, wenn die von dem sozialdemokratischen Redner aufgestellten Forderungen erfüllt werden sollten, eine Erhöhung des kommunalen Steuerzuschlages auf 150 Prozent vorgekommen werden müßte. Von einer neuen Kindererziehungsbeförderung der städtischen Arbeiter wisse er nichts. Zu dieser Behauptung äußerte Gen. Koch, daß der Ausschuß der städtischen Arbeiter sich mit der Kindererziehungsbeförderung bereits beschäftigt habe. Des Weiteren forderte der Redner eine auskömmlichere Bezahlung der Arbeiter. Der Etat wurde hierauf nebst den gestellten Anträgen dem Staatsauschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Frederdsdorf N.-B. feiert am 15. Februar der Sparverein „Graues Elend“ im Gasthof Grouan sein Stiftungsfest. Da dieses Lokal der organisierten Arbeiterschaft verweigert wird, bitten wir angebotene Biletts zurückzugeben. Aus Kadebrück wird uns mitgeteilt, daß der Inhaber des Lokals „Zum alten Nidorfer“ W. Lufas seine Unterchrift zurückgezogen hat. Das Lokal ist deshalb von der Liste zu streichen und als gesperrt zu betrachten. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die Anführung des Lokals in Woltersdorf, Schloß Woltersdorf, Inhaber Friedrich Saewert, in der Lokalliste irrtümlich vergessen worden ist. Dasselbe ist nach wie vor frei. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. II. Abteilung. Mittwoch, den 12. Februar, abends 1/9 Uhr pünktlich bei Birwe Augustin, Oranienstr. 108, Zahlabend: Vortrag des Genossen Fritz Walecki: „Die Jugendbewegung“. — Abends 1/12 Uhr: Zahlabend.

Donnerstag, den 13. Februar, morgens 1/5 Uhr: Zahlabend. Vortrag des Genossen A. Pirus: „Genossenschaftswesen“. Der Vorstand.

Dritter Kreis. Der gemeinsame Zahlabend der zweiten Abteilung für die Bezirke 141a bis 141 und 234 findet heute abend in Saal 4 des Holzarbeiter-Verbandes, Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 statt.

Wilmersdorf-Galeuse. Am heutigen Zahlabend ist zur Landtagsergänzung noch eine beträchtliche Arbeit zu leisten und daher erwarten wir, daß die Mitglieder sich ganz besonders zahlreich und pünktlich im Bezirkslokal einfinden. Der 3. und 4. Bezirk hält heute abend seine Sitzung wieder im Lokal von Adam, Pfalzburger- und Gänzelstrassen-Ecke ab.

Steglitz-Friedenau. Am Freitag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Heizmann, Steglitz, Florastr. 2a, der Vortag für junge Parteigenossen und Genossen statt. Genosse E. Däumig spricht über „Die Entwidlung zum Sozialismus“.

Oberschöneweide. Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, findet in Wilhelmshof eine öffentliche Gemeindevählerversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag, Bericht der Gemeindevorteiler, Aufstellung der Kandidaten und Diskussion.

Kreuzhagen an der Ostbahn. Heute Mittwoch Zahlabend im Lokal von Bortmann, Bahnhofstraße.

Alt-Glienide. Heute Mittwoch gemeinsamer Zahlabend bei Gentschel, Grünauer Straße 29.

Erzner. Heute Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Degebrodt: Mitgliederversammlung. Genosse Brühl spricht über die bevorstehenden Landtagswahlen.

Sankow. Morgen Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Kurfürsten“, Berliner Str. 102: Öffentliche Versammlung. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Franck-Mannheim über „Lebensfragen des deutschen Volkes“. Freie Aussprache. Die Parteigenossen werden ersucht, für guten Besuch der Versammlung zu agieren.

Bernau. Der Zahlabend fällt heute für alle Bezirke aus. Dafür findet Donnerstag bei Eierlorn, Weinbergstraße, eine wichtige Besprechung statt, zu der alle Genossen unbedingt erscheinen müssen.

Berliner Nachrichten.

Die Untergrundbahn der Stadt Wilmersdorf soll am 1. September dieses Jahres dem Betrieb übergeben werden. Nach dem Vertrage mit der Hochbahngesellschaft geht der Verkehr vom Bahnhof Wittenbergplatz nach Wilmersdorf und umgekehrt als Pendelverkehr von statten. Gegen diese Art des Betriebes hegt der Magistrat jetzt Bedenken. Er nennt in einer der Stadtverordnetenversammlung unterbreiteten Vorlage den Pendelverkehr die unvollkommenste Betriebsweise. Als Zielpunkt, so meint er, wird der Bahnhof Wittenbergplatz nur für einen kleinen Teil des Wilmersdorfer Publikums in Betracht kommen; die meisten dieser Fahrgäste würden den Bahnhof nur als Umsteigebahnhof passieren. Auf diesem Bahnhof müßte aber bei Einrichtung des Pendelverkehrs derart ungestiegen werden, daß zwar in der Richtung nach Berlin die Passagiere nur den Zug, nicht aber den Bahnsteig zu wechseln brauchen, wohingegen die nach Wilmersdorf fahrenden Personen auch den Bahnsteig verlassen, auf die Erdoberfläche heraufsteigen und nach einem anderen Bahnsteig wieder hinuntersteigen müssen. Außerdem müssen die nach Berlin fahrenden Wilmersdorfer in die oft stark überfüllten Charlottenburger Züge einsteigen. Dieser Uebelstand soll dadurch behoben werden, daß ein Durchgangsverkehr bis zum Fehrbelliner Platz am westlichen Ende der Berliner Straße in Wilmersdorf eingerichtet wird. Es läme auch noch ein Umsteigeverkehr auf dem Nürnberger Platz in Frage, dessen Einrichtung auf Kosten der Hochbahngesellschaft betrieben werden müßte und der daher der Stadt nichts kosten würde. Doch glaubt der Magistrat, die Einrichtung des Durchgangsverkehrs auf dem Fehrbelliner Platz empfehlen zu sollen, der zwar einen Mehrkostenbetrag von 100 000 Mark im Jahre erfordere, dafür aber dem Wilmersdorfer Publikum Zeitverlust und Unbequemlichkeiten ersparen würde. Die erhöhten Kosten entstehen wesentlich dadurch, daß die Züge von und nach Berlin wenigstens in den ersten Jahren mit nur verhältnismäßig wenigen Passagieren rechnen können; der Pendelverkehr gestattet selbstverständlich die Verwendung einer dem Verkehrsbedürfnis entsprechenden Wagenzahl. Bemerkenswert sind noch einige Erläuterungen, mit denen der Magistrat seinen Vorschlag begründet. Die neue Untergrundbahn, so meint er, würde ohnedies für eine Reihe von Jahren die „allererheblichsten“ Zuschüsse erfordern; doch würde die Krisis auf dem Baumarkt, die die Bautätigkeit in den jetzt noch unbewohnten Teilen von Wilmersdorf zurückhalte, die Zuschüsse noch weiter steigern. Dennoch glaubt der Magistrat in Rücksicht auf die Zukunft den kostspieligen Plan des Umsteigebahnhofes Fehrbelliner Platz empfehlen zu müssen.

Die Armenverwaltung hielt am Montag ihre ordentliche Sitzung ab. Den fünf neu eingeföhrten Vorstehern gab Herr Stadtrat Kalisch wieder mal mit auf den Weg. Hilfsbedürftigen nicht erst auf den kommenden Ersten zu vertrauen, sondern sofort zu helfen; denn doppelt gibt, wer schnell gibt. Auch außerhalb der üblichen Sprechstunden sollen die Herren mal zu sprechen sein, wenn es sich um dringende Fälle handelt. Die Herren Vorsteher bekräftigten eifrig, daß sie ihr Amt nach besten Wissen und Gewissen ausfüllen wollen. Leider sehen diesen Wohnungen noch immer die traurigen Erfahrungen gegenüber, daß eine große Zahl der Vorsteher für schnelle Hilfe nur schwer und außerhalb der Sprechstunden gar nicht zu haben ist. — Zur Verhandlung stand dann ein Antrag unserer Genossen: die pelrige Winterunterstützung — das sogenannte Holzgeld im Betrage von 8 M., welches am 1. Januar gezahlt wird — in monatlichen Raten, beginnend vom 1. Oktober, zur Auszahlung zu bringen, wie dies auch in einer Reihe anderer Städte geschieht. Die laufend unterstützten Personen haben den ganzen Winter erhöhte Ausgaben für Kleidung, Heizung, Licht usw. und es wäre daher richtiger, die Unternehmungen auf das Winterhalbjahr zu verteilen, selbst auf die Gefahr, daß dadurch der gesamte Betrag erhöht werden müßte. Von bürgerlicher Seite wurden zwar Bedenken laut, daß man an der bisherigen bewährten Einrichtung nicht rütteln solle; doch stimmte man der Einsetzung eines Ausschusses von 5 Personen zu. — Derselbe Ausschuss soll auch emagien, ob es angängig ist, die Armenbesuchzeit zu verlängern. Jetzt wird nur in den Monaten Dezember, Januar, Februar geföhrt, während die Mädchen in den übrigen Monaten geschlossen bleiben, die Mütter also unmonatlich gezahlt werden. Die Stöckenvorsteher, welche gleichzeitig das Direktorium der Anstalt bilden, haben bisher noch alle Anträge unseres Genossen Dimpf, welcher von der Armenverwaltung delegiert ist, und auf eine Verlängerung der Stöckerperiode ausließen, zur Ablehnung gebracht.

Bei der herrschenden Teuerung und Arbeitslosigkeit ist der Andrang zu den Küchen in diesem Winter recht groß; unsere Genossen verlangten daher schon jetzt einen Beschluß, daß bis zum 1. April zu kochen sei. Leider fand dieser Antrag keine Mehrheit, doch soll der Vorsteher prüfen, ob noch genügend Mittel zur Verfügung stehen, und dann selbst verfügen. — Bei der Besprechung eines Antrages, zwei Häuser vor dem Schönhauser Tor zur Bewohnung durch Armenempfänger zu sperren, wurden recht traurige Wohnungsverhältnisse zutage gefördert. Der betreffende Vorsteher schildert eingehend die traurigen Verhältnisse. Jede Kammer und Küche sei in den betreffenden Häusern einzeln vermielet und müssen sofort geräumt werden, wenn nicht am Ersten die Miete gezahlt wird. Das Berliner Wohnungsamt wird auch hier eine rege Tätigkeit entfalten können, um die Wohnungsverhältnisse der Armen- und Pflegegeldempfänger zu bessern. Aber auch hier wird eine wesentliche Verbesserung nur zu erwarten sein, wenn die Unterstüfungsföhe erhöht werden, damit die Hilfsbedürftigen besser in die Lage versetzt werden, sich geeignete Wohnräume zu suchen. Hier nachzuhelfen, ist noch eine dringliche Aufgabe.

Offene Autodroschken im Sommer.

Der Polizeipräsident v. Jagow gibt folgendes bekannt: Auf Grund der §§ 2 und 6 der Droschkenordnung vom 18. Februar 1905 bestimme ich, daß diejenigen Fuhrerherren und -gesellschaften, welche sich im Besitz von zwei und mehr Kraftdroschken befinden, diese bis zur jeweiligen Hälfte ihres Kraftdroschkenbestandes mit Sommerkarosserie und sogenanntem amerikanischen Verdeck in den Monaten Mai bis einschließlich Oktober eines jeden Jahres im öffentlichen Fuhrverkehr verwenden dürfen, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Platz neben dem Fuhrersitz zur Mitnahme kleinerer Gepäckstücke frei bleibt und daß an der Rückwand des Fahrzeuges zur Mitnahme größerer Gepäckstücke ein Gepäckrost angebracht wird, der im aufgeschlagenen Zustand mit seiner Unterseite mindestens 1,05 Meter Abstand vom Erdboden hat, eine lichte Breite von 1,10 Meter und eine lichte Tiefe von 0,60 Meter besitzt; zur Befestigung von Gepäckstücken auf dem Gepäckrost muß eine kräftige Kette mit Schloß mitgeführt werden. Kraftdroschken, welche von mir vor Erlass dieser Bekanntmachung zur Verwendung mit einer Sommerkarosserie bereits zugelassen sind, müssen für die Mitnahme von Gepäck die gleichen Einrichtungen haben.

Hierzu wird uns aus Potsdam geschrieben: Durch diese Bekanntmachung hat es der Polizeipräsident wieder verstanden, in die Frage kommenden Kreise eine lebhafteste Beunruhigung hineinzutragen. Seit zwei Jahren fordern die Autodroschkenbesitzer beim Polizeipräsidenten die endliche Erlaubnis zur Benutzung der Sommerkarosserien, da das Publikum immer mehr diese Wagen in der wärmeren Jahreszeit bevorzugt, und nun kommt diese Beunruhigung der Kapitalisten, der Großunternehmer im Fuhrverkehrsberufe. Auch das Publikum, das beruflich nicht so interessiert ist, wird nach unserer Meinung wenn es in die Lage versetzt wird die betreffenden Verhältnisse prüfen zu können, die in der Bekanntmachung ausgesprochenen Bevorzugung der schon bessergestellten Fuhrverkehrsbesitzer mißbilligen. Die Kraftdroschkenbesitzer Groß-Berlins bestehen in der Wehrzahl aus Selbstfahrern mit je einem Wagen, und diese sind jetzt von der Erlaubnis, ihre Wagen als offene laufen zu lassen, ausgeschlossen. Was das für den geschäftlichen Nutzen im Droschkenbetriebe bedeutet, wollen wir hier kurz mitteilen. Eine gewöhnliche Autodroschke wiegt etwa 33 Zentner, während dieselbe im abgebauten Zustande, als Sommerkarosserie, nur noch 29 Zentner an Gewicht hat, also schon vier Zentner leichter ist und demgemäß bei diesen geringeren Gewicht es zu einer bedeutenden Ersparnis in den Betriebsmitteln bringt. Hauptächlich zeigt sich dies in den Ausgaben für Benzin und Gummi und das sind die größten Summen im Etat eines Kraftwagens (6000—7000 M. jährlich). Der Kinderverbrauch in den Sommermonaten stellt sich pro Wagen beim Brennstoff (Benzin) etwa auf 120 M., bei der Bereitung (Gummi) auf etwa 400 M. Deutlich ist also die Ersparnis von 520 M., während die andere Ersparnis in der geringeren Abnutzung der mechanischen Konstruktionen und deren geringere Zahl an Reparaturen noch außerhalb der Schätzung steht. Hinzu kommt nun die Mehreinnahme der offenen Wagen, da dieselben sich beim Publikum einer immer mehr zunehmenden Beliebtheit erfreuen, und wird jetzt der Selbstfahrer mit seinem Chauffeur gezwungen, auf den Vollenstücken zuzuschauen, wie die Wagen seiner besserstehenden Kollegen aus der Reihe heraus engagiert werden. Er darf also täglich das Florieren des Geschäftes seines ohnehin schon finanziell ungeliebten Berufs-genossen, dank der Fürsorge des Polizeipräsidenten, mit ansehen. Er darf sich rühmen, früher durch Verbesserungen und Bemehrung der Zahl der offenen Wagen beim Publikum die Stimmung für diese Sommerkarosserien ausgelöst zu haben, aber vom Anteil an dem nun endlich eintretenden Gewinn wird er durch Bekanntmachung der Polizei ausgeschlossen zugunsten der Großunternehmer. Es ist zu hoffen, daß auch das große Publikum für den Protest der kleineren Droschkenbesitzer nur Sympathien haben und ihnen recht geben wird, wenn sie fragen: Warum hat sich der Polizeipräsident bei der Vorbereitung einer so einschneidenden Verfügung nicht mit den bestehenden Vereinigungen der Kraftdroschkenbesitzer in Verbindung gesetzt und von ihnen Vorschläge zur Regelung dieser Frage eingeföhrt? Er hat sich wohl nur Gutachten von Großunternehmern eingeholt?

Unzügliche Vorkaufsrecht der Kanalisationsgebührenordnung für Berlin.

Der § 14 der Kanalisationsgebührenordnung für Berlin enthält eine Bestimmung, die eine besondere, höhere Heranziehung von Grundstücken vorsieht, welche nach der Berliner städtischen Kanalisation entwässern, aber ihr Wasser nicht von der Stadt beziehen. Es heißt in der Bestimmung: Für Grundstücke, die eigene maschinelle betriebene Wassererfassungsanlagen haben und auf denen sich gewerbliche oder industrielle Betriebe (Fabriken, Hotels, Warenhäuser usw.) befinden, und aus denen der Kanalisation Abwässer zuströmen, sind neben den von allen Grundstücken gemäß § 6 zu entrichtenden Gebühren noch Zusatzgebühren zu zahlen. (Hierfür werden noch einige Voraussetzungen angegeben.) Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt aus Anlaß von Gebührenstreitigkeiten diese Bestimmung für ungültig erklärt. Das Gericht bezog sich auf § 7 des preussischen Kommunalabgaben-Gesetzes, welcher bestimmt, daß Gebühren im voraus nach festen Normen und Sätzen zu bestimmen seien. Es führte aus, es werde durch das Kommunalabgaben-Gesetz somit eine gleichmäßige Behandlung in bezug auf die Normen und Sätze erfordert. Nun bestimme der angeführte § 14 der Berliner Kanalisationsgebührenordnung, daß für die dort genannten Grundstücke eine Inzusagegebühr erhoben werden solle. Die Ungültigkeit der Bestimmung ergebe sich daraus, daß durch sie die Gebührenordnung eine Begünstigung derjenigen Grundstücke eintreten lassen wolle, die ihr Wasser aus der städtischen Wasserleitung entnehmen. Die Gebührenordnung stelle hier also einen Gegensatz auf zwischen solchen Grundstücken und den anderen und sie schaffe somit eine verchiedene Behandlung hinsichtlich der Verpflichtung zur Entrichtung der Kanalisationsgebühren. Eine solche Ungleichmäßigkeit sei nicht zulässig nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes.

Waldfonferenz im Landwirtschaftsministerium. Nach längerer Pause fand gestern vormittag im Landwirtschaftsministerium wieder eine Konferenz zwischen den Vertretern der verschiedenen Ministerien und den bekannten Delegierten des Zweckverbandes, darunter Oberbürgermeister Bernuth, Verbandsdirektor Steiniger und Geheimrat Casel, statt. In der Sitzung trat die Staatsregierung ihrerseits mit einem Angebot in bezug auf den Umfang der dem Verband zu verlaufenden Preisföhren und auf den vom Fiskus zu fordernden Preis herbor. Diese Angebote werden demnächst den Gegenstand der Beratungen des Zweckverbandesausschusses bilden, und auf Grund

der hier erzielten Ergebnisse werden die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Das ausgelegte Kind.

Ueber eine Kindesauslegung wird aus der Dranienstraße berichtet. Als Montag mittig eine Bewohnerin des Hauses Nr. 72 von einem Ausgang heimkehrte, fand sie im zweiten Stock vor der Tür einer Gebirgs- und Wästel liegen, das sich zu ihrer Ueber- raschung bewegte. Sie hob es auf, öffnete es und fand darin ein neugeborenes Mädchen. Da ihr im Hausflur eine junge Frau mit blondem Haar und grauem Jackett begegnet war, die sich nur mühsam fortbewegen konnte, nahm sie an, daß dies die Mutter des Kindes gewesen sein müsse. Als sie sich aber nach ihr umsah, war sie verschwunden. Ohne Zweifel war die junge Frau die Mutter des ausgelegten Mädchens, denn kurz vorher hatte noch die Inhaberin der Wohnung, vor deren Tür das Kind ausgelegt worden war, nichts dort gesehen. Das kleine Wesen, das von der Polizei dem Waisenhaus zugeführt wurde, war in ein dunkelbraunes, abgetragenes Wolljackett und einem braun- und weißfarbigen Kopftuch eingewickelt. In dem Wästel lagen außerdem noch zwei weiße Tücher, vier Hemden und ein weißes Wickeltuch. Die Nachforschungen nach der Mutter waren bisher ohne Erfolg.

Allem Anschein nach handelt es sich um eine Mutter, die aus Not und Verzweiflung keinen anderen Weg wußte, das Kind unterzubringen, indem es das arme Wurm in ein Haus legte und so lange wartete, bis sich jemand des Kindes annahm.

Ein Opfer seines Berufes ist der Schleusenmeister Ernst Wiesel aus Magdeburg geworden. Er hatte in den frühen Morgenstunden des Montag einen Revisionsgang unternommen und dabei im Finowkanal Hochwasser festgestellt. Um dem Wasser Abfluß zu verschaffen, wollte er die Schleusen hochziehen. Als er sich nach der zweiten Schleuse begab, verfehlte er in der herrschenden Dunkelheit den schmalen Steg und stürzte in den Kanal, der an der Unfallstelle zirka 6 Meter tief ist. Da Hilfe nicht zur Stelle war, ertrank W. Seine Leiche wurde einige Stunden später von einem Schleusenarbeiter aufgefunden und geborgen.

Ueberfälle im Walde wurden in den letzten Tagen mehrfach ausgeübt an Frauen, die vom Bahnhof abends die Waldwege nach Schöneiche, Fichtenau und Hessewinkel benutzten. Anscheinend handelt es sich in allen Fällen um dasselbe Individuum, welches es auf den Inhalt der Handtaschen abgesehen hat. Während erst am Freitagabend einer Frau Kühner, die sich mit ihrem 14-jährigen Sohn auf dem Waldwege nach Hessewinkel befand, von einem Mann hinterwärts die Handtasche, in der sich zirka 10 M. befanden, entzogen wurde, wurde am Sonnabendabend schon wieder das gleiche Attentat auf die Tochter des Klein-Schönebender Gemeindevorstehers, die Lehrerin Fel. Wittich, verübt. Diesmal war der Schaulosch des Attentats der nach Fichtenau führende Waldweg. Der Taschendiebstahl, der in der Dunkelheit bisher nicht erkannt werden konnte, wird geschildert als ein Mann in mittleren Jahren, mit eingeknicktem Hut, hellgestreifter Hose und grünem Jackett.

Ein schwerer Unfall hat sich am gestrigen Dienstagmorgens gegen 5 Uhr auf dem Flugplatz Johannisthal ereignet. Drei Monteur der Rumpel-Werke waren um diese Zeit damit beschäftigt, die großen Hallen des auf dem neuen Startplatz gelegenen Schuppens zu schließen. Die Monteur haben die eine mehrere Zentner wiegende Tür an und drückten sie gegen den oberen Pfosten, damit ein im Innern des Schuppens befindlicher Arbeiter die Sperriegel vorstücken könne. Die drei Monteur, die Schlosser Franz Schulz, Gustav Gläse und Franz Kroll liegen dann die Tür los und traten einen Schritt zurück in der Annahme, daß die Riegel innen vorschriftsmäßig vorgezogen seien. Im nächsten Augenblick fauchte die massive Tür jedoch hernieder und stürzte auf die drei Männer, die unter der Wucht des Anpralles zu Boden stürzten. Mehrere in der Nähe befindliche Schlosser befreiten die Verunglückten und schafften sie zu dem Flugplatzarzt, der feststellte, daß Gläse einen komplizierten Unterkieferbruch, so wie eine Gehirnerschütterung erlitten hatte und die Ueberführung des Schlossers nach dem Sudower Krankenhaus veranlaßte. Kroll und Schulz, die Verletzungen an den Armen und an der Brust, sowie mehrere Muskelquetschungen davongetragen hatten, konnten sich nach Anlegung von Rotverbänden in ihre Wohnungen begeben.

Autounfälle. Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Montag nachmittag in Charlottenburg ereignet. An der Ecke der Bismarck- und Krumme Straße wollte der 16-jährige Hausdiener Karl Friedrich aus der Gothenstraße 10 in Schöneberg kurz vor einem heran- nahenden Militärautomobil den Fahrdamm überschreiten. Er hatte sich jedoch in der Euführung geirrt und wurde von dem Kraftwagen umgerissen und überfahren. Der Verunglückte erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und anscheinend innere Verletzungen. Er erhielt auf der Unfallstation in der Berliner Straße die erste ärztliche Hilfe und wurde dann in bestimmungslosem Zustande nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus geschafft. Ein zweiter schwerer Automobilunfall hat sich in der Nacht zum Montag auf der Chaussee zwischen Zegel und Schulzendorf ereignet. Der Schlächtermeister Brenneke aus Charlottenburg befand sich mit seiner Frau und einer bekannten Dame gegen 1/2 12 Uhr auf der Rückfahrt von Schulzendorf nach Berlin. Kurz vor Zegel stieß das Automobil infolge der Dunkelheit gegen einen Baum. Der Anprall war so heftig, daß die drei Insassen des Kraftwagens und auch der Chauffeur auf die Straße geschleudert wurden. Die beiden Damen trugen bei dem Sturz so schwere innere und äußere Verletzungen davon, daß sie auf Anordnung des hinzugerufenen Arztes sofort nach dem Paul-Gerhard-Stift in der Müllerstraße geschafft werden mußten. Der Schlächtermeister und der Chauffeur kamen mit leichten Quetschungen und Hautabstüpfungen davon. Das Auto wurde erheblich beschädigt.

Das Opfer eines verhängnisvollen Fehlers ist die sechs Wochen alte Tochter des Maschinenbauers Erich Dreus in der Schornweberstraße 110 zu Reinickendorf geworden, die im dortigen Verbandskrankenhaus an Kodelnbergung starb. Dem Kinde wurden am 7. d. M. wegen eines Rehlupstators vom Arzte acht Pulver verordnet, die in einer Apotheke in Reinickendorf hergestellt wurden. Als am nächsten Tage die Mutter dem Kinde das dritte Pulver verabreichen wollte, stellte sie fest, daß das Pulver eine etwas andere Färbung anwies, als die beiden ersten. Ahnungslos gab sie es jedoch dem Kinde. Der Zustand verschlimmerte sich aber und als bald stellten sich auch Vergiftungserscheinungen ein. Der sofort zu Rate gezogene Arzt ordnete die Ueberführung des Kindes nach dem Verbandskrankenhaus in Reinickendorf an, wo es am Montag an den Folgen einer Kodelnbergung starb. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß in jener Apotheke an dem gleichen Tage, an dem die Pulver für das Kind abgeholt waren, für einen erwachsenen Patienten Kodelnpulver angefertigt wurden. Von denen war eines verschwunden. Die Mutter des verstorbenen Kindes hatte aber anstatt der verordneten acht neuen Pulver übergeben erhalten. Es besteht somit die Vermutung, daß der Frau das Kodelnpulver irtümlerhaft mitgegeben worden ist. Die Leiche des Kindes wurde beschlagnahmt; die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Von spielenden Kindern wurde Montag nachmittag in der Nähe des bekannten Restaurants Sadowa an der Obersee die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden. Der kleine Körper war in alte Lappen eingewickelt. Allem Anschein nach ist das Kind eines gewaltsamen Todes gestorben.

Bisher noch nicht festgestellt werden konnte die Persönlichkeit eines ungefähr 20 Jahre alten Mädchens, dessen Leiche am vergangenen Sonnabend an der Schleuseninsel, gegenüber dem Grundstück Gartenufer 8 aus der Spree gelandet wurde. Die tote, deren Oberleitung bis auf die weiße Wäsche durch Schiffsdräuben vom Körper gerissen worden ist, hatte keine Wäsche mit dem Zeichen R. E. an sowie Halsbänder mit schwarzen Kadlappen und gelben Schnallen. An Schmuckstücken trug sie zwei goldene Ringe und ein Paar goldene Ohrringe. Die Leiche befindet sich im Schwanhaus.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Reutlitz. Für den

Deutscher Arbeiter-Sängerbund Gau Berlin und Umgegend. Zu der am Sonntag stattgefundene Ausfühung wurde zunächst der Gesangverein „Liederhall“ aufgenommen. Sodann wurde beschlossen, daß diejenigen Berliner Vereine, welche nach der zuletzt aufgenommenen Statistik unter 20 Mitglieder zählen, bis zur nächsten Sitzung den statutenmäßigen Anforderungen nachkommen oder sich verschmelzen lassen, sonst gelten dieselben als ausgeschlossen. Der Vorstand soll der nächsten Ausfühung Bericht erstatten. Das diesjährige Sängerefest findet am 27. Juli im „Schloß Wertheim“ statt und werden die Vereine ersucht, möglichst schnell betreffs Mitwirkung Stellung zu nehmen. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß der Halleenser Bruderverein zu Ostern einen Besuch in Berlin abstatet und am 1. und 2. Feiertage eine Matinee veranstalten wird. Die Vereine werden ersucht, recht rege für den Besuch derselben zu agitieren. Dagegen bittet der Vorstand, Villetts zu dem von der „Dresdener Singakademie“ im April veranstalteten Konzert zurückzuweisen, da sich dieselbe, trotzdem sie zum größten Teil aus Arbeitern besteht, weigert, dem Arbeiter-Sängerbund beizutreten. Betreffs der eventuellen Versicherungspflicht der Dirigenten wird der Vorstand noch nähere Auskunft einholen. Zum Bundesdirigenten wird Herr von den Dries einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren werden die Sangesbrüder Rätebusch, Schmidt und Timme, zu Kontrolloren die Sangesbrüder Vehr, Hohne, Lechner, Rejzibilla, Richter und Störzer gewählt. Zum 1. Mai werden folgende Lieder gesungen: Arbeiter-Vaterlandslid, Empor zum Licht, Ich warte Dein, zum ersten Mai.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung wählte nach der Statberatung, über die wir an anderer Stelle des Blattes berichten, ein Kuratorium, das die Verpackung der Räumlichkeiten des alten Rathauses beaufsichtigen soll. In den Räumlichkeiten soll die Stadthauptkasse noch ein Jahr untergebracht werden, während die Sparkasse dauernd dort verbleibt. Auch der Stadtverordnetenversammlung soll noch ein Jahr seinen bisherigen Zweck erfüllen. Dem Kuratorium gehört von uns Genosse Peterson an. Der Ausschuss erstattete alsdann Bericht über die Einrichtung einer Mädchen-Vollfortbildungsschule. Der Referent teilte mit, daß abweichend von der Vorlage des Magistrats die Annahme des Berliner Lehrplans mit sechs obligatorischen Stunden einschließlich anderthalb Stunden hauswirtschaftlichen Unterricht auch für die kaufmännischen und gewerblichen Schülerinnen vorzuschlagen sei. Für die kaufmännischen Schülerinnen soll außerdem der obligatorische Turnunterricht mit einer Stunde wöchentlich eingeführt werden. Die Strafbestimmungen werden dahin abgeändert, daß Straffstunden bis zu drei Stunden, die während der schulfreien Zeit zu verbüßen sind, festgesetzt werden. Ferner soll das Kuratorium um zwei Handwerkermeister mit beratender Stimme vermehrt werden. Genosse W o h s wendete sich gegen die Strafbestimmungen. Die Aussicht solle sich nach dem Statut sogar über die schulfreie Zeit hinaus erstrecken, das widerspreche den Bestimmungen der Gewerbeordnung. Oberbürgermeister Dominikus ersucht, an der Vorlage nichts zu ändern. Demgemäß wurde beschlossen. Nachdem einige Nachforderungen bewilligt, wurde die Versammlung geschlossen.

Von einem Automobilomnibus überfahren. Ein schwerer Unfall ereignete sich am gestrigen Dienstagvormittag in der Regensburger Straße. Dort geriet der Radfahrer Fritz Prock, Reutlitz, Rietzenstraße 18 wohnhaft; in eine Straßenbahnlinie, dabei wurde er von einem Koffelwagen eines Automobilomnibusses erfasst und so heftig zu Boden geschleudert, daß der Unterkiefer vollständig zerkümmert wurde. Er erliegt auf der Döbnowe in der Vorbergstraße die erste Hilfe und wurde dann nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Friedrichshagen.

Im Haushaltsplan der Armenverwaltung für 1912 ist die Aufstellung verschiedener Posten um insgesamt 10 800 M. notwendig geworden. In dieser Zusammenfassung ist ein Verweis darauf zu erblicken, in welcher verheerender Weise die herrschende Keuzerung gerade auf die ärmeren Volksschichten einwirkt. Dies gab in der Gemeindevertretung auch der Deputierter für das Armenwesen, Herr Collesbaum, unumwunden zu. Woher ein Mann, wie der Schlächtermeister Wolter, den moralischen Mut nimmt, angesichts dieses Umstandes von einer leichtfertigen Verausgabung der Gemeindegelder zu sprechen, muß man bemerken. Ihm wurde denn auch von bürgerlicher Seite ganz vortrefflich heimgeleuchtet. Die Forderung selbst fand einmütige Annahme, so daß unter anderem auch die Kosten zur Bekämpfung der Kindererbslichkeit, die mit 500 M. veranschlagt waren, um 600 M. erhöht wurden. Kennzeichnend für den byzantinischen Geist der Gemeindeverwaltung ist, daß aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers die Gemeindevertretung für den Fonds zur Unterstützung der Kriegsveteranen 500 M. ansetzt. Unsere Vertreter forderten, daß diese Summe gleich direkt an die ortseingewiesenen Veteranen verteilt werden solle, denn von dem Fonds werden die wenigsten etwas abbekommen; stets aber sei zu betonen, daß der Staat die Verpflichtung habe, die jetzt die Gemeinden freiwillig auf ihre Schultern nehmen.

Durch ein Versehen ist der in der Gemeindevertretung erstattete Bericht über den bisherigen Verkauf russischen Fleisches, von dem wir in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ Notiz nahmen, unter Tempelhof geraten. Die aufmerksamen Leser werden den Irrtum bereits bemerkt haben.

Mahlsdorf an der Elsbahn.

Ein Wasserrohr platze gestern nachmittag auf der Berliner Chaussee. Durch die hervorprudelnden Wassermassen wurde das Straßenpflaster auf eine größere Strecke zerstört. Die Fluten überschwemmten das Terrain zu beiden Seiten der Straße und führten eine erhebliche Verkehrsbehinderung herbei. Den Arbeitern der Wasserwerke gelang es gegen 8 Uhr, die Leitung zu dichten.

Niederlehme.

„Die Bruchstücke der preussischen Reaktion“ lautete das Thema, über welches Genosse Alth in einer Volksversammlung referierte. Am Schluß seines Referats forderte der Redner von den Versammelten, für eine straffe Organisation sowie rege Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen Sorge zu tragen. In der Diskussion forderte Genosse Reinecke die Versammelten auf, mehr als bisher die Marktpresse durch den „Vorwärts“ zu ersetzen. Genosse Winkler übte Kritik an den schlechten Verkehrswegen sowie an der Fährte nach Wildau. Eingeleitet wurde die Versammlung durch einen Gesangsvortrag des Arbeitergesangvereins Niederlehme.

Mahlsdorf.

Den Anschluß an das projektierte Kreiswasserwerk beschloß die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung und zwar auf der Grundlage, daß der Kreis unter Gewinnbeteiligung der Gemeinde das Wasser selbst an die Abnehmer abgibt und auch die Legung des Rohrnetzes auf eigene Rechnung ausführt. Ein Anschlußzwang soll nicht ausgesprochen werden. Die Entwässerungsfrage wurde noch nicht als dringend angesehen, es wurde jedoch die Doffnung ausgesprochen, daß auch diese vom Kreis Niederbarnim gelöst werde. Mit der An- packung der Elsbahn auf dem Müggelsee erklärte sich die Gemeindevertretung einverstanden. Als Zugang zum Mahlsdorfer Gebiet dienen die Anlagen des Freibades.

Spandau.

Der Bahnhof Spandau-West wird in allernächster Zeit bedeutende Erweiterungen erfahren. In den letzten Tagen sind dort entsprechende Vermessungen vorgenommen worden, um hiernach das umfangreiche Projekt auszuarbeiten. Da von diesem Bahnhof sämtliche Vorortzüge, die zwischen Berlin und Spandau be- zogen

Charlottenburg verkehren, abfahren und endigen, so hat sich dieser Bahnhof schon lange als viel zu klein erwiesen. Der Bahnhof West dürfte nach dem Umbau der eigentliche Hauptbahnhof Spandaus werden. Zu wünschen ist, daß jetzt von der Stadt auch bald bessere Zugangsstraßen zu diesem Bahnhof geschaffen werden.

Die sogenannte Arbeiterversammlung des Magistrats wird wieder einmal durch folgende Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung beleuchtet: „Beschlußfassung betreffend Zuschlagserteilung auf die Erd-, Maurer-, Kiphol- und Zimmerarbeiten für den Neubau des Freibades an der Schäferstraße an den Maurermeister Malowka. M. verlangt als Zweitinstanzfordernder 804,13 M. mehr als der Mindestfordernde. Letzterer ist aber keine hiesige Firma, und es ist mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe geboten, den Zuschlag einem hiesigen Unternehmer zu erteilen.“ — Es handelt sich um dieselbe Firma Malowka, die seinerzeit vom Magistrat die Abtragung der Festungswälle als Kostbararbeit zur Vinderung der damaligen Arbeitslosigkeit übertragen wurde. Die genannte Firma zog damals auswärtige polnische Arbeiter als Lohnrücker heran und ließ die Wälle fast ausschließlich von denselben im Akkord abtarken, was großen Unwillen bei den Arbeit- losen erregte. Bei den der Firma Malowka übertragenen Arbeiten an neuen Rathäusern beschäftigte dieselbe auch meistens auswärtige Handwerker, während viele hiesige Handwerker arbeitslos waren. — Die mindestfordernde Firma Blum - Berlin, der man den Zuschlag nicht erteilen will, beschäftigt bei ihren Arbeiten in Spandau, im Gegensatz zu der Firma Malowka, nur hiesige Arbeiter. Es wäre daher zu wünschen, daß die Stadtverordneten die Vorlage ablehnten.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Lichtenberg. Donnerstag, den 13. Februar, abends 6 Uhr, im Rath- hause, Wittenbergstr. 4/6.

Spandau. Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Rath- hause. Tagesordnung u. a. Festsetzung des Hauptetat für 1912.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist be- rechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Heute Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr, findet im Jugendheim, Tempelhof, Kaiser-Wilhelmstr. 76, Dierg. Pl., ein Vortrag über „Reiserlebnisse aus den Balkanstaaten“ statt. Die jugend- lichen Arbeiter und Arbeiterinnen beider Orte werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Verband der Freireichlichen Deutschlands (Zweigverein Berlin und Vorort). Donnerstag, den 13. d. M., abends 9 1/2 Uhr, Rosenhaler Straße 11/12: Generalversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fachstuhl — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Gitta S. W. 1. u. 2. K. Ja. 2. K. Ja. 3. K. Ja. 30 Jahren. — Karl- hork 39. 1. und 2. u. G. hat ein Antrag auf Ermäßigung der Steuer nach § 63 des Einkommensteuergesetzes auf Erfolg. Der Antrag ist bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu stellen. Das Gesetz schreibt nicht vor, daß der Steuerpflichtige zehn Wochen hindurch u. u. n. l. e. r. o. c. h. e. n. ohne Erwerb gewesen sein muß, sondern sagt, daß durch die Erwerbslosigkeit 1/2 des steuerpflichtigen Jahreseinkommens verloren gegangen sein muß. Das Oberverwaltungsgericht hat nur entschieden, daß in der Regel bei zehnmonatlicher ununterbrochener Erwerbslosigkeit 1/2 des steuerpflichtigen Jahreseinkommens anzunehmen sein wird. — W. 2. 9. Von den Wöbden nicht, wohl aber die Hälfte des Barnacklaffes, falls nicht durch Testament etwas anderes bestimmt ist. — Lichtenrade 9. In erster Linie sind etwa darauf Bezug habende Bestimmungen des Niederschlags maßgebend. Ist im Niederschlags darüber nichts gesagt, so würden die nur dann für den Schaden haften, wenn er durch ihr eigenes Verschulden oder durch Verschulden ihrer Angehörigen entstanden sein würde. — C. V. Ulexes Erbstens nein. — Haag 5. In der Regel ist in dem 2. Abzahlungsvertrag ein Vorkauf enthalten, nach dem die Firma auch ein Eigentumsrecht an den früher gelieferten Sachen behält. Ist darüber im Verträge nichts gesagt, so sind die erstgelieferten Sachen Ihr Eigentum. — R. K. 7. 1. 2 M. pro Kalenderjahr. 2. Wenn der Eigentümer Rückzahlung des etwa zuviel gezahlten Betrages verlangt, klage beim Amtsgericht. — C. W. 84. Wenden Sie sich an die Stützungsdeputation des Magistrats. — G. S. 1000. Für die Kinder wird die Rente in vollem Umfange weiter gezahlt und zwar solange mindestens drei Kinder das 15. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Sie selber erhalten nach erfolgter Überschließung eine Abfindung von 502,40 M. Eine Gefahr des Verlustes Ihres Sparguthabens besteht nicht. — C. W. 94. Der Eintritt ist vor erfolgter Ausbildung im Reichsheer oder in der Marine nicht zulässig. — R. M. 100. Derartige Polizeiverordnungen können nach der Gewerbeordnung erlassen werden und sind rechtmäßig. — C. K. Ja.

Witterungsübericht vom 11. Februar 1913.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in C. u. F.	
Swinemünde	774,8	SW	2	heiter	2	Caparanda	762,8	SW	2	hebel	-10	
Damburg	777,0	SO	2	heiter	5	Vetersburg	762,9			1	bedeckt	-4
Berlin	775,8			1	bedeckt	5	Schlag	773,5	SO	2	hebel	8
Frankf. a. M.	773,5	SW	1	hebel	4	Aberdeen	772,5	SW	3	bedeckt	6	
München	771,5	SW	4	bedeckt	4	Paris	777,5			1	wolkenl.	-3
Wien	773,8	SW	2	Regen	3							

Wetterprognose für Mittwoch, den 12. Februar 1913. Zeitweise neblig, vorwiegend heiter und trocken, am Tage mild bei schwachen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Knorr

Blumenkohl-Suppe, herge- stellt aus feinstem, frischen Blumenkohl. Ein Würfel für 3 Teller 10 Pfennige.